

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich Albert Vautl, Magdeburg. - Verlagsanstalt: Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstraße 2. - Preis pro Jahr 2.00 Mark, Abnehmer 1.80 Mark. Einzelpreis 15 Pf. Sonntags 20 Pf. Anzeigenpreise: Die 10gepaltene 27 mm breite Anzeigenzeile kostet 25 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 15 Pf., Vereinskalender 50 Pf., die 8gepaltene 30 mm breite Anzeigenzeile 1.50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33 1/2 % Aufschlag. Für Platzvorrat keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg.

№. 62 Magdeburg, Dienstag, den 15. März 1927 38. Jahrgang

Im Namen des Saarpvolkes

Entschlüsse auf dem sozialistischen Parteitag

r Saarbrücken, 14. März. Der am Sonntag abgehaltene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie des Saargebietes nahm folgende Entschlüsse an:

Der sozialdemokratische Parteitag des Saargebietes dankt dem Genossen Vandervelde, dem unermüdeten und unerschrockenen Kämpfer für demokratische und sozialistische Forderungen im Völkerbundsrat, für die tatkräftige Unterstützung der Saarbewölkerung in ihren Wünschen. Der Parteitag begrüßt insbesondere die nach den bisherigen Meldungen erfolgte Anregung Vanderveldes auf Ernennung eines zweiten deutschen Mitgliedes der Saarkommission, entsprechend dem Antrag Deutschlands nach seinem Völkerbundseintritt, zu gewährleisten. Der sozialdemokratische Parteitag steht mit dem Genossen Vandervelde eine endgültige Lösung des Saarproblems nur auf dem Wege der Vollenbung der deutsch-französischen Verständigung.

Außerdem gelangte noch folgende Entschlüsse, die sich mit der Haltung der französischen Sozialisten zur Räumungsfrage des Saarländes beschäftigt, zur Annahme:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie an der Saar dankt dem Führer der französischen Sozialdemokratie, dem Genossen Leon Blum, für seine kluge Stellungnahme zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Saarbewölkerung und der sofortigen Rückgabe des Saargebietes an Deutschland. Wir deutschen Sozialisten an der Saar haben als besonders mutig empfunden, daß die französische Sozialdemokratie bereits im Januar 1924 unter der Alleinhegemonie des Nationalen Blocks dem deutschen Saarpvolk ihre Unterstützung gegen jeden Imperialismus zusagte, und wir sind einig mit der von einigen Tagen proklamierten Forderung unserer französischen Genossen den Blum nach sofortiger Rückgabe des Saargebietes. Die deutsche Sozialdemokratie an der Saar steht in der Haltung ihrer französischen Genossen nicht nur einen Beweis internationaler sozialistischer Solidarität, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung.

Auch zu dem Ergebnis der Völkerbundsrats-tagung wurde eine Entschlüsse angenommen, die das Genfer Kompromiß vom Standpunkt des Rechts aus zwar als ungenügend bezeichnet, aber in ihm doch eine Etappe auf dem Wege einer weiteren deutsch-französischen Verständigung mit dem Endziel der Zurückführung des Saargebietes an das Vaterland sieht.

Gleichzeitig macht die Entschlüsse auf die unheilvollen Folgen des Eintritts der Deutschen in die Reichsregierung für die Saarprobleme aufmerksam und fordert das deutsche Proletariat auf, alles daranzusetzen, um eine andere Zusammensetzung der Reichsregierung zu erreichen.

Das Saar-Kompromiß

Der Völkerbundsrat beendete am Sonnabend abend seine erste Session in diesem Jahre mit der Annahme eines Kompromißvorschlags über das Saarproblem. Die einstimmig angenommene Entschlüsse hat folgenden Wortlaut:

Der Völkerbundsrat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission über die Sicherung des Eisenbahnwesens und Verkehrs im Saargebiet. Die neue Bahnstrecke, die im Laufe des Jahres 1927 bis zum 1. Juli 1927 fertiggestellt werden soll, wird die französischen Truppen zurückgezogen. Sowohl die Bahnwachmannschaften wie die Eisenbahnkommission sind der Regierungskommission des Saargebietes unterstellt und nur ihrer verantwortlich. Die Bahnwachmannschaften soll nur in ganz außerordentlichen Fällen zur Verwendung gelangen. Die Truppenstärke von 800 Mann ist als Höchstzahl bestimmt. Die Regierungskommission ist ermächtigt, sie zu erniedrigen, wenn sich hierzu die Möglichkeit erweist.

Der Annahme dieser Entschlüsse ging sowohl am Vormittag wie am Nachmittag des Sonnabends eine mehrstündige Debatte voraus, in die Stresemann wiederholt eingriff. Auch Briand, Chamberlain, Scialoja und Vandervelde beteiligten sich an dieser Aussprache; die einen, um den Standpunkt ihrer Regierung zu vertreten, die andern, um zu vermitteln, bis man schließlich zu der Abstimmung über die Kompromißentschlüsse schritt. Bemerkenswert in der Rede Vanderveldes war der Hinweis auf die Notwendigkeit, ein Mitglied der größten Partei des Saargebietes, also der Sozialdemokratie, in die Regierungskommission einzubeziehen.

Der Präsident der Tagung, Stresemann, schloß die öffentliche Sitzung mit Worten der Anerkennung für den zurückgetretenen italienischen Untergeneralsekretär des Sekretariats.

In einer darauffolgenden Geheim Sitzung erledigte der Rat die Wahl der Regierungskommission für das Saargebiet. Als Präsident wurde der Kanadier Stephens wiedergewählt; er soll so lange im Amte bleiben, bis Kanada einen andern Bewerber präsentiert. Die übrigen Mitglieder der Regierungskommission wurden auf ein weiteres Jahr bestätigt. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab

hierzu eine Erklärung ab, in der es heißt, daß das belgische Mitglied der Regierungskommission schon sieben Jahre im Amte weilte und ein entsprechender Wechsel angezeigt sei. Dabei müßte ein andres Land Berücksichtigung finden. Der englische Außenminister machte daran anschließend noch den Vorschlag, die Zahl der Sitzungen von vier auf drei im Jahre herabzusetzen. Das Sekretariat soll hierüber eine entsprechende Vorlage bis zur nächsten Tagung ausarbeiten.

Für Deutschland durchaus günstig

Berlin, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein Teil der deutschen Völkerbundsdelegation ist bereits heute vormittag in Berlin wieder eingetroffen, während Dr. Stresemann selbst erst am Abend nach der Reichshauptstadt zurückkehrt.

Die in Berlin eingetroffenen Herren äußerten sich gegenüber Pressevertretern dahin, daß die von der deutsch-nationalen Presse gegenüber der deutschen Delegation erhobenen Vorwürfe, sie hätten die deutschen Interessen nicht genügend vertreten, vollkommen hinfällig seien. Das Ergebnis der Völkerbunds-tagung, insbesondere das Kompromiß betreffend die Saarfrage sei als ein für Deutschland durchaus günstiges zu bezeichnen.

Man müße einmal daran festhalten, daß gegenüber den 2000 Mann französischer Truppen, die bisher im Saargebiet standen, in Zukunft nur 800 Mann eines internationalen Bahnwachmannschafes sich dort befinden würden.

Die Räumungsfrage könnte in Genf aus verschiedenen Gründen noch nicht angeschnitten werden, jedoch werde dies wahrscheinlich bei der nächsten Völkerbunds-tagung im Juni, die in Berlin stattfinden soll, der Fall sein.

Stresemann soll zurücktreten?

Der deutsch-nationale Berliner „Lokalanzeiger“ und die deutsch-nationale „Deutsche Zeitung“ machen Lärm über das „eigenmächtige“ Vorgehen Stresemanns in Genf, der, ohne einen Beschluß des Reichskabinetts abzuwarten, in der Saarfrage nachgegeben habe. Die „Deutsche Zeitung“ fordert rund heraus den Rücktritt Stresemanns, und der „Lokalanzeiger“ spricht davon, daß Stresemann auf die Taktik der „gepackten Koffer“ Briands und Chamberlains (man behauptet, Stresemann habe aus Höflichkeit gegen diese beiden Minister so gehandelt, die schon reisefertig waren und ihm eine Verzögerung der Verhandlungen persönlich übelgenommen hätten) hereingegeben sei.

Zu der falschen Behauptung des „Lokalanzeigers“, Stresemann sei ohne Zustimmung des Kabinetts, also sozusagen gegen den Willen der deutsch-nationalen Minister vorgegangen, wird uns aus Berlin gemeldet:

Die Entscheidung des Völkerbundsrates über die Saarprobleme ist zwar, soweit die Haltung der deutschen Delegation in Frage kommt, nicht offiziell mit der Zustimmung des Kabinetts in Berlin erfolgt, aber auch hier verheißt man sich keineswegs die ungeheuren Schwierigkeiten und erkennt an, daß Stresemann sein möglichstes getan hat. Das gilt auch für die deutsch-nationalen Minister, während ihre Presse geradezu heult und teilweise den Rücktritt des Reichsaußenministers sowie den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund fordert. Der Berliner „Lokalanzeiger“ bringt es sogar fertig, die verlogene Behauptung aufzustellen, daß Stresemann die Koalitionsparteien vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Richtig ist dagegen, daß die deutsch-nationalen Minister über den Gang der Verhandlungen in Genf jederzeit unterrichtet waren und keineswegs „vor vollendete Tatsachen“ gestellt worden sind.

Diese ganze Zweideutigkeit der Deutschen nationalen zeigt aber wieder einmal, wie diese Gesellschaft auch in Zukunft trotz der Verantwortung für die Regierungspolitik ihre agitatorischen Bedürfnisse keineswegs einzuschränken gedenkt und im Lande herabsetzt, was sie in Wirklichkeit zu verantworten hat.

Abreise der deutschen Delegation

Genf, 14. März. Die deutsche Delegation hat am Sonntag nachmittag 6 Uhr von Genf aus die Rückreise angetreten und wird am Montag nachmittag in Berlin sein.

Vor der Abreise stattete der Reichsaußenminister dem hier weilenden Präsidenten der tschechoslowakischen Republik einen Besuch ab. Er hatte bei dieser Gelegenheit u. a. eine längere Aussprache über eine Reihe von Fragen der deutsch-tschechoslowakischen und der internationalen Politik mit dem gegenwärtigen tschechischen Außenminister Dr. Beneš.

Milde Strafe

Der „Preussische Pressedienst“ meldet: In dem Disziplinarverfahren gegen den Landgerichtsrat Kölling und den Landgerichtsdirektor Hoffmann hat der Disziplinar-senat in Raumburg nach mehrtägiger Verhandlung gegen Kölling auf einen Verweis erkannt und gegen Hoffmann auf Veretzung in ein andres Richteramt von gleichem Range sowie eine Geldstrafe von 200 Reichsmark. Die Amtsunspension gegen Hoffmann ist aufrechterhalten worden.

Das Disziplinarverfahren gegen richterliche Beamte spielt sich in der Dunkelkammer ab. Zwar bestand eine der Konsequenzen des Magdeburger Falles gerade darin, daß der Preussische Landtag auf einen sozialdemokratischen Antrag hin die Regierung ersuchte, einen Abänderungsentwurf zum Disziplinargesetz vorzulegen, der die Verhandlungen für die Zukunft öffentlich gestalten sollte, aber praktisch geschehen ist bisher noch nichts.

So kennen wir weder die Beweisaufnahme noch die Gründe, die den Raumburger Disziplinarhof zu dem seltsam milden Urteil gegen Kölling und Hoffmann bestimmt haben. Es läßt sich das alles nur aus dem Material kombinieren, das durch die Presse und in parlamentarischer Erörterung des Falles bekanntgeworden ist.

Das preussische Justizministerium hatte zugefagt, daß die Disziplinaruntersuchung gegen Kölling auch auf seine richterliche Amtsführung im Falle Schröder-Gaas ausgedehnt werden sollte. Aber obwohl die richterliche Untersuchungstätigkeit Köllings den Richterberuf wie kaum je ein Ereignis blamiert und den eigentlichen Anlaß dazu gegeben hat, daß das Wort von der „Vertrauenskrise der Justiz“ zum Gemeingut sämtlicher Parteien geworden ist, scheint die Untersuchung auf diesem Gebiet mehr als zurückhaltend gewesen zu sein.

In Theorie und Praxis hat heute der preussische Richter ein unbeschränktes Recht auf Torheit. Nur wenn diese in offensichtlichlicher Geisteschwäche ausartet, kann er seines Postens enthoben werden. Abgesehen von diesem Falle erfreuen sich auch die größten richterlichen Verfehle gegen Vernunft und Logik, solange Böswilligkeit nicht bewiesen werden kann, eines absoluten straf- und disziplinarrechtlichen Schutzes dank der „richterlichen Unabhängigkeit“.

Herr Kölling konnte dem Schwerverbrecher Schröder blindlings Glauben und Vertrauen schenken, er konnte die wichtigsten Indizien für die Unschuld des Gaas ebenso wie für die Schuld des Schröder vornehm übersehen, er konnte die ausgefallensten und abstrusesten Untersuchungs-handlungen vornehmen, dabei aber das nachfolgende — wie die Hausfuchung bei Schröder und die Sicherung der Mordwaffe — glatt unterlassen; — solange er sich für all dieses auf die Beschränktheit seines Verstandes herausredet und für offensichtliche Böswilligkeit keine handgreiflichen Beweise vorhanden sind, wird ihm ein Disziplinargericht nichts anhaben können.

So hat denn im Mittelpunkt des Disziplinarverfahrens nicht jene funterbunte Untersuchung der wildgewordenen Scharlock-Golme Kölling und ten Holt gestanden, sondern jener berichtigte Brief Köllings an den Magdeburger Polizeipräsidenten, der an sich außerhalb des Verfahrens in der Mordsache steht, aber freilich die Hintergründe dieser tollen Justiztragikomödie auf das trefflichste beleuchtet.

Kölling war doch alles in allem nur ein „kleiner Mann“, nicht der eigentliche Macher. Gelang es Persönlichkeiten wie dem Oberpräsidenten Göring, dem Magdeburger Polizeipräsidenten Menzel, dem Berliner Regierungsdirektor Weiß mit Kölling unter vier Augen zu reden, so gab er nach und ließ sich scheinbar zur Vernunft bewegen. Aber die Vernunft dauerte nur gerade so lange, bis Herr Kölling aus der Tür war. Dann nahm ihn jene Magdeburger Richterclique in Empfang, deren Werten und Eigenart das erstemal durch den Ebert-Prozess und den Namen Bewersdorff der Öffentlichkeit klar vor Augen trat. Ihr Haupt aber war der allgewaltige Vizepräsident und Landgerichtsdirektor Hoffmann, der „Fürst“, wie man ihn halb spottend, halb respektvoll in Richterkreisen titulierte.

Ludendorff rühmt sich in seinen Erinnerungen, wie er den „Schlapp gewordenen“ Kronprinzen im Jahre 1917 wieder aufgepumpt habe. Ganz ähnlich wurde der „Schlapp“ gewordene Kölling von dem „Fürsten“ Hoffmann wieder aufgepumpt. Diesem und den andern Häuptern der Magdeburger Richter, unter denen noch besonders der Vorsitzende der Ortsgruppe des Preussischen Richtervereins, Landgerichtsrat Reichle, zu nennen wäre, ging es ja längst nicht mehr um die sachliche Erledigung des Mordfalles Seling. Sie führten den Kampf gegen den verhassten Oberpräsidenten Göring, der gewagt hatte, als Anwalt des gesunden Menschenverstandes und der verfolgten Unschuld

Zahn geworden

Der Rote Frontkämpferbund, der sich einst gebärdete, als wäre er das leibhaftige bolschewistische Gewissen, wie es dem Spießbürger in Angstträumen erscheint, wird fromm und friedlich. Die Düsseldorf-Regierung hat eine Sitzung der politischen Verbände und der Wehrverbände abgehalten, um mit ihnen gemeinsam Richtlinien über die Vermeidung von Zusammenstößen in der Öffentlichkeit aufzustellen. An dieser Sitzung haben teilgenommen: Das Reichsbanner, der Jungdeutsche Orden, die Bismarck-Jugend, der Stahlhelm und der Rote Frontkämpferbund.

Man einigte sich auf Richtlinien, deren Grundgedanke war: Anständige Kampfesweise gegen den politischen Gegner, Verbot jeglichen Waffen- und Stochtragens, Vermeidung von Zusammenstößen, gemeinsame Erörterung der Schuldfrage. Der Rote Frontkämpferbund aber tat ein übriges bei dieser Sitzung: er beantragte, daß bei gleichzeitigen Veranstaltungen zweier Verbände eine örtliche Trennung nach Strazenzügen durch die Polizei angeordnet werden solle, um gegenseitige Reibungen zu vermeiden. Dieser Antrag wurde von allen bei der Besprechung beteiligten Verbänden angenommen.

Die Polizei soll also ersehen, was der Führung des Roten Frontkämpferbundes an Autorität gegenüber den eignen Leuten, den Roten Frontkämpfern, an Selbstdisziplin fehlt. Das heißt doch, sich nach dem Satze benehmen: „Um Gottes willen, haltet mich fest, sonst geschieht ein Unglück! Die Roten Frontkämpfer sind ja so wild, liebe Polizei, sperre uns um Gottes willen von dem Stahlhelm da drüber ab, sonst schlagen wir uns die Schädel ein.“

Wer hätte beim Roten Frontkämpferbund solches Vertrauen auf die Polizei, so viel Burgfriedensgesinnung gesucht! Danach aber wurden die Vertreter des Roten Frontkämpferbundes wieder revolutionär. Stolz erklärten sie, sie stünden auf dem Boden dieser Richtlinien, aber — sie könnten sie grundsätzlich nicht als Vereinbarungen mit gegnerischen Verbänden anerkennen. Das ist der echte revolutionäre Geist, die ganz echte leninistische Linie: Keinen Burgfrieden mit dem Gegner direkt, sondern nur durch Vermittlung der Polizei! —

Der Fememord an Wilms

Im Fememordprozeß Wilms war die Sonnabendsetzung ausgefällt mit der Vernehmung der Angeklagten v. Pöser und Klapproth.

Die Vernehmung v. Pösers ergab, ebenso wie die des Oberleutnants Stantien am Freitag abend starke Belastungen des Oberleutnants Schulz. Stantien, Vertreter des Schulz bei dem Wehrkreis 3, hatte bekundet, daß Schulz ihm jeinerzeit den Auftrag gegeben habe, Wilms nach Spandau zu schaffen. Die Auslagen v. Pösers waren noch einbezüglicher und klarer und um so belastender für Schulz. Pöser hatte bereits als Geschäftsführer der Deutschvölkischen Freiheitspartei den Wilms kennengelernt, der ihn gebeten hatte, ihm ein Unterkommen zu verschaffen. Daraufhin empfahl er ihm an Oberleutnant Schulz für die schwache Reichswehr. Bald trat auch Pöser zum Arbeitskommando Spandau über, wo Wilms sein Zielweibel wurde. Später kam Pöser als Führer eines Arbeitskommandos nach Rathenow. Ein paar Tage nach seinem Dienstantritt in Rathenow wurde ihm von Schulz aus Berlin telefonisch mitgeteilt, daß Wilms ebenfalls nach Rathenow versetzt worden sei, weil er sich in Döberitz schwere Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen. Noch am gleichen Tage transportierte ein Unteroffizier in Zivil den Wilms nach Rathenow.

Wenige Tage später erfolgte wieder ein telefonischer Anruf von Schulz. Diesmal teilte er mit, daß noch am selben Abend Leutnant Fuhrmann, der Vorgänger Pösers in der Führung des Rathenower Arbeitskommandos, nach Rathenow kommen werde. Wilms solle sich bereit halten, um Fuhrmann auf der Suche nach einem kommunistischen Waffenslager zu begleiten. Diesen Auftrag teilte Pöser dem Wilms mit. Er habe, so erklärte er, damals den Eindruck gehabt, als ob Wilms Gelegenheit gegeben werden solle, seine früheren Verfehlungen wieder gutzumachen. Schulz hatte ausdrücklich den Befehl gegeben, die Unternehmung in Zivil durchzuführen. Wie angeordnet, traf Fuhrmann ein. Nach 8 Uhr abends verabschiedete er sich von Pöser wegen einer „dienstlichen Angelegenheit“. Von der angeblichen Ansbekung eines Waffenslagers ist Wilms nicht mehr zurückgekehrt. Ein anderer

einen Einbruch in die dreimal geheiligten Irzärten der formalen Begriffsjustiz zu unternehmen, ihnen ging es gegen das verhasste Innenministerium Sebering und seine Polizeiorgane, die sich erlaubten, die Dinge richtiger und vernünftiger zu sehen als die amtlich allein zugelassene Weisheit des Untersuchungsrichters Kölling.

Die Seberingische Polizei sollte und mußte unrecht behalten, das reaktionäre Richteramt recht behalten und wenn darüber ein Unschuldiger den Kopf verlor, — das war die Parole der Justizfronte. Im „Magdeburger Hof“ wurden Konferenzen abgehalten, an denen die Anwälte der Ebert-Verleumder und die Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“ teilnahmen. Dort wurden die Kriegspläne gemacht. Als die Schlacht bereits endgültig verloren war, da mußte jener famose Brief des Untersuchungsrichters Kölling an den Magdeburger Polizeipräsidenten als letzter Trumpf heraus, den nicht Kölling, sondern Hoffmann verfaßt und an den Berichterstatter des „Lokalanzeigers“ zur Veröffentlichung gegeben hat, noch ehe der Brief im Besitz des Adressaten war. Kölling lehnte in diesem Briefe jede Zusammenarbeit mit irgendwelchen aus Berlin geschickten Kriminalbeamten ab, indem er die Berliner Stellen ganz offen der Parteilichkeit und der Begünstigung des angeblich schuldigen Gaas bezichtigte.

Noch einmal gab dieser Brief der Rechtspreffe Anlaß zu lautem Gezschrei gegen Kölling und Sebering — 5 Tage darauf war durch das Geständnis des Schröder das Kartenthaus der reaktionären Anklagen restlos zusammengebrochen.

Unter dem alten System wären zwei Richter, die sich einen derartigen Brief — völlig zu Unrecht und mit offenkundiger Tendenz gegen das Innenministerium — gestattet hätten, für alle Zeiten erledigt gewesen. Kölling und Hoffmann sind sehr milde dabongefommen. Ihre Strafe gestattet es ihnen, weiter als Richter zu fungieren. Wir erwarten, daß das Justizministerium die Staatsanwaltschaft anweist, gegen diesen milden Spruch Berufung einzulegen. Denn so lange Hoffmann und Kölling als Richter fungieren, ist das Ansehen der gesamten Justiz gefährdet. —

Die Urteilsbegründung

Der linksdemokratische „Montag-Morgen“ weiß aus der Begründung des Urteils gegen Kölling und Hoffmann folgendes zu berichten:

In bezug auf Kölling hat sich der Disziplinarernat auf den Standpunkt gestellt, daß Köllings Mißgriffe in dem Untersuchungsverfahren selbst überhaupt keiner disziplinargerichtlichen Beurteilung unterliegen, weil Kölling in seinen dienstlichen Handlungen als Richter unabhängig sei. Für seine außerdienstlichen Vergehen, d. h. die Aufwühlung der Rechtspreffe gegen die preussischen Verwaltungsbehörden, hielt das Gericht die mildeste zulässige Disziplinarstrafe, einen Verweis, für angebracht, weil Kölling hauptsächlich den Einflüssen des Landgerichtsdirektors Hoffmann, des eigentlichen Verantwortlichen, erliegen sei.

Bezüglich Hoffmann jagt die Urteilsbegründung: Der Senat habe lange geschwankt, ob gegen Landgerichtsdirektor Hoffmann nicht auf Dienstentlassung zu erkennen sei; seine Disziplinarverfehlungen seien als außerordentlich schwer anzusehen. Insbesondere seien Hoffmann als hohem Justizbeamten die völlig unberechtigten Angriffe gegen andre Staatsbehörden sehr zu verübeln. Wenn nicht auf Dienstentlassung, sondern nur auf die nächst niedrigere Stufe der Verletzung erkannt wurde, so sei dies in erster Linie wegen der bisherigen guten Führung und dienstlichen Unbeflecktheit des Beurteilten geschehen.

Wie wir weiter erfahren, will sich Landgerichtsdirektor Hoffmann bei dem Urteil keinesfalls beruhigen, während Kölling trotz eingehender Rücksprache mit Kollegen sich bisher noch nicht darüber schlüssig geworden ist, ob er Berufung einlegen soll. Die Berufsberatung gegen Hoffmann würde vor dem großen Disziplinarernat des Kammergerichts unter Vorsitz des Kammergerichtspräsidenten Liggel stattfinden. —

Berliner Theaterindrücke

Wenn es wirklich eine Theaterkrise gibt in Berlin, so ist das Publikum ganz bestimmt nicht schuld daran. Die Anteilnahme der Bevölkerung an dem Theaterleben ihrer Stadt ist sogar überwiegend rosig. Am letzten Samstagabend des Februar war Festtagsbesuch: ein halbes Duzend großer, erhellender Välle und ein Duzend kleinerer gingen im Saal. Die Berliner Välle sind fast überall, ganze Häuser und Gebäudekomplexe (Akademie, Zoo) nehmen viele Tausende zahlungsfähiger Berliner auf. Die halbe Meierei war auf den Beinen — besonders der künftige Teil der Bevölkerung, denn viele der Vorstellungen waren Schauerstücke —, und danach hatten die Theater anberaufliche Gäste.

In der Provinz dagegen mag das gleiche Publikum die Krise. Und das vornehmlich gar zu sehr. Die reaktionäre Regierung der Provinz hat die kräftigste Qualifikation der Aufstellungen geben der Kritik zu Straß und Straße. Wer wir wollen ja nicht aus der Provinz sprechen, das tun wir oft genug! —

Sohe Kunst und höhere Führung bietet immer ein der besten Berliner Theater. Es handelt sich nicht um geistliche, mehr aber weniger offene Straße, die erst dadurch bedenklichen Wert gewinnen, daß in ihnen wirrer besten Bühnenführer aus Rollen, Szenen, aus Figuren Verantwortlichkeiten suchen. Das letzte geistliche Verantwortliche verortet in den Spielplänen, die Komödie, und das die Oberfläche des Lebens abstrakte Konventionen.

Die die Volkstheater, die ihrer Aufgabe entsprechend immer noch am ehesten bestehen ist, hat ein heiteres Bild auf dem Repertoire: Solvone oder der Tanz nach Geld, eine Komödie von Stephan Jacob, den einzigen Original von Ben Jonson frei nachgebildet. Ganz im Geiste der Commedia dell'arte werden hier zwei bösen Götter gegeneinander angepöbeln. Vier Götter, welche verächtlicher Völkerverachtung, sich gegenseitig über die Nase zu heben, aber schließlich werden sie alle hinweg von der letzten Person des Stückes: dem Diener Kosta. Ein teurer, hübscher Junge („Solvone“ heißt „Geld“) stellt sich verabschiedend nach vergeblichen und gemaßerten Geschäftsergebnissen seine Geschichte. Im Akt der Welt angehörligen Reiz in Gestalt zu bringen, bringen sie die die Verhältnisse um normalen Gelehrten in Kostas, die sie ja eigentlich dem ganzen Reden zugewandten

wissen. Auf diese Art vergrößert sich der Reichtum Solvones, und um so schneller, als sein Diener Kosta die drei „Freunde“ anparat, sich gegenseitig durch Kostbarkeit der Präzente anzuspitzen. Schließlich treibt der boshafte und habgierige Solvone die Sache zu weit, er fängt sich in den eigenen Reizen und muß seinen ganzen Reichtum in den Händen Kostas lassen. Frauen und Gerichtsverfahren spielen hinein, so daß die Angelegenheit teils pikant, teils heiter und spöttlich wird. — Ein lustig-nachdenkliches Stück, flott und hundert und led. Die Regie (Wittor Schwannke) hat den behäuferten Akteuren des Stücks Spiel auszeichnet getroffen, die farbenfrohen, reizvollen Dekorationen (Edward Sulz) sind hübsch, und die Parteilichkeit mit dem jaßvollen Alber Steinrück als Solvone und dem schmeichligen fixen Alexander Graasch als Kosta ist ganz hervorzuheben.

Im Seffing-Theater (Sachsenburg-Bühnen) spielt man das Drama des Meistpreisträgers Alfred Neumann „Der Patriot“. Neumann behandelt hier ohne historische Treue einen historischen Stoff. Im 1806 herum wurde der wahnsinnige Jar Paul durch eine Kaiserrevolution zur Abdankung gezwungen und ermordet. Sein Sohn Alexander bestieg den Thron. Der Regierender der Revolution war der Kriegsgouverneur und Chef der Regierung Graf Peter von der Kahlen. Neumann macht die Angelegenheit dadurch besonders spannend, daß er Kahlen als den Verursacher und einzigen Freund des Jaren schildert, der — ob aus demütigen Ehrgeiz, ob aus Haß gegen den Tyrannen? — seine Verurteilung bewirkt, um den Herrscher zu stürzen. Er mag das Spiel treiben, so daß sich genügend passende Charaktere und dramatische Verwicklungen ergeben. Allerdings ist dieser Kahlen alles andere als einseitig; man weiß am Ende nicht, ob er ein laienhafter Schurke, ein Tyrann war oder ein Idealist, ein Patriot. Auch durch seinen sehr theatralischen freiwilligen Tod wird das nicht klar. So entwickelt sich aus dem Stück keinerlei moralische Lehren, kein großes, klares Charakterbild. Es ist edles, heftiges Theater, gefolgt im Aufbau und in der langen Komödie, aber doch nicht Wirkung. — Auch „Der Patriot“ lebt letzten Endes durch die Darstellung. Den pathologischen, grausamen und süßmütigen Jaren spielt Fritz Kortner mit der ihm eigenen Einbildungskraft in merkwürdigen Charaktere, mit großer Sicherheit in Stimmlage und Sprache und mit der jugendlichen Wirkung seiner genialen Persönlichkeit. Als jeim Gegenüber Kahlen in Pan: Wegener weiß daß ein wenig lebhaft. Man konnte sich die Rollen auch ungeleitet bejagt denken, weil Wegeners

Feldweibel teilte Pöser mit, zwei Teilnehmer an der nächtlichen Autofahrt, Fuhrmann und Büchling, hätten ihm morgens um 5 Uhr mitgeteilt, aus der Waffensuche sei nichts geworden. Es habe einen Zusammenstoß mit Kommunisten gegeben, wobei Wilms „abhandelt“ gekommen sei. Fuhrmann hatte sein für die Nacht bestelltes Hotelzimmer nicht aufgefunden, sondern war verschwunden. Daraufhin fuhr Pöser aus Sorge um seinen Feldweibel nach Berlin zu Schulz. Von diesem erhielt er die kurze Antwort, er wisse schon Bescheid. Pöser erklärt ausdrücklich, den Eindruck gehabt zu haben, daß Schulz schon lange Zeit vor ihm um das Schicksal des Wilms wügte. Als Pöser später von Fuhrmann hörte, wurde es ihm, wie er berichtet, immer mehr zur Gewissheit, daß Wilms einem Fememord zum Opfer gefallen ist. Schulz vom Vorsitzenden zur Rede gestellt, bestritt kurzgehand alle Angaben von Pöser. Demgegenüber bleibt Pöser mit großer Bestimmtheit bei seinen Aussagen.

Der Angeklagte Fuhrmann leugnet ebenfalls alles, wobei er sich allerdings in zahlreiche Widersprüche verwickelt. Nach Rathenow will er lediglich zu einem Kompaniefest gekommen sein; den Rest der Nacht will er mit einem Wädel zugebracht haben. Aber an das Wo und Wie und den Namen kann er sich nicht mehr erinnern, da er angeblich zu angeheitert war.

Der Angeklagte Klapproth erklärt gleich zu Beginn der Vernehmung, er wolle alles sagen, da ihm das gar nichts mehr ausmache, weil er seine 15 Jahre schon weg habe. Er gibt denn zu, zu mehreren Unternehmungen angefordert worden zu sein. Heute habe er bisweilen verprügelt, aber niemals gefoltert. Als ihm hier der Vorsitzende erwidert: „Doch, das haben Sie getan, nämlich den Größten“, erklärt Klapproth fasthüftig: „Das war nur Beihilfe. Bringen Sie mir einen Zeugen dafür.“ In völliger Ruhe schildert er dann, wie er zusammen mit Büchling den Größten im Auto erledigt habe und wie er den Größten wegen Munitionsverschwendung verprügelt. Ob er an dem Abend, als Wilms ermordet wurde, in Rathenow war, will er nicht wissen. Ebenso bestritt Klapproth, von Schulz einen Befehl erhalten zu haben. —

Aufbau der Arbeitsgerichte

Der preussische Justizminister hat zum Aufbau der Arbeitsgerichte an den Kammergerichtspräsidenten in Berlin und die Oberlandesgerichtspräsidenten einen Erlaß gerichtet, wonach Arbeitsgerichte als selbständige Gerichte regelmäßig für den Bezirk eines Amtsgerichts zu errichten sind, ohne daß diese Vorschriften zur Schaffung unzumutbar kleiner Arbeitsgerichtsbezirke führen darf.

Das vom Gesetz erstrebte Ziel einer raschen, sachgemäßen und sozial gerechten Rechtsprechung in Arbeitsfällen wird, so heißt es in dem Erlaß, sich nur dann erreichen lassen, wenn der Vorsitzende und die Beisitzer öfter praktisch Gelegenheit haben, sich mit ihrem Aufgabenkreis eingehend vertraut zu machen und die zum vertrauensvollen Zusammenarbeiten nötige Fühlungnahme miteinander zu gewinnen.

Das Gesetz macht es zur Pflicht, zu Vorsitzenden der Arbeitsgerichte nur Personen zu bestellen, die auf arbeiterrechtlichem und sozialem Gebiet Kenntnis und Erfahrungen besitzen, unter besonderer Berücksichtigung der im Schlichtungswesen tätigen oder tätig gewesen Richter.

Bei jedem Arbeitsgericht ist regelmäßig eine Kammer für Streitigkeiten der Arbeiter, eine für die Streitigkeiten der Angestellten und eine Sachkammer für das Handwerk zu errichten. Für die Streitigkeiten bestimmter Berufe und Gewerbe sowie bestimmter Gruppen von Arbeitern oder Angestellten können Sachkammern errichtet werden; jedoch muß ihre Bildung — abgesehen von den zwingend vorgeschriebenen Handwerksgerichten — auf die Fälle, in denen ein besonderes Bedürfnis vorliegt, beschränkt werden.

Mit dem Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes gehen die bisherigen Bergewerbergerichte in den künftigen Arbeitsgerichten auf.

Offenkundig finden auch in den übrigen Ländern die preussischen Grundsätze für den Aufbau der Arbeitsgerichte Beachtung. Wie wir erfahren, wird nun auch in Baden im Gegensatz zu dem unmöglichen Vorschlag des badischen Justizministeriums, bei 59 Amtsgerichtsbezirken 52 Arbeitsgerichtsbezirke zu schaffen, der Aufbau des Arbeitsgerichtswesens unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gliederung des Landes und der Forderung der Gemeinshaft auf Schaffung wirklich lebensfähiger Arbeitsgerichte durchgeführt. Wie in Bayern und Württemberg die Dinge laufen, darüber verlautet bis jetzt noch nichts. —

Stärke eigentlich im Gewalttätigen, im Explosiven liegt. Hier aber muß er ein äußerst disziplinierter, verletzter und streng in sich geschlossener Charakter sein, was ihm offenbar nicht immer ganz leicht wird. Damit soll natürlich nichts gegen seine Leistung gesagt sein, die souverän angelegt, meisterhaft durchgeführt und reich nuanciert ist. Als die einzige Frau des Stückes spielt Franziska Ring eine vornehme, rettungslos in Intrigen verstrickte Kourtsiane. Walter Killa als Jarowitsch und Walter Frank als Leibgardist und Diener Stepan bestehen würdig neben den beiden Kanonen, während die übrigen Mitwirkenden begeisterterweise in ziemlich weitem Abstand spielen. Die ganz großen Schauspieler laufen ja schließlich auch in Berlin nicht herum wie in Magdeburg die Hunde. — Karl Heinz Martin bietet wieder eine ganz hervorragende Regieleistung. Wie er die Gemütsstimmungen vor dem Sturm dynamisch und rhythmisch ausdeutet, wie er den Aufruhr dann toben läßt, wild und heftig, aber immer getroffen; das ist schlechtweg genial. Die Bühnenbilder von Kaspar Leher sind sehr imponant, im ersten und letzten Bild aber zu wuchtig, so daß die Menschen in ihnen verminzt werden. Klaus Fringsheim hat eine Bühnenmusik dazu geschrieben, die zum größten Teil aus freisprechenden und defektierten Trommelwirbeln besteht. Die effektvolle Anlage des Stückes, seine handgreifliche Theatralik und die Vorzüglichkeit der Aufführung führen dem Seffing-Theater und Alfred Neumann starken Erfolg.

Ein ausgemacht Mollenstück läuft auch im Theater in der Königgräber Straße (Wilmersbühnen). Es heißt „Die treue Nymph“ und ist von Margaret Kennedy und Basil Dean nach dem gleichnamigen Roman der Kennedy dramatisiert. Im Ganzen ist es eine ziemlich klischeuhafte Angelegenheit, deren einziger poetischer Wert darin liegt, daß sie Atmosphäre hat. Von der Liebe eines kleinen Mädchens, eines ein wenig verwahrlosten Kindes eines verwahrlosten Bohemiens, zu einem augen-scheiterischen Ruffler ist hier die Rede, von der Treue des Frauenherzens bis zum Tode, von der bigotten Unfreiheit der englischen Gesellschaft und von der Quälerei der Ehe zwischen meienber-schiedenen Menschen. Wenn der Ton des Stückes nicht oft von Buchstaben und Witz aufgelockert würde, dann wäre es vielleicht gar nicht zu ertragen. Oder doch, es wäre auch dann noch zu ertragen, weil Elisabeth Wegner das kleine Mädchen, „die treue Nymph“ spielt. Diese garte, zerbrechliche Frau ist wahrhaftig bezaubernd, voller Musik und Anmut, voll ruhrender Weiblichkeit und feinsten Feinheit. Selbst in dem kindlich-barocksten

Für Erhöhung der Invalidenrente

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags unterbreitete die Reichsregierung am Sonnabend vier Vorschläge zur Neuordnung der Invalidenrente. Diese Vorschläge sehen vor:

1. Erhöhung der Zusatzsteigerung für die Zeit vor der Invalidenrente um durchschnittlich 50 Prozent.
2. Gleichstellung der Grundrenten mit den jetzt laufenden Renten für die vor dem 1. April 1925 festgesetzten Hinterbliebenenrenten.
3. Gleichstellung der vor dem 1. Januar 1912 festgesetzten Invaliden- und Hinterbliebenenrenten mit den laufenden Renten, und
4. für den Bezug der Witwenrente wird die 65jährige Witwe der dauernd invaliden Witwe gleichgestellt.

Das bisherige Vergehen des Kinderzuschusses bei den vor dem 1. Januar 1922 festgesetzten und noch laufenden Invalidenrenten soll künftig aufhören. Als Ausgleich des Fehlbetrages in der Invalidenversicherung ist eine Erhöhung der Beiträge um durchschnittlich 15 Prozent vorgesehen. Gleichzeitig soll die endgültige Vereinigung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung erfolgen.

Die Vertreter der Regierungsparteien lehnten es ab, sich zu den Vorschlägen der Regierung zu äußern. Als die Redner der Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Wortmeldungen zurückzogen, um den Regierungsparteien den Vortritt zu lassen, erklärte Abg. Andre (Zir.) zur Geschäftsordnung, die Regierungsvorlage erscheine zwar nicht ausreichend, aber die Regierungsparteien könnten noch keine Stellung dazu nehmen.

Abg. Koch (Soz.) hielt darauf den Regierungsparteien die von ihnen betriebene skandalöse Verschleppung vor. Ueber zwei Wochen sei die Sabotage im Unterausschuss betrieben worden, jetzt, wo die Entscheidung im Ausschuss fallen sollte, hüllten sich die Regierungsparteien wieder in Schweigen. Angesichts der fürchterlichen Not der Invaliden werden die Sozialdemokraten dieses Spiel durchkreuzen. Koch beantragte deshalb die Erhöhung der Invalidenrenten sofort im Plenum des Reichstags zu behandeln.

Die Vertreter des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei verzichteten ohne Erfolg die Sozialdemokratie von ihrem Antrag abzubringen. Die Kommunisten schlossen sich dem sozialdemokratischen Antrag an.

Ein Flaggenstreit

Einige Magdeburger, die am vergangenen Sonntag die Leipziger Messe besucht hatten, berichteten uns, es sei ihnen unangenehm aufgefallen, daß ausgerechnet vom Sowjetpavillon die schwarzweisse deutsche Handelsflagge mit dem bescheidenen schwarzroldgoldenen Wappchen in einem schwarzgoldenen Flaggenmeer. Wir teilten das mit dem Bemerkung mit, daß dies nicht weiter verwunderlich sei, da ja nach all dem, was in letzter Zeit in dieser Richtung bekannt geworden ist, Reichswehrgraviaten und rote Armees, Sowjetflaggen und Monarchistenfahnen zusammengelassen.

Das Magdeburger Kommunistenblattchen ignorierte zunächst unsere Mitteilung, um dann in der Sonnabendnummer von Lügenmeldung der „Volksstimme“ zu reden und für die Sonntagnummer eine Generalabrechnung anzukündigen.

Diese klingt aber mehr nach einer Rechtfertigung als nach einer Abrechnung. Möglich, daß die Flagge auf einem hart in den Sowjetpavillon hineingehauenen deutschen Pavillon weht, aber die „Tribüne“ ist sich nicht sicher. Sie traut Sowjetrußland die tollsten Sachen zu und schreibt nicht: „Die schwarzweisse Fahne weht dort nicht“, sondern, die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ hätte derartige Unfug nicht verbreitet.

Im übrigen schreibt das Blattchen, die deutsche Handelsflagge sei doch nun einmal schwarzweißrot. Durch Schuld der Sozialdemokraten selbstverständlich, die Marx nicht gestützt hätten, als er diese Flagge beiläufig. Wenn also die Sowjetrepublik in Leipzig vielleicht.

Nein, diesen letzten Satz hat das „Tribünchen“ herbeischluckt und schließt dafür mit dem Bemerkung, daß vom Sowjetpavillon in Leipzig die rote Flagge der Sowjetrepublik weht, was wir übrigens schon am Dienstag voriger Woche feststellten.

Oesterreich im Wahlkampf

Aus Wien wird uns geschrieben: Nach der schweren Ablage der Landbündler an die christlich-sozialen Parteien, sich an einer bürgerlichen Einheitsfront zu beteiligen, stehen die Verhandlungen zwischen den übrigen bürgerlichen Parteien ziemlich unglücklich. In Wien rechnet man mit dem Zustandekommen einer deutfchnational-christlichsozialen Einheitsfront, der aber aus dem nationalsozialistischen Lager nicht alle Gruppen beitreten dürften. Gegenwärtig verhandelt man auch mit der neuen Angestelltenpartei, die in die Einheitsfront eintreten dürfte. Dagegen wollen die Monarchisten von einer Verbindung mit den Christlichsozialen nichts

und allfälligen Geschwätz schwingt schon mit ihrer dunkeln Stimme der zitternde Ton des hingebungsvollen Herzens, und in den Szenen, da ihre Liebe, all ihr weibliches Gefühl bemüht wird, daß sie von so bezwingender Zartheit und seelischer Kostbarkeit, daß man die Hände unter ihre Füße halten möchte, damit sie mit keinem rauhen und banalen Dinge dieser Welt in Verührung komme. Daß sie in dem Stücke sterben muß, ist eine Geschmackslosigkeit der Dichter, aber wie sie verabschiedet, wie sie sich löst von der gemeinen Welt voller Noheit und Unverständnis, das ist so rührend, daß man an einen Himmel glauben möchte, in dem solche feinen Wesen als Engel weiterleben dürfen, behütet vor den Menschen und ihrer Grobheit. — — — Das Ensemblepiel unter der ebenso straffen wie feineren Leitung von Viktor Baranowski ist überraschend geschloffen. Die Bühnenbilder César Kleins sind ruhig und der Atmosphäre des Stückes fein angepaßt. Sehr stimmungsvolle Musik hat Eugene Großons beigeleitet. Wir sprechen das Stück trotz seiner Dürftigkeit heilig, weil in ihm Elisabeth Vergner leben und sterben darf, weil sie darin aufblüht und hintritt, diese zarte Blume, dieses rührende Geschöpf aus Klang und weichen Farben. —

Und hat man so eine kleine Rundreise durch die Berliner Theater gemacht, dann wird einem klar, warum das Publikum mittig: denn ein anspruchsvoller Besucher sieht lieber ein schlechtes oder mittelmäßiges Stück in guter Aufführung als ein gutes Stück in schlechter oder mittelmäßiger Interpretation. Schwere Dichtung, die von den ausführenden Kräften nicht reflexlos gelöst wird, erfordert eine intensive Anspannung der rezeptiven Energien, der große Künstler aber erlöst auch unbedeutende Figuren und Probleme vom Papier und macht sie unmittelbar menschlich einprägsam, so daß alle reflektierenden Zwischenhaltungen beim Zuschauer erpariert werden. Das heißt gewiß der feinsten Trägheit des Gegenwärtigen (Technik, Film) haben der Menschheit und ihre Erscheinungen (Technik, Film) haben der Menschheit geformt, und die Kunst hat sich nach dem Menschen zu richten. Je weniger Kostproben, der noch die Durcharbeitung nötig hat, in einer Theateraufführung übrigbleibt, um so mehr wird sie ansprechen. Deshalb braucht der Mensch unserer Zeit noch nicht zu verfluchen, denn es bleiben Probleme genug, die vorerhand weder Bühne noch eine andere Kunstszene aus Mangel an Distanz zu klären vermögen. Manches klassische Stück aber würde heute an uns vorbeigehen, weil die Distanz zu seinen Problemen zu groß ist. G. e.

wissen und bemühen sich die Führer der beiden monarchistischen Gruppen, der konservativen Volkspartei und der kaiserlichen Volkspartei (Sektionschef Schager und Oberst Wolf) für die Bildung einer monarchistischen Einheitsfront.

In den Bundesländern ist die Lage noch komplizierter. Die Parteien der Linken sind auch bereits in unüberwindliche Besprechungen, die aber meist über das Stadium der ersten Annäherungsversuche nicht hinausgekommen sind, eingetreten. Die tschechischen Parteien werden nicht selbständig in den Wahlkampf geben, die Sozialdemokraten werden wieder auf der Wiener Landtagsliste berücksichtigt werden und die tschechischen Merkmalen werden christlichsozial wählen.

Auffällig ist das Angebot der kommunistischen Partei, welche den Sozialdemokraten Wahlhilfe anbietet, um eine Zersplitterung der proletarischen Stimmen zu vermeiden. Die Kommunisten verlangen keine Mandate oder politische Konzeptionen, sondern nur „ausgeschlossen“, daß die Sozialdemokratische Partei sich öffentlich verpflichtet, eine Reihe dringender und lebenswichtiger Forderungen der Arbeiter sofort durchzuführen. Die Forderungen, welche die Kommunisten den Sozialdemokraten als Bedingung vorlegen, bezeichnen sie als ihr Minimalprogramm, doch sind diese so unglücklich formuliert, daß sie jeden praktischen Wert verlieren. So verlangen sie von der Sozialdemokratie Garantien dafür, daß sofort alle monarchistischen und faschistischen Elemente aus dem Staatsdienst, aus Polizei und Wehrmacht, sowie aus den Kommunalbetrieben entlassen werden, daß die „Bourgeoisie entmachtet und die Arbeiterschaft befreit werde“. Auf außenpolitischem Gebiet verlangen sie den Abschluß eines Bündnisses mit Sowjetrußland.

Mit den Sozialdemokraten verhandelt auch die Kleinrentnerorganisation des Rechtsanwalts Dr. Falman, der 300 000 Anhänger zu besitzen angibt. Die Deutschdemokratische Partei hat noch keine Beschlüsse gefaßt, doch neigen dort die Kräfte eher zu einem Bündnis mit den Sozialdemokraten als mit den Großdeutschen und Christlichsozialen.

Wie die „Neue Zeitung“, ein christlichsoziales Blatt, in das sich manchmal oppositionelle Strömungen aus den Reihen dieser Partei verirren, meldet, sollen die Großdeutschen in Wien als Bedingung für ihren Eintritt in die Einheitsfront gestellt haben, daß der gewesene Außenminister Dr. Heinrich Mataja nicht mehr als Kandidat aufgestellt werde. Man bemerkt starke Strömungen gegen Dr. Mataja, erstens wegen seiner massenpolitischen, an sich unheilvollen Haltung während seiner Ministerzeit, und zweitens wegen seiner Panaffären, die niemals ganz aufgeklärt wurden.

Die sozialdemokratische Antwort

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs hat sich mit dem kommunistischen Angebot der Wahlhilfe unter bestimmten Bedingungen befaßt und folgende Antwort erteilt:

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kann in dem Wahlkampf selbstverständlich nur für ihr eigenes Programm kämpfen und sich, wenn sie die Mehrheit erobert, selbstverständlich nur von den Grundfähen ihres eigenen Programms leiten lassen. Der Parteivorstand ist daher nicht in der Lage, zu dem Zwecke von Wahlvereinbarungen mit andern Parteien in Verhandlungen über das Programm der Sozialdemokratie einzutreten. Der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, die gewaltigen Geldmittel, welche die Banken und Großindustriellen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie bereitstellen, beweist zur Genüge, daß die kapitalistische Bourgeoisie die Arbeiterklasse zu schlagen hofft, indem sie alle ihre Kräfte gegen die Sozialdemokratie konzentriert.

In dieser Lage bedeutet jede Stimme, die nicht für die sozialdemokratische Arbeiterpartei abgegeben wird, eine Stärkung der antimarxistischen Einheitsfront der von Seipel gebildeten Koalition gegen das Proletariat. Wir hoffen, daß jeder Klassenbewußte Arbeiter aus dieser Lage die notwendigen Konsequenzen ziehen wird.

Notizen

Neuregelung der Besoldungsordnung. Im Haushaltsausschuß des Reichstags gab ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, daß die Reichsregierung im Begriffe sei, die Vorarbeiten für eine Neuregelung der Besoldungsordnung sofort in Angriff zu nehmen und die Neuregelung durchzuführen, sobald die Wirtschaftslage es gestatte. Einen festen Termin hierfür anzugeben, sei gegenwärtig jedoch noch nicht möglich.

Rücktritt Gels. Der Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, Generalmajor Gels, soll — nach Meldungen von rechtsgerichteter Seite — demnächst von seinem Posten zurücktreten. Gels, der seinen jetzigen Posten erst seit etwa einem Jahr innehat, gilt als ausgeprägter Ludendorff-Schüler.

Schwerer Unfall des Staatssekretärs von Kühlmann. Staatssekretär a. D. von Kühlmann wurde beim Ueberqueren der Straße Unter den Linden von einem Motorradfahrer angefahren und zu Fall gebracht. Kühlmann erlitt einen schweren Schädelbruch, während der Motorradfahrer leicht verletzt wurde. Nach der letzten Meldung gibt Kühlmanns Zustand zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß. Die Verwundung ist allerdings inzwischen behoben worden, doch ist bei der lebensgefährlichen Verletzung die ärztliche Prognose äußerst zweifelhaft. Man muß mit dem schlimmsten Ausgang rechnen.

Politische Trauertagsgeschäfte. Der vom Volkbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge für Sonntag in allen deutschen Städten veranstaltete Trauertag wurde, wie vorausgesehen war, von nationalistischen Geschäftemachern für ihre Zwecke weidlich ausgenutzt. Friedensuniformalen, Mimik, bombastische Drohungen, schwarzweisse Flaggenemonstrationen. — Das nennt die monarchistische Clique Gefallenenerbung. — Die Berliner Gedenkfeier fand im Reichstag statt, im Weissen Hinderburg und der meisten Mitglieder der Reichsregierung. Anlässlich Parade der Reichswehr vor dem Reichstag, die Hinderburg abnahm und von der der Berliner „Montag Morgen“ mit Recht schreibt: Es hätte vielleicht besser dem Geiste eines wirklichen Volkstrauertages entsprochen, wenn er eine Parade der Kriegskämpfer abgenommen hätte.

Gegen die Bergarbeiter. Die tschechopolnische Regierung bereitet einen Angriff vor, durch den die Bergarbeiter und die Witwen und Waisen der Bergarbeiter schwer geschädigt werden sollen. Vor allem soll die seit Jahren bestehende selbständige Bergarbeiterversicherung aufgehoben werden. Die Bergarbeiter sollen sich entschließen, diesen Angriff auf ihre Existenz mit allen Mitteln abzuwehren. Ihre gemeinschaftlichen Organisationen haben darum in einer gemeinsamen Sitzung zunächst beschloffen, am Donnerstag den 24. März, einen einträglichen Generalstreik der Bergarbeiter in der ganzen Republik zu proklamieren und an diesem Tage Massenprotestkundgebungen in allen Revieren des Landes zu veranstalten.

Arbeitslosenemonstration in Warschau. Am Sonnabend vormittag kam es in Warschau zu großen Arbeitslosenunruhen. Etwa 1000 Menschen versammelten sich vor dem Gebäude des Arbeitsministeriums und des Präsidenten des Ministerrats, wo sie von mehreren Abteilungen berittener Polizei auseinandergejagt wurden. Zahlreiche Arbeitslose wurden verhaftet. Als Ursache der Demonstrationen ist der vom Magistrat für den 1. April d. J. vorgesehene Abbau von 1600 Arbeitern, die gegenwärtig bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt sind, anzuführen.

Gegen Flottenbauten. In der ersten Kammer des schwedischen Reichstags stellte der sozialdemokratische Bürgermeister Lindhagen den Antrag, die von der Regierung vorgeschlagenen Flottenbauten nicht auszuführen. Statt dessen sollte die schwedische Regierung mit den übrigen skandinavischen Staaten eine Vereinbarung zur Verminderung

der Flottenstärken treffen im Verhältnis zu der Flottenabrüstung Deutschlands. Die Ostsee müsse als neutrales Meer erklärt werden. —

Depeschen

Entscheidungsschlacht bei Handuang

London, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie Reuters meldet, ist eine heftige Schlacht zwischen den Streitkräften Tschangtschins und der Südarmer bei dem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Handuang in der Provinz Honan im Gange. Tschangtschins soll bisher Fortschritte gemacht haben.

Gleichzeitig sind die Kämpfe um den Besitz von Schanghai wieder aufgenommen worden. In der Stadt ist deutlich der Kanonendonner zu hören. Der Admiral Yang, der Kommandeur der chinesischen Flotte in den Gewässern Schanghai, ist zu den Kantonesen übergegangen. Er wird dabei von sämtlichen Offizieren seiner Flotte unterstützt. Es handelt sich um 4 Kreuzer, 5 Zerstörer und 3 Kanonenboote, die sämtlich die Flagge der chinesischen Republik durch die Kantonflagge ersetzt haben. —

Gutknecht in Afrika

Berlin, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Gemerz der Wilm's kam es zu Beginn der heutigen Sitzung zu mehreren sensationellen Zwischenfällen. Bei Aufruf der Zeugen stellte der Verteidiger des Angeklagten Schulz den Beweisanspruch, den Hauptmann a. D. Gutknecht, der bekanntlich flüchtig ist, als Zeugen darüber zu laden, daß er es gewesen ist, welcher vom Reichswehrkommando aus den Befehl erhalten hat, das angebliche kommunistische Waffenlager in der Nähe von Rathenow zu erfassen. Die Vernehmung Gutknechts könnte, wie der Verteidiger ausführte, durch das Auswärtige Amt bzw. durch die deutschen Generalkonsulin in Südafrika erfolgen. Ferner beantragte der Verteidiger, daß die Stimme des Hauptmanns a. D. Gutknecht in Südafrika durch einen Phonographen oder ein ähnliches Instrument festgehalten werden soll, damit man sie mit der Stimme des Oberleutnants Schulz vergleichen könnte.

Nach diesen aufsehenerregenden Anträgen, aus denen hervorgeht, daß die Verteidigung von dem Aufenthalt des flüchtigen Gutknecht Kenntnis hat, verlangt der Staatsanwalt von dem Verteidiger die Adresse des Gutknecht. Der Verteidiger erklärt, daß sich Gutknecht in Britisch-Südafrika befinde und daß es wohl Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei, die Adresse festzustellen. Es sei bekannt, daß die Deutschen in den Kolonien sehr eng zusammenhalten, so daß es möglich sein würde, sehr bald die Adresse zu erfahren. Das Gericht behält sich die Beschlußfassung noch vor.

Nach diesem Zwischenfall folgt ein weiterer. Rechtsanwalt Puppe, der bisher den Angeklagten Fuhrmann verteidigt hat, teilt mit, daß ihm dieser Angeklagte die Verteidigung e n t z o g e n habe. Der Vorsitzende fragt darauf, ob einer der andern Verteidiger die Vertretung des Angeklagten Fuhrmann übernehmen wolle. Die übrigen Rechtsanwälte erklären jedoch, daß es ihnen unmöglich sei, die Verteidigung des Fuhrmann zu übernehmen, da die Interessen dieses Angeklagten allzusehr mit denen der übrigen Angeklagten kollidieren.

Der Vorsitzende gibt der Vermutung Ausdruck, daß dieses Manöver der Verteidiger vorher verabredet worden sei, was aber die Rechtsanwälte mit Entrüstung zurückweisen.

Schließlich wird der zufällig im Saale anwesende Rechtsanwalt Hilbrandt von Amts wegen mit der Verteidigung des Angeklagten Fuhrmann beauftragt, welches Amt er auch übernimmt. Nach diesen Zwischenfällen wird mit zweifelhäftiger Beispaltung in die Beweisaufnahme eingetreten. —

Zur Vermeidung eines Krieges

TU. Genf, 14. März. Das Sonderkomitee des Völkerbundes für die Sanktionsmaßnahmen aus den Artikeln 11 und 16 bei drohender Kriegsgefahr ist heute vormittag zusammengesetzt. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter Deutschlands, der Gesandte Goepfert, gewählt.

Dem Komitee liegt ein Bericht des auf der Dezembertagung des Völkerbundesrates eingesetzten Dreierkomitees vor, in dem im Völkerbundsrat folgende praktische Vorschläge bei drohender Kriegsgefahr gemacht werden:

Die sofortige Einberufung des Völkerbundsrates, telegraphische Aufforderungen des Präsidenten des Rates an die beiden feindseligen Staaten zur Enthaltung von allen aktiven Kriegshandlungen, Zurückziehung der Truppen hinter eine vom Völkerbundsrat sofort zu bestimmende neutrale Zone zwischen den beiden Staaten sowie Enthaltung von Vertretern des Völkerbundsrates an den Ort der Feindseligkeiten. Auf dem sofort einzuberufenden Völkerbundsrat sollen die beiden feindseligen Staaten aufgefordert werden, gegenseitig ihren Standpunkt darzulegen, um unter Mitwirkung des Völkerbundsrates zu einer Einigung zu gelangen. —

Das Urteil im Jürgensprozess

Berlin, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) In Moabit, wo heute nachmittag der Jürgensprozess zu Ende geführt wird, ist eine größere Anzahl Polizeimannschaften aufgebunden worden, um Ruhestörungen zu verhindern.

Man befürchtet, daß die Kommunisten Demonstrationen vor dem Gerichtsgebäude abhalten werden. Unter besonderer Bedeckung kamen gegen 12 Uhr der Angeklagte Jürgens und seine Ehefrau, die sich seit Freitag auf freiem Fuße befinden, im Gerichtsgebäude an. Die umliegenden Straßen stehen unter starker Polizeibedeckung.

Es zur Mittagstunde haben sich keinerlei Menschenansammlungen gezeigt. Das Urteil im Jürgensprozess ist für die späten Nachmittagsstunden zu erwarten. —

Bergmannstod

Ab. Beuthen, 14. März. Auf der Kleophasgrube fuhr am gestrigen Sonntag früh um 6 Uhr ein Steiger mit fünf Mann nach einer Strecke des Blücherstachtes, um eine in Brand geratene Strecke abzuwägen. Alle sechs gerieten dabei in dicke Schwaden. Sie wurden von einer Rettungsmannschaft nur noch als Leichen aufgefunden. —

Ab. Hamm, 14. März. Auf der Beche Radbod stürzten zwei Bergleute, die mit Ausbesserungsarbeiten in einem Stapelsticht beschäftigt waren, aus 90 Meter Höhe in den Schacht. Beide waren sofort tot. —

Examenfalter

Ab. Frankfurt a. O. Ober, 14. März. Während des Abiturientenexamens erschob sich gestern in Neufalz an der Ober der Oberprimaner Kuske aus Furcht, daß er das Examen nicht bestehen würde. —

Spiele mit einer Handgranate

Zu Schwerin, 14. März. Wie aus Berlow gemeldet wird, hatten zwei Schulkinder an dem Boden eines Hauses eine Handgranate gefunden, die sie als Spielzeug benutzten. Die Granate explodierte und geriet den einen Knaben, während der andre mit dem Schwere davonkam. —

Zur Saison-Eröffnung

Frühjahrs-Neuheiten

MANTEL-STOFFE

- Rips 190 cm breit, viele Farben Meter 9.50 **6.90**
- Schattenrips 180 cm breit, schwere Qualität Meter 9.25 **9.25**
- Burberry 190 cm breit, imprägniert Meter 9.75 **8.50**
- Covercoat 140 cm breit, für Staubmäntel Meter 4.25 **3.50**
- Imprägnierte Seide 120 cm breit Meter 11.50 **11.50**
- Matlassé schwarz, Neuheiten Meter 10.50 6.50 **4.50**

Reinwollene Strickstoffe 20 bis 220 cm breit, hübsige Muster Meter 12.50 10.90 **9.50**

SCHWARZ/WEISSE STOFFE

- Kaschmir kleine Karos Meter 1.75 1.10 **0.85**
- Papillon reine Wolle Meter 2.65 **1.95**
- Serge ca 140 cm breit, dankbar im Tragen Meter 2.65 **2.25**
- Taffet-Karos für Gesellschaft und Straße Meter 8.75 **6.75**

Stoffe Seidenstoffe

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

COMPOSÉ-STOFFE

- Papillon-Karos mit dazu passendem, glattem Stoff Meter 2.75 **1.95**
- Kammgarn-Karos 180 cm breit, mit dazu passendem, glattem Stoff, Nr. 8.50 **6.75**
- Rips-Karos 180 cm breit, mit dazu passendem, glattem Stoff Meter **8.75**

EINFARBIGE STOFFE

- Reinwollene Popeline in modernen Farben Meter 4.90 3.50 2.60 **1.95**
- Rips-Popeline und Epinglé 130 cm breit, für Mantel und Kostüme Meter 6.50 4.90 **3.75**
- Crêpe Royal 180 cm breit, das beliebte Gewebe Meter 8.75 **6.75**

BELIEBTE GEWEBE FÜR KLEIDER

- Crêpe Georgette reine Seide, in vielen Farben Meter 9.50 8.50 **7.50**
- Crêpe de Chine alle Mafefarben Meter 8.75 6.75 **4.90**
- Veloutine vollstehender, vornehmer Stoff Meter 9.75 **8.25**
- Cristalin mit Kunstseide, große Blumenmuster Meter **4.50**

BARASCH

Bad Salzelmen Bad Salzelmen

Geschäfts-Eröffnung!

Georg & Co., G. m. b. H., Lederhandlung

Wir haben unserer Ledergroßhandlung ein Detailgeschäft angegliedert und eröffnen dieses am Dienstag den 15. März in

Bad Salzelmen, Marktstraße 6, am Rathaus

Da wir Großverkäufer in Leder und allen Artikeln der Schuhwarenbranche sind, so kaufen Sie bei uns am vorteilhaftesten Sohlenleder im Ausschnitt und in Coupons in allen Stärken und Preislagen, ferner alle Artikel für Schuhmacher und Selbstbesohler, Continental-Absätze.

Georg & Co., G. m. b. H.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Hilfshd.
Todesfälle. 12 März Sophi geb Stoje, Ehe rau des Eisenbahn-Badmeisters i. R. Karl Gräbe, 73 J. Arbeiter-Tunvalde Heinrich Wärens, 83 J. Malermeister Max Wöfler, 64 J.
Magdeburg-Budau.
Todesfall. 1. März Schied-Tunvalde Karl Figner, 55 J.
Magdeburg-Kenpshd.
Todesfälle. 13 März Fleischermeister Hermann Radtke, 43 J. Witwe des Dachdeckermeisters Wilhelm Rührmeyer, Anna geb. Wessendorf, 69 J. Witwe des Kaufmanns Karl Krull, Auguste geb. Schröder, 76 J.

Dankfagung.

Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Mannes, sage ich allen meinen herzlichsten Dank sowie auch der Firma Maschinenfabrik Budau A.-G. Dank seinen wertigen Kollegen vom Metallarbeiter-Verein, vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und seinen wertigen Kollegen der Eisenkonstruktion für ihre Liebe und Unterstützung. Dank auch den lieben Bewohnern des Hauses Heddenstraße 2 und dem Verwalter desselben. Besonderen Dank Herrn Pastor Jacobi für die tröstlichen Worte in der Kapelle und am Gra

Emma Stark.

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltung Magdeburg.

Am 12. d. M. starb unter Mitglied Metallarbeiter **Johannes Wiegand** an Altersleiden, 62 Jahre alt. **Ehre seinem Andenken!** Die Einäscherung findet am Mittwoch den 16. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bestriedhofes aus statt. Die Beerdigung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Entschlafenen **Albert Niemann** sagen wir allen unsern besten Dank. Besonderen Dank seinen Kollegen der Firma Schüller & Budenberg, G. m. b. H., dem Deutschen Metallarbeiter-Verein und der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere auch Herrn Lehrer Richter für seine tröstlichen Worte am Grabe. **Gr. Ditzschleben, 14. März.** Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unsern teuern Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Annastr. 24 und den Kollegen der Firma Klüffendorf unsern herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Friedrich und Paul Klüffendorf sowie auch Herrn Pfarrer Güldenmeister für seine tröstlichen Worte in der Kapelle und am Grabe.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Julia Herbst nebst Angehörigen**

Sonabend vormittag 9 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater

Johannes Wiegand

im Alter von 62 Jahren. Magdeburg-S., den 14. März. Bestatter Str. 1

In tiefer Trauer **Minna Wiegand geb. Wesslitz und Kinder.**

Die Trauerfeier zur Einäscherung findet am Mittwoch den 16. März, nachmittags 3 Uhr, in der Hauptkapelle des Bestriedhofes statt. 731

Billige Tapeten

Alle Preise sind erheblich herabgesetzt!

Ferner stellen wir zum Ausverkauf einen Posten Reste und vorjährige Muster

LINOLEUM

zu den neu herabgesetzten Preisen

LINOLEUM-TEPPICHE

150x200 11.85 bis 14.85 2.0x300 23.70 bis 29.80

LINOLEUM-LÄUFER

BILLIGE LINOLEUM-RESTEN

Gebr. Schröder

- Breiter Weg 55, gegenüber Hohenzollern, am Ratswageplatz -

Zemlin & Co.

Wolff-Große-Str 108 (Kaiserstraße) 677 - Fernruf 2465

angeboten sich für Straßen-Gas-Fassad. Vakuum Teppich-Parkett-Lokal. **Spezial-Vertilgung** deren Gift, Bazillen auf Vergasung.

Dankfagung

Allen, die unsern geliebten Entschlafenen das letzte Geleit gaben und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichsten Dank, auch den Bewohnern des Hauses Umfassungstraße 32. Besonderen Dank Herrn Oberprediger Dr. Goebel für die tröstlichen Worte bei der Trauerfeier.

Lisette Meyer und Kinder

Todesanzeige.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied mein lieber Mann, meiner beiden Kinder vatergebender Vater, unser Schwiegervater, Schwager, Bruder und Onkel, der Herr

Otto Steigleder

im Alter von 82 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Rothemann, den 12. März 1927 **Witwe Marie Steigleder geb. Daniels, Annermarie und Erna nebst Angehörigen.**

Die Trauerfeier zur Einäscherung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, in der Hauptkapelle auf dem Bestriedhof statt.

Am Freitag den 11. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden unser lieber Sohn, Bruder und Enkel

Walter Stenzel

3 Tage nach seinem 18. Geburtstag. Magdeburg-Kenpshd., den 14. März 1927

In tiefer Trauer **Familie Stenzel.** Die Einäscherung findet am Dienstag den 15. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Bestriedhof statt. Kranzspenden dankend verbeten.



Am Sonnabend den 12. März, entschlief nach langem, schwerem Leiden mein lieber, fleißiger Mann, meiner drei Kinder vatergebender Vater und lieber einziger Bruder, der Fleischermeister

Hermann Radtke

127, vor seinem 41. Geburtstag. Magdeburg-Kenpshd., den 11. März 1927. Brüderstraße 8

In tiefer Trauer **Ida Radtke geb. Brauns nebst allen Angehörigen.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, 16. März, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Bestriedhofes aus statt. Sein Leben war nur Arbeit.

Der unsoziale Bürgerblock

Die Reichstagssitzung wurde um 1 Uhr vom Vizepräsidenten Nießer eröffnet. — Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Karsten (Soz.), einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf

Erhöhung der Invalidentrenten

als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag ist schon vor 1 1/2 Jahren eingebracht worden, er wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, der ebensowenig wie ein Untersuchungsausschuss bisher Beschlüsse gefasst hat, weil die Regierungsparteien sich über ihre Stellungnahme noch immer nicht klar werden konnten.

Reichsarbeitsminister Brauns beruft sich auf seine Ausführungen vom Freitag, wonach die Regierung die Invalidentrenten erhöhen und einen Teil der Kosten übernehmen wolle. In der Sonnabenditzung des Sozialpolitischen Ausschusses habe der Regierungsvorsteher die Einzelheiten darüber bereits mitgeteilt. Die neue Gesamtleistung bei der Durchführung dieser Vorschläge würde 120 Millionen im Jahre betragen. Die Veranlagung im Plenum könne aber noch keinen Nutzen bringen, man solle noch die Verhandlungen des Ausschusses abwarten. Die Anträge bedeuteten eine Mehrausgabe von Millionen, darüber sei eine Vorberatung im Ausschuss notwendig.

Abg. Käbel (Komm.) verlangt sofortige Beratung. Abg. Schneider (Berlin, Dem.) widerspricht dem sozialdemokratischen Antrag. Infolge dieses Widerspruchs kann er nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird bei dem Abschnitt

Wohnungs- und Siedlungswesen

fortgesetzt. Abg. Büll (Dem.) wendet sich gegen die Wohnungspolitik des preussischen Wohlfahrtsministers Hirschfelder. Die Zwangswirtschaft für Wohnungen sei von den Hausbesitzern selbst zum Schutze gegen die Hypothekengläubiger verlangt worden. Nachdem sie jetzt von den Hypothekengläubigern befreit sind, möchten sie die Zwangswirtschaft wieder los sein.

Abg. Düttmann (Soz.)

weist darauf hin, daß wir in den letzten Jahren wiederholt Auseinandersetzungen über die Wohnungsfrage gehabt haben, ohne daß ein Erfolg eingetreten wäre. Das private Kapital ist gar nicht imstande, die Schwierigkeiten in der Wohnungsfrage zu bewältigen. Aus der mangelhaften Bautätigkeit hat sich ein unerträglicher Zustand entwickelt. 1913 wurde 4,25 Prozent an Wohnungen neu gebaut, im letzten Jahre waren es nur 1,65 Prozent. Im vergangenen Jahre waren, trotz der Notwendigkeit des verstärkten Wohnungsbaues, 75 Prozent der Bauarbeiter ohne Beschäftigung. Auch jetzt herrscht noch große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, trotzdem der Stand des Wohnungsmarktes eine hohe Produktion verlangt.

Wir haben im vorigen Jahre 695 000 Eheschließungen gehabt, aber nur 121 000 neue Wohnungen sind hergestellt worden; das Wohnungselend hat sich also noch verschlimmert. Dabei muß man bedenken, daß nicht nur die fehlenden Wohnungen gebaut werden müssen, man muß endlich auch daran gehen, die schlechten Wohnungen in den alten Häusern, besonders

die furchtbaren Mietskasernen,

wie in Berlin und andern Orten, durch Neubauwohnungen zu ersetzen.

Jetzt sollen die Mieten weiter erhöht werden. Wir haben bisher noch gar nicht gehört, ob die höheren Mieteträgnisse auch dem sozialen Zwecke des Neubaus von Wohnungen zugeführt werden sollen. Der Grundgedanke, von dem sich die Regierung bei der Steigerung der Mieten leiten läßt, ist das Bestreben, die Mieten für neue und alte Wohnungen einander anzugleichen. Die Erhöhung der Mieten ist aber nicht der richtige Weg dazu, es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß die Kaufkraftpreise erheblich gesenkt werden. Will man die Preise für Neubauwohnungen senken, so muß der

Kampf gegen den Kaufkraftwucher

durchgeführt werden. Wenn die Regierung die Absicht gehabt hat, die Wohnungsmieten jetzt zu erhöhen, so hätte sie schon im vorigen Jahre dafür sorgen müssen, daß die Löhne erhöht wurden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber jetzt zu sagen, die Löhne müssen erhöht werden, damit die Hausbesitzer erhöhte Mieten erhalten, das ist keine soziale Politik!

Die Sozialdemokratie verlangt, daß die jetzigen Mieten vorläufig bis zum 1. April 1928 weiter bestehen bleiben sollen und daß die Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers wieder zurückgezogen wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Bätz (Dt.-natl.) wendet sich gegen die Anträge der Mietgeheubung.

Abg. Winnefeld (Dt. Vp.) gibt der überspannten Zwangswirtschaft die Schuld daran, daß die heutigen Zustände auf dem Wohnungsmarkt entstanden seien.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt, daß alle Parteien in den Grundfragen einig seien: Beseitigung der Wohnungsnot, der Arbeitslosigkeit, Senkung der Baukosten. Darüber hinaus sei aber die Beteiligung des Privatkapitals und die Angleichung der Neu- und Altmieten notwendig.

Abg. Kröger (Kostod., Soz.):

Im außerordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums sind 15 Millionen Mark zur Förderung des Wohnungsbaues eingestellt worden, von denen 2,5 Millionen auf die Kriegsbeschädigten und 12,5 Millionen auf die Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches entfallen. Wir beantragen, diese Position

um 5 Millionen zu erhöhen und von den 20 Millionen 8 Millionen zur Förderung des Wohnungsbaues für die Kriegsbeschädigten und Kriegereinterlebenden zur Verfügung zu stellen. Wir sind der Meinung, daß die deutsche Republik vor allem für die tuberkulösen Kriegsbeschädigten zu sorgen hat, also für solche Leute, die zu einem großen Teil ohne Wohnung sind, die keiner gern nimmt und die in allererster Linie in gesunden Wohnungen untergebracht werden müßten. Wir haben im ganzen

41 688 kriegsbeschädigte Versorgungsberechtigte, davon aus dem Krieg allein 39 580. (Hört, hört, links.) Das Reich und der Reichstag müßten gerade für diese Armen noch viel mehr tun. Wir wollen uns aber zunächst mit den von uns beantragten 5 Millionen begnügen.

Abg. Köllin (Komm.) beantragt, daß die Mieten bis 31. März 1932 nicht gesteigert werden dürfen.

Abg. Trempel (Zr.) weist darauf hin, daß ohne öffentliche Baugewerke bei den heutigen Kreditverhältnissen der private Wohnungsbau nicht gefördert werden könne.

Abg. Dr. Briffen (Wirtsch. P.) bestreitet, daß der Hauswirt jemals Herrschergelüste gehabt habe.

Abg. Dr. Steiniger (Dt.-natl.) hält die Zahlen der Wohnungsuchenden, die von der Linken genannt wurden, für weit übertrieben.

Abg. Frau Lüders (Dem.) weist den kommunistischen Redner auf die schlechten Wohnungsverhältnisse in Rußland hin.

Abg. Zempel (Soz.)

fordert eine stärkere Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, die eine Aufgabe von großer geschichtlicher Bedeutung sei.

Warum kommt die Siedlungsbewegung nicht weiter? Weil ein Krieg zwischen den Behörden ausgebrochen ist, die großen Herren freieren sich und die Bauern haben den Schaden. Der große Aufwand der letzten Jahre ist ohne Nutzen veran worden. Die wollebenden Bauern haben von den zur Verfügung gestellten Summen bisher nichts erhalten, weil die Behörden sich verzankt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Die Sozialdemokratie beantragt nunmehr, daß alles Land in Ost- und Westpreußen, das über 750 Hektar überflüssig ist, dem Reich zur Besiedlung zur Verfügung gestellt wird. Wir werden sehen, ob die andern Parteien mit uns den kleinen Bauern helfen wollen.

Der Redner verlangt dann, daß

für den Pachtlohn eine Dauerregelung geschaffen wird. Wir Sozialdemokraten werden alles tun, das politische Erwachen der Kleinbauern zu fördern. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es folgt der Abschnitt **Verorgungswesen**.

Abg. Bassehl (Soz.)

erklärt, daß die Kriegsbeschädigten nicht ohne Groll be-nehmen werden, daß zur Befriedigung ihrer Angelegenheiten nur wenige Minuten zur Verfügung gestellt worden sind. Bei den ärztlichen Untersuchungsstellen bestehen noch schwere Mängel. Eine lange Wartezeit ist oft notwendig, ehe ein Antragsteller überhaupt eine Vorladung bekommt. Es handelt sich hier nicht nur um einen verärgerten Zustand. Die Versorgungsämter können sich noch immer nicht dazu entschließen, ihre Vertrauensärzte außerhalb des Kreises der angestellten Ärzte zu nehmen. Den Kriegsbeschädigten, die sich für ihr Vaterland geopfert haben, muß eine bessere Behandlung zuteil werden. Die soziale

Berufsjürsorge für die Kriegervaisen

muß gebessert werden. Die Heilbehandlung für die Hinterbliebenen muß durchgeführt werden. Die unsoziale Zusatzrente muß abgebaut und in die eigentliche Rente eingebaut werden. Wie steht es mit der Wiedereinführung der Gebührensicherheit bei den Versorgungsgerichten? Wann wird endlich die vom Reichstag im vorigen Jahre geforderte Verbesserung der Versorgung der Kriegsbeschädigten durchgeführt? Die Regierung hat sich bisher darüber ausgeglichen. Die Tatsache, daß sich die Kriegsbeschädigten-Organisationen nicht am Volkstrauertag beteiligen, läßt auf eine sehr erregte Stimmung in ihren Reihen schließen. Jetzt muß endlich alles geschehen, um das bisher an den

Kriegsbeschädigten verübte Unrecht wieder gutzumachen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abstimmungen

Der Haushalt wird nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses verabschiedet. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mittel für den Bau von Wohnungen für Kriegsbeschädigte und Beamte, Angestellte usw. des Reiches von 15 auf 20 Millionen wird abgelehnt.

Eine größere Anzahl von Anträgen wird den Ausschüssen überwiesen, darunter der sozialdemokratische Antrag, wonach Innungs-schiedsgerichte vorläufig nicht errichtet werden sollen.

Angenommen wird ein Antrag der Regierungsparteien, wonach die obersten Landesbehörden für Räume, die vom Mieter zu beauftragt sind, allgemeine Grundsätze über die Gesichtspunkte aufzustellen haben, die unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für die Beurteilung der Angemessenheit des Mietzinses von Bedeutung sind. Die oberste Landesbehörde kann anordnen, daß einer Klage, mit der die Herausgabe eines vom Mieterschutz ausgenommenen Raumes verlangt wird, ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt vorauszugehen hat.

Am 7 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Montag nachmittags 2 Uhr.

Overland hat von der Kommune unter günstigen Bedingungen einen Platz überlassen bekommen, auf dem eine Fabrik zur Montage von vorläufig 1000 Automobilen jährlich gebaut werden soll. Die Fabrik soll, entgegen früheren Meldungen, nur zur Bedienung des dänischen und eventuell skandinavisches Absatzes von Overland dienen.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch für Buchdruckerhilfsarbeiter

Die Verhandlungen der graphischen Hilfsarbeiter zur Erneuerung des Reichstarifs für das Buch- und Zeitungsdruckgewerbe haben nach fünftägiger Dauer zu einem Ergebnis geführt. Die Parteien konnten selbst zu einer Verständigung nicht kommen, was bei den Anträgen der Unternehmer im Buchdruckgewerbe, die einen Abbau der Tariflöhne bis zu 30 Prozent verlangten, nicht wundern kann. Das im Reichstarif vorgesehene Zentral-schiedsamt mußte zusammenbrechen und hat nach 19stündiger Beratung einen Schiedspruch gefällt, der den Buchdruckerhilfsarbeitern eine Lohn-erhöhung von 3,06 Mark ab 1. April in der Spitze bringt. Außerdem sind die Ferienbestimmungen verbessert worden; die Arbeitszeit ist die gleiche wie im Buchdruckerarif, dessen grundlegende Bestimmungen auf den Reichstarif der Hilfsarbeiter sinngemäß Anwendung finden.

Der Tarif soll auf 2 Jahre vom 2. April 1927 bis 31. März 1929 abgeschlossen werden. Beide Parteien haben bis 15. März einschließlich zu erklären, ob sie dem Schiedspruch zustimmen oder nicht.

Ueberlange Reichsbahn-Arbeitszeit

Die Aufrollung der Arbeitszeitfrage, die das Unternehmertum anfangs mit einer Handbewegung abtun wollte, fördert immer aufreizendere Feststellungen zutage. Nicht nur in den kleinen Winkelbetrieben — nein, auch bei dem größten Unternehmer, bei der Reichsbahn, herrschen geradezu unerhörte Arbeitszeitverhältnisse. Die Reichsbahn-Gesellschaft treibt einen unerhörten Raubbau mit der wertvollen Arbeitskraft, die sich bald bitter rächen muß.

Bei einem Vergleich der Wochenarbeitszeit in gewerblichen Betrieben und bei der Reichsbahn — die Vergleichszahlen sind der Privatindustrie. Dafür ist aber andererseits der Prozentsatz des Personals, der wöchentlich 48 Stunden und weniger beschäftigt ist, 92,22 Proz. niedriger als in den gewerblichen Betrieben. Das ist

Gewerbliche Betriebe.

- Es waren beschäftigt:
 - a) 48 Stunden und weniger 52,2 Prozent der Arbeiter,
 - b) über 48 bis 60 Stunden 62,97 Prozent der Arbeiter.
- Reichsbahn (Betriebs- und Verkehrsdienst).
- Es waren beschäftigt:
 - a) 48 Stunden und weniger 3,66 Prozent der Arbeiter,
 - b) über 48 Stunden bis 60 Stunden 96,34 Proz. des Personals.

Demnach ist also die über 48 Stunden wöchentlich hinausgehende Arbeitszeit bei der Reichsbahn 81,8 Prozent höher als in der wöchentlich 48 Stunden und weniger beschäftigt ist, 92,22 Prozent niedriger als in den gewerblichen Betrieben. Das ist ein furchtbarer Zustand.

Zum Vergleich der Arbeitszeit in den Werkstätten der Reichsbahn können die Zahlen der Reichsarbeitsverwaltung über die Dauer der Wochenarbeitszeit in der Metallindustrie und die prozentuale Verteilung auf die beschäftigten Arbeiter herangezogen werden. Es waren beschäftigt:

- Metall- und Maschinenindustrie
- a) 48 Stunden und weniger 52,2 Prozent der Arbeiter,
- b) über 48 bis 60 Stunden 47,8 Prozent der Arbeiter.

Werkstätten der Reichsbahn

in der Regel mindestens 54 Stunden in der Woche 100 Prozent der Arbeiter.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß in der Privatindustrie der Prozentsatz der Arbeiter der Gruppe a (48 Stunden und weniger) durch Kurzarbeit (circa 12 Prozent) günstig beeinflusst wurde und deshalb nicht ohne weiteres vergleichbar ist, so trifft dies aber auf die Arbeiter der Gruppe b (über 48 bis 60 Stunden) nicht zu. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Arbeitszeit bei der Reichsbahn bedeutend länger ist als in der Privatindustrie.

Das zahlenmäßige Bild wird noch ungünstiger, wenn man die Arbeiter der Bahnunterhaltung und der Werkstätten mit einbezieht. Dazu kommt noch, daß aus den statistischen Zahlen der Reichsbahn nur die planmäßige Arbeitszeit, nicht aber die tatsächliche Arbeitszeit ersichtlich ist, die besonders in Betriebs- und Verkehrsdiens durch Verzögerungen und Betriebsunfälle und in den andern Dienstzweigen durch Ueberstunden verlängert wird.

Aus unserer Gegenüberstellung ergibt sich, daß die gegenwärtige Arbeitszeit bei der Reichsbahn unhaltbar geworden ist. Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat deshalb auch mit vollem Rechte die Verkürzung der Arbeitszeit an die Spitze seiner Forderungen gestellt. Die Eisenbahner erwarten, daß die gesamte Öffentlichkeit ihre Bestrebungen unterstützt.

Beiratkonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Eine Verbandsbeiratkonferenz des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, die in Dresden stattfand, nahm zu den gewerkschaftlichen Problemen Arbeitsschutzgesetz, Arbeitsgerichts-gesetz, Tarif- und Bildungsfragen eingehend Stellung.

Schulz (Berlin) sprach über das Arbeitsschutzgesetz. Einmütig lehnte der Verbandsbeirat die Arbeitsschutzgesetzvorlage ab. Er forderte ein einheitliches alle Arbeiter umfassendes Arbeitsschutzgesetz mit Festsetzung der Arbeitszeit im Höchstfall auf 8 Stunden täglich und erhob Einspruch dagegen, daß die Festsetzung der Arbeitszeit für das Pflege- und Hauspersonal aller Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten und der Militär des Reichsarbeitsministerium abhängen soll und unter Aufsicht der Reichsarbeitsgerichts die Arbeitszeitbestimmungen für die Beamten durch Anordnung der Behörden auf die Arbeiter übertragen werden können.

Zur Durchführung des Arbeitsgerichtsgesetzes, über das Wed berichtet, forderte der Verbandsbeirat, daß bei der Aufstellung der Beiratslisten für die Arbeitsgerichte die Mitglieder des Verbandes entsprechend der Organisationsstärke berücksichtigt werden. Vor dem Abschluß von Schiedsverträgen zum Zwecke der Ausschaltung der Arbeitsgerichte werden die Kollegen dringend gewarnt. Demgemäß soll auch der Verbandsvorstand die Befreiung der Zuständigkeit der Tarifschiedsstelle für Reichsvereinigungen aus den Tarifverträgen anstreben.

Dittmer referierte über Bildungsfragen. Die Vorsitzenden Müntner und Weder besprachen verschiedene Organisationsfragen; die Differenzen mit dem Metallarbeiterverband sollen im Wege der Verständigung beseitigt werden.

Nach weiteren Darlegungen über die Richtlinien des Reichsarbeiterverbandes zur Ruhehoherordnung und über die Ferngasversorgung behandelte Schulz und Stetter die Tariffragen der Gemeinde-, Reichs- und Staatsarbeiter. Dabei wurde festgestellt, daß der Reichsbund der Beamten und Angestellten (R. B. A.) im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter überal-schwerfste Forderungen aufzuwerfen hat.

Aus der Wirtschaft

Schnelle Entwicklung zum Kunstseidenkartell

Die Entwicklung zum Europäischen Kunstseidenkartell scheint sich nach dem Zusammenschluß der deutschen Kunstseidengruppe, der englischen Courtauldsgesellschaft und der italienischen Enia Viscofa schnell zu vollziehen. Wie uns unser Londoner Mitarbeiter meldet, finden gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Kartell und der belgischen Kunstseidenfirma Tubize statt. Außerdem schweben Verhandlungen über den Anschluß von vier maßgebenden tschechoslowakischen Kunstseidenfirmen.

Neben der Enia, der holländischen Kunstseidengruppe, deren völliger Anschluß an das Kartell in Kürze zu erwarten ist, bleibt vorläufig nur das „Comptoir des Textiles Artificiels“, eine französische Vereinigung, die etwa ein Duzend Firmen kontrolliert, draußen. Sie wird früher oder später aber auch zum Kartell übergehen müssen, da der größte Teil der französischen Kunstseidenindustrie in der „Union des Producteurs de Soie Artificielle de France“ organisiert ist, die bereits dem Kartell nahesteht.

Besserung in der Maschinenindustrie

Die Besserungserscheinungen in der Maschinenindustrie setzten sich nach Mitteilung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten auch im Monat Februar 1927 trotz kleiner Hemmungen durch. Die Antragsfähigkeit war im Februar fast überall lebendig

und ernsthaft, besonders durch die Inlandindustrie, wo sich der seit langem aufgepeicherte Bedarf stark geltend macht.

Die Besserung der Konjunktur wirkt sich auf den Beschäftigungsgrad allmählich härter aus. Die Zahl der als schlecht beschäftigt bezeichneten Betriebe sank im Februar auf rund 40 Prozent der Gesamtzahl gegenüber 50 Prozent im Vormonat. Das Anwachsen der Belegschaft geht allerdings nur ganz allmählich vor sich, macht sich aber in großen Teilen der Maschinenindustrie bemerkbar.

In bezug auf das Geschäft auf der Technischen Messe in Leipzig wird in dem Bericht bemerkt, „daß sich die industrielle Ausstellung mehr und mehr zu einem Knotenpunkt der Produktionsmittelbeschaffung für die ganze Welt entwickelt.“

Lebhafte Beschäftigung in der Schuhindustrie. Die Schuhindustrie ist in den letzten Wochen gut beschäftigt gewesen und mit Aufträgen fast durchweg reichlich versehen. In den Hauptzentren der Industrie, wie Pirnaischen, Erfurt und Weizsäckel, wird in fast allen Betrieben voll gearbeitet, und man rechnet auf Grund der vorliegenden Aufträge auch noch für die nächsten Wochen, teils sogar Monate, mit einer betriebligen Beschäftigung.

Englischer Autobus in Dänemark. Zwischen der bekannten englischen Automobilfirma Overland und ihrem Kopenhagener Vertreter ist nunmehr ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach Overland eine Montagefabrik in Kopenhagen errichtet.

Internationaler Frauentag!

Der Internationale Frauentag hat seine Geschichte in den Sozialdemokratischen Parteien. Die im Jahre 1910 in Kopenhagen verammelten Frauen beschlossen damals, in allen Ländern einen Internationalen sozialistischen Frauentag abzuhalten. Damals wollten die Frauen in der Hauptsache für die politische Gleichberechtigung demonstrieren. Die Frauenbewegung war in allen Ländern emporgestiegen. Das Selbstbewußtsein der Genossinnen begann sich zu regen. In allen kapitalistischen Staaten wurde der Kampf um das Frauenwahlrecht akut, in wenigen war es sogar schon eingeführt. Die Frauen erwerbsfähig, eine Begleiterscheinung des Kapitalismus, wirkte sich psychologisch aus. Die Frauen lernten wirtschaftliche Selbständigkeit, aber auch die durch ihre

Doppelbelastung als Mutter und Erwerbstätige hervorgerufenen Sorgen kennen. Ihr wirtschaftlicher und sozialer Blick weitete sich; sie wurden heiliger, der Gedanke des Klassenkampfes schlug auch bei ihnen Wurzel.

Am 19. März 1911 wurde in Deutschland der Internationale Frauentag zum erstenmal begangen. Damals schrieb die „Gleichheit“, die Zeitung der Genossinnen Deutschlands:

Genossinnen, arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag! Er gilt euerem Rechte! Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muß euer Ehrentag sein. Die ihr in Stadt und Land fremdet: Heraus zum sozialdemokratischen Frauentag!

Der Gedanke zündete. Die „Gleichheit“ veröffentlichte eine Zusammenstellung über die Verhältnisse im ganzen Reich. Dänemark, Schweden, die Schweiz und Amerika berichteten über einen ebenso glänzenden Verlauf. In der Folge wurde in jedem Jahre der Frauentag abgehalten. Die Genossinnen schmückten sich mit roten Schleifen, die Säle wurden mit Tannengrün und Blüten der Vorkämpfer des Sozialismus festlich ausgestattet, Kampfslieder wurden gemeinsam gesungen. Resolutionen wurden im Referat besprochen und als Forderungen angenommen.

Der Krieg unterbrach den Zusammenhang der Genossinnen. Die Frauenkonferenz in Hamburg nahm an Verbindungen wieder auf, was den Händen der Führerinnen entglitten war. Auch die Frage des gemeinsamen Frauentages wurde wieder auf.

Inzwischen hat sich sehr viel geändert. Das Frauenwahlrecht ist in unsern Händen. Ist damit nun das Ziel erreicht? Was gibt es noch zu kämpfen? Sehr viel! Wir führen als Frauen

heute wie damals den Kampf um eine bessere Lebensgestaltung des Proletariats. In fast allen kapitalistischen Ländern ist die Arbeitslosigkeit groß, führt der Arbeiter gegen den Kapitalismus einen zähen Kampf um höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit, um bessere Lebensbedingungen. In fast allen kapitalistischen Ländern sind die Führer des Kapitalismus bildungsfeindlich, soweit das Bedürfnis bei der Arbeiterklasse vorhanden ist. Überall kämpft die Frau an der Seite des Mannes, überall aber gehen ihre berechtigten Forderungen über die des Mannes hinaus, weil sie als mütterlicher Mensch und Hausfrau unter den kapitalistischen Auswüchsen viel mehr leidet. Überall kämpfen die Arbeiter um Licht, Luft und Sonne für die arbeitsfreie Zeit, die Wohnungsnot ist eine furchtbare Geißel für Millionen arbeitender Menschen.

Doppelt ist die Frau betroffen;

ihre Freizeit ist kürzer; für sie ist die Wohnung oft zugleich Arbeitsstätte und Erholungsraum. Sie leidet seelisch darunter, daß ihre Kinder in luft- und lichtarmen Räumen aufwachsen müssen.

Die politisch bewußten Frauen wissen aber auch, daß es ihre Aufgabe ist, die Frauen und politisch Indifferenten nachzurücken. Nicht das Wahlrecht ist der Zweck uners Kampfes gewesen; der Kampf war uns Mittel zum Zweck, das erreichte Wahlrecht ist erst eine der Waffen zum weiteren Kampfe. Viel gilt es zu erreichen für den Arbeiter, noch viel mehr für die Frau. Nicht nur die Gesetzgebung soll beeinflusst werden. Tausend Vorurteile gilt es zu beseitigen. Erwerbsarbeit und damit die soziale Schwierigkeiten für Millionen von Frauen haben in einer Weise zugenommen, wie es viele von uns heute noch gar nicht übersehen. Die Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit stellt auch an die Frauen unerhörte Anforderungen, während der Arbeitsprozeß der

Hausfrau der unbemittelten Schichten

von den Fortschritten der Technik noch fast unberührt ist. Die Vorteile denen, die es sowieso schon leidlich im Leben haben, ist die Devisse des Kapitalismus. Das ist in allen kapitalistischen Ländern gleich.

Deshalb müssen die Frauen in ihren Kundgebungen am Internationalen Frauentag, der in der Zeit vom 27. März bis zum 3. April abgehalten wird, ihre Forderungen stellen, um der ganzen Welt zu beweisen, daß die Frauen sich gegen Unterdrückung und Entbehrung auflehnen, daß sie die internationale Solidarität mit der Arbeiterklasse fühlen, und daß sie im Sozialismus ihre Befreiung als Frau sehen. Marie Fuchs.

unterricht ermahnte er zur Schweigsamkeit. Durch die Erkrankung eines Schulkindes kamen die Verbrecher Donaths an den Tag, der verheiratet und Vater eines Kindes ist. —

Schwerer Zusammenstoß.

In der Nacht zum Sonntag fuhr im Osten Berlins ein Motorrad mit einem Pferdehufeisen zusammen. Der Führer des Rades verstarb auf der Stelle. Sein Bruder wurde ebenfalls vom Motorrad herabgeschleudert und mußte schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden. —

Furchtbare Bluttat im Krankenhaus.

Im Krankenhaus in Hannover lag in einem Zimmer der Lokomotivführer Franz Wluda u, der eine leichte Operation hinter sich hatte, und sein an einer unheilbaren Krankheit leidender Sohn, der Reichsbahninspektor Otto Wluda u, der aus Freiburg im Breisgau nach Helf gekommen war. Mit einem Rasiermesser schnitt der Vater seinem Sohne die Kehle durch und öffnete sich dann selbst die Pulsadern. Der Sohn verstarb, während der Vater trotz schweren Blutverlustes gerettet werden konnte. —

Versicherung gegen Regen.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen hat einem großen Versicherungskonzern die Genehmigung erteilt, Versicherungen auf Regenrisiko abzuschließen. In Frage kommen vor allem Gastwirte in Luftkurorten und in der Umgebung von Großstädten sowie Bade- und Kurorte. Auch Sport- und Rennvereine sollen in die Versicherung einbezogen werden können. Es werden zwei Arten von Versicherungen unterschieden, die Totalversicherung oder die Einnahme- und Ausfallversicherung. —

Großes Fischsterben in der Enns.

In der schäumenden Enns, dem sprudelnden Bergfluß der oberen Steiermark, geht ein gewaltiges Fischsterben vor sich. Unzählige Edelkrebse, Forellen und Lachsen, die die Enns aus den schneebedeckten Hängen der Niedern Tauern in die wildromantische Enge des Gesäßes bringt, sind auf einer Strecke von 20 Kilometer tot abgetrieben worden. Aber auch die Fische des Unterlaufes, die Arben und Weißfische, haben ihr Massengrab in den Fluten des Flusses gefunden. Diese Katastrophe wiederholt sich nunmehr schon zum drittenmal in dem fischreichsten Nebenfluß der Donau und hat Generationen der Fischzucht vernichtet. Die Fischzucht ist auf der Enns gänzlich eingestürzt. Die auf behördlichen Auftrag geführte Untersuchung hat festgestellt, daß die quantitativen, verbotswidrigen in die Enns geleiteten Abfallstoffe aus den feuerreichen Höfen der Alpen Montanogesellschaft das Absterben des Fischvolkes herbeigeführt und die Bestände auf Jahre hinaus vernichtet haben. Schon einmal mußte die Gesellschaft 67 000 Goldtröden an die geschädigten Fischer bezahlen. Der jetzige Schaden bewegt sich gleichfalls in beträchtlicher Höhe und wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit 500 000 Schilling beziffert. —

Festnahme eines Betrügergenies.

In Paris ist am Sonntag einer der größten Finanzbetrüger Frankreichs in den letzten 50 Jahren, namens Rochette, verhaftet worden. Rochette hat bereits vor dem Kriege durch riesige Finanzskandale von sich reden gemacht. Es sind jetzt in den letzten Tagen über 10 000 Klagen gegen den Betrüger eingelaufen. Die Höhe der von ihm verübten Betrügereien soll sich auf rund 50 Millionen Franc belaufen. Er hat durch mehrere von ihm redigierte Finanzzeitschriften in der Provinz mehr als 10 000 Personen dazu veranlaßt, gute Wertpapiere gegen andre von ihm zum Teile selbst erfundene wertlose Papiere umzutauschen. —

Gesteigerter Schnapskonsum in Rußland.

Der Branntweinkonsum in Rußland hat sich während der letzten Monate, seit Einführung des hochprozentigen Schnapfes, stark gehoben. In den letzten drei Monaten wurden in Rußland 200 Millionen Rubel für Branntwein ausgegeben, was einer Steigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres von 118 Prozent gleichkommt. Dabei ist der von den Bauern selbst hergestellte Branntwein, dessen Wert ebenfalls auf viele Millionen Rubel geschätzt wird, nicht berücksichtigt. Neben dem Branntweinkonsum ist auch der Verbrauch an Bier, Wein und sonstigen Spirituosen erheblich gestiegen. —

Drohender Erdrutsch in der Krim.

Am Südufer der Krim drohen für die nächste Zeit gewaltige Erdrutsche. Auf der Strecke zwischen Sewastopol und Jalta befindet sich das Gelände des Meeres abfallenden Uferstreifens in voller Bewegung. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Erdmassen vorwärts bewegen, beträgt ein Meter täglich. Der Bergbruch hat bereits die berühmte Kunststraße, die der Küste entlang von 20 bis 30 Kilometer Länge in das an dieser Stelle außerordentlich tiefe Meer führen. —

Salomonisches Hunde-Urteil.

Oslo, die Hauptstadt Norwegens, ist sehr gesegnet mit Hunden. Diese geben ein gutes Steuerobjekt ab. Als man aber im vergangenen Jahre die Hundesteuer auf 75 Kronen jährlich erhöhte, streikten eine Anzahl Hundebesitzer mit der Zahlung der Steuer, obwohl die Polizei auf Anweisung der Steuerbehörde verurteilt war, daß sie jeden nichtbesteuerten Hund erschießen werde. Bald hatte die Polizei 30 Hunde ausfindig gemacht, deren Besitzer sich hartnäckig weigerten, die Steuer zu bezahlen. Die Polizei wandte sich an die Steuerbehörde, ob sie die Köter erschießen könne. Das Steueramt erteilte aber die salomonische Antwort, daß die Vernichtung des Steuerobjekts nicht die richtige Art sei. Steuern einzutreiben. In der Folge dieser Unwissenheit, die die Steuerbehörde zum besten gab, teilte sie aber nicht mit, auf welche Weise die salomonischen Steuern nun eingezogen werden sollen. Darüber berichtet sich, als nicht zuständig, die Polizeibehörde aber nicht ihren Kopf. Also laufen die 30 Hunde noch immer wohl und munter ohne Steuermarken umher. —

Der arbeitslose Fenster.

Konstantin Deibler, der praktisch angelegte Scharfrichter Frankreichs, straffte Poincaré mit zweien seiner Gehilfen einen Besuch ab und bat um Gehaltssteigerung. Der Scharfrichter erklärte, sein Gehalt betrage 500 Mark pro Jahr, zuzüglich eines bestimmten Betrages für jede Einrichtung, aber die Mörder würden in Frankreich so oft begnadigt oder gar freigesprochen, daß er das tägliche Brot nicht mehr verdiene. Er habe zum ersten Male seit 8 Monaten jetzt in Rouen einen Menschen vom Leben zum Tode befördert und er habe beträchtliche Ausgaben gehabt, da er gezwungen sei, inognito zu reisen. Poincaré ließ dem Fenster ein williges Ohr, versprach, die Angelegenheit zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß er genug verdiene. —

Aus den Gerichtssälen

Lumpen en gros

Im Gerichtsgefängnis in Gommern hatten sie sich kennengelernt. Sie teilten damals eine Zelle. Die Einsamkeit der Strafverbüßung wurde benutzt, um alle möglichen Pläne für die Stunde zu schmieden, wo sich den beiden Leuten die Tore zur Freiheit wieder öffnen würden. Karl Fischer hat schon oft mit dem Gefängnis Bekanntschaft gemacht. Seine Kollege Habelerl braucht sich aber keines ehemaligen Zellengenossen und späteren Kompagnons abseits nicht zu schämen. Sie hatten beide manches begangen, was eben immer wieder zu längerem oder kürzerem Aufenthalt in irgendeinem Gefängnis führte.

Diesmal hatten sie sich aber beide vorgenommen, ein ordentliches Leben anzufangen und zu versuchen, sich wieder einen rechtlichen Namen zu erwerben. Habelerl besaß einige hundert Mark. Fischer war Buchhalter für Linsenhandlung. Zwei Talente hatten sie gefunden und schon in der Gefängniszelle wurde beschlossen, sobald die Stunde der Freiheit gekommen ist, lassen wir uns als Habelerl u. So., Lumpen en gros, irgendwo nieder. Dem Plan wurde zugestimmt. Und als dann die heißerwartete Stunde herangebrochen war, gelobten sich die beiden Leidensgefährten in Freud und Leid zusammenzutreten und alle Kräfte für das neue „Unternehmen“ zu verwenden.

Es wurde ein Keller gemietet. Habelerl u. So., Lumpen en gros, errichtete ein großes Linsenbüro. Habelerl war Finanzminister, Fischer und dessen Ehefrau waren die Sachverständigen. Sie tagten den Wert der gebrauchten Lumpen, sortierten und sortierten und verhandeln es ausgezehrt, das Geschäft auf eine gewisse Höhe zu bringen. Es herrschte unter den beiden Kompagnons heile Erntedank. Das Unternehmen blühte. Die Firma erwarb sich einen „guten“ Namen.

Am Freitag lag der zweite Chef der Firma, Fischer, plötzlich auf der Antikebank des erweiterten Schöffengerichts in Magdeburg, das schwere Diebstahls im Rückfall angeklagt. Sein Sozius Habelerl spielte Zunge. Die ehemaligen Freunde und Leidensgefährten begehrten sich mit Gift und Galle. Die Firma Habelerl u. So. hatte einen Knacks bekommen und war in die Brüche gegangen. Wer die Schuld daran trägt ist eine Frage, die wir nicht zu prüfen haben. Jedenfalls hat Finanzminister Habelerl seinen Kompagnon Fischer des Diebstahls bezichtigt und ihn zur Anzeige gebracht. Das war den Habelerl wenig schon, noch dazu er mit seiner Anzeige einen bösen Mißfall erlebte. Fischer wurde — um es gleich vorweg zu sagen — freigesprochen. Morakisch beurteilt wurde Herr Habelerl wegen einer Razzie von mehreren Hundert Lumpen und einiger Stücke Altesen welche er seinem Sozius ins Jagdschloß brachte.

In der Tat drohte sich dieser Vorzug nur um eine Portion jammervoller Lumpen, die einen Wert von 10 Mark haben sollten. Allerdings soll sich Fischer diesen Reichtum durch einen Einbruchsdiebstahl beschafft haben. Habelerl behauptet das. Er behauptet auch, daß Fischer niemals sein Sozius gewesen ist. Das soll sich Fischer nur eingebildet haben. Fischer tritt dagegen behauptet an, daß er doch Mitarbeiter der unheimlich berühmten Linsenhandlung gewesen sei. Er will sogar die Seele dieses Unternehmens gewesen sein, da Habelerl das Unternehmen nicht verstand.

Fischer legt sich manchmal etwas auf. Er hat auch für seinen Freund Habelerl gar nichts mehr über. Er will ihn sogar „menschenwürdig“ haben. Wer als einmal zeigte der Dostigende den Angeklagten hinter sich doch etwas zu sagen. Er würde sein Recht nicht bestimmen. Fischer war aber nicht zu beruhigen. Immer wenn Habelerl etwas sagte, schnappte er über und wies an Habelerl im Gerichtssaal über seinen ehemaligen Zellengenossen herzugehen.

Der Staatsanwalt hat trotz der glänzenden Femelempfehlung des Angeklagten für überfällig, sich widerrechtlich, und geht nach Gommern in den Besitz von Sachen gefest zu haben, die ihm nicht gehören. Wenn auch der Wert dieser wenigen Sachen nur einige Mark betrug, der Angeklagte war nicht fähig und sollte man auf ein Jahr neun Monate ins Ge-

fängnis. Habelerl grinst auf der Zeugenbank. Fischer schämt sich vor ihm. Im Schlusswort sagte er dem Habelerl gründlich Bescheid.

Das Gericht spricht den Angeklagten frei. Jetzt grinst Fischer triumphierend, während Habelerl etwas geknickt auf der Zeugenbank sitzt. Der Freispruch war durchaus berechtigt. Diesmal war Fischer wirklich unschuldig. Die Anzeige war lediglich ein wenig schöner Knackart. —

Vom Kaufmannsgericht

Das Lehrverhältnis

Gertrud war Kontorlehrling bei der Firma K. Nach zweijähriger guter Führung soll das junge Mädchen plötzlich den Gehorsam verweigert haben, indem es den Auftrag einer Kontoristin nicht ausführte. Der Chef schickte den Lehrling nach Hause und gab diesem ein Schreiben an die Eltern mit, in welchem erklärt wurde, daß er, der Chef, mit Gertrud nicht zusammenarbeiten könne. Hierin sehen die Eltern die Lösung des Lehrverhältnisses und wandten sich an ihren Verband.

Vor dem Kaufmannsgericht hatte nun diese Angelegenheit ein Nachspiel. Groß war das Erstaunen, als der Chef, Herr K., erklärte, er habe den Lehrling nicht entlassen. Das junge Mädchen sei einfach dem Geschäft ferngeblieben. Der Verbandsvertreter legte daraufhin dem Gericht ein Schreiben vor, das nicht nur von den Eltern und der Gewerkschaft, sondern auch von den Besitzern des Gerichts als Entlassung angesehen werden mußte. Man erklärte Herr K., der Lehrling könne wiederkommen. Das ging aber nicht, denn Gertrud hatte inzwischen eine andre Lehre gefunden und war nicht gewillt, dort fortzugehen. Aber einen Monat mußte der Lehrling in der neuen Stellung länger lernen, wodurch den Eltern ein kleiner Schaden entstanden war. Dafür wurde Herr K. verantwortlich gemacht. Durch eine Abfindung einigten sich die streitenden Parteien. —

Kleine Chronik

Zwei Ohrfeigen — 3 Jahre Gefängnis.

Eine über alle Maßen schwere Strafe wurde von dem erweiterten Schöffengericht Hannover über den 23jährigen Gefreiten Georg Müller verhängt. Müller hatte in Begleitung eines andern Gefreiten einen Unteroffizier in der Nacht auf der Straße mißhandelt. Als der Unteroffizier die Personalien der beiden vorlesen wollte, vertrieb ihm Müller eine Ohrfeige, so daß er zu Boden fiel. Als er wieder aufstand, erhielt er eine zweite Ohrfeige. Das Gericht verurteilte Müller nach § 97 des Militärstrafgesetzes zu 3 Jahren Gefängnis. Die Strafe erscheint besonders hart, wenn man mit dieser Strafe das Urteil gegen einen Reichsbahnbediensteten vergleicht, der im Sommer im Januar im Altkontrollamt einen Kameraden mit dem Seitengewehr erschossen hatte und für diese Tat ebenfalls mit 3 Jahren Gefängnis bestraft wurde. —

Todesurteil.

Das Schöffengericht Stettin verurteilte den 23jährigen Landwehrman Wilhelm Ehrlich aus Gärden, Kreis Greifenhagen, der am 11. Mai 1923 seine Frau durch zehn Pistolenschüsse tötete, zum Tode. —

Schwere Sittlichkeitsverbrechen des Rektors.

Wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen an seinen Schülern wurde der Schulleiter Donath in Hermannsgrün bei Weimar verhaftet. Donath hat sich länger als 2 Jahre an Mädchen von 13 und 14 Jahren, aber auch an jüngeren, vergangen. Donath hat in allen Klassen, mit wenigen Ausnahmen, die Mädchen misshandelt. Die Kinder bestellte er zu diesem Zweck zu sich in die Wohnung. Der Kindern legte er unter Androhung Strafgeldes auf, und vor allem im Religions-

MAGGI'S Erbs-Suppe

in Würfel
zu 13 Pfg. für 2 Teller
eine feine Suppe!



Gestatten Sie uns

S Ihnen über die Qualität des mit febernder Spannung erwarteten grandiosen Abenteuer-Dramas

Jagd auf Menschen

Schon heute mit den wichtigsten Einzelheiten zu dienen!

Wer ist Carlo Albini?

Carlo Albini

ist der elegante, weltberühmte und sympathische Sensations-Darsteller.

Carlo Albini

gibt Klangleistungen tollühnten Vagabunden zum besten.

Carlo Albini

akrobatische Brauerründe sind nicht zu überbieten.

Carlo Albini

nicht allein Kraftreich, muskulöser Athlet, sondern auch routinierter Schauspieler von angenehmer Liebenswürdigkeit. Seltene unterseiner Art hat von Harry Preis bekannenen Fähigkeiten.

Carlo Albini

ist der Hauptdarsteller des neuesten und besten Abenteuer-Films

Jagd auf Menschen

ein Werk wie zuvor gebrachter atemberaubender Sensationen, so hat dem Zuschauer auf dem Wege der feingeschraubten Bauart schrittweise und die Spannung sich in drauendem Tempo Luft macht. Entzückende Naturaufnahmen sowie Szenen aus gelassenster Feinheit geben dem Ganzen noch ein besonderes Gepräge.

Wally Delschaft, Erich Kaiser-Tiz, Vivian Gibson, Hans Albers, Albert Paulig, Marg. Kupfer, Karl Falkenberg

sind in den weiteren Hauptrollen vertreten.

Mittwoch

Walhalla-Lichtspiele

Dienstag letzter Tag:
Der gute Ruf - Lotte Neumann
Cohen kontra Miller



Der Andrang war gewaltig und Hunderte konnten keinen Einlass finden.

Jeder will die entzückende

Ena Mara

sehen



in ihrem neuesten, herrlichen Film

Der Zigeunerbaron

Nach der unverblühten Operette von Johann Strauß.

Außerdem:

Das prachtvolle Beiprogramm

Beginn 7 1/2 Uhr.

Jugendliche halbe Preise.

Fahrräder

läuft zu hohen Preisen

VOIGT, Poolstraße 18.

Die anerkannt beste Zeitschrift

fähigkeit im Verkauf neuer Federbetten. Nur gutes, haltbares, federbestes Füllgut und mit feinsten Federfedern gefüllt, sondern weichen Gänsefedern u. grauen Halbdaunen. Ein Doppelbett 20 u. 25 Bfl. Umerbetten 15 und 19 Bfl. prima Brausebetten in allen farbigen Juleiten 80 bis 100 Bfl. Langjährige Garantie auf sämtliche Betten. Kein Laden. Lorenz, Goethestr. 37. Geöffnet im Jahr 1901.

Entzückende Frühjahrshüte

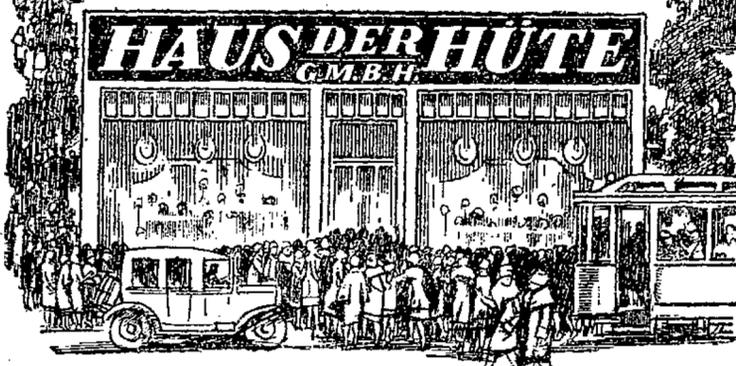
Flotter jugendlicher Hut 5 75
in Strohgelocht, mit Band u. Blumengarn

Fescher jugendlicher Hut 7 50
in Phantasiegelocht mit flott. Seidengarn.

Eleganter Hut 9 75
in Phantasiegelocht, m. r. Band- u. Blumengarn.

Schöner Frauenhut 5 75
mit echten Reihern.

Entzückender Seidenhut 2 75
in vielen Farben.



Magdeburg, Breiter Weg 193
(gegenüber Steinstraße)

Rothbücher

in den einfachsten Haushalten von 200 Mark an Buchhöf. Volksstimme

Zentraltheater

Sonder-Vorstellung
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Zirkusprinzessin

Operette von Eimertich Kästner
Gastspiel
Cordy Milowitsch

Erik Wirl

Erste zu besetzende Ersatzprobe sind gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches des Reichsbanners oder des Verbandes im Vorverkauf (Kornbergstr.) vom 10 bis 1 und nachm. von 5 Uhr zu erhältlich.

Reparaturen

von erfindungsreichem Fachmann
Sprechapparat u. Platten
bis u. gut
Preis im
Spezialgeschäft

Silbermann

Breiter Weg 18

Zentraltheater

Täglich 8 Uhr:
Gastspiel
Cordy Milowitsch
und Erik Wirl

Zirkusprinzessin

Die neue große
Ausstattungs-Operette

Citroën-Automobile

kommen auf ihrer Rundfahrt von mehr als 1000 Kilometer Fahrstrecke durch Magdeburg und sind heute Dienstag den 15. d. M. in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags zu besichtigen beim Generalvertreter

Kaufmann & Günther

Magdeburg-Neustadt, Lübecker Strasse 2.
Telephon 8138.

DEULIG-PALAST

Die führende Filmbühne!

Wir haben jetzt behalten
Das Publikum ist begeistert
und erfreut!

Hotel Stadt Lemberg

(Hotel Imperial)
nach dem bekannten Hildebrand-Roman
von Ludwig Birc

ist der schönste Film seiner Art.

Ständig Füller, der berühmte schillernde Regisseur, hat unter der künstlerischen Überleitung von Erich Pommer mit einem durchweg europäischen Ensemble eine Spektakelproduktion geschaffen, die zum Besten gehört, was in diesem Jahr auf einer Leinwand gezeigt wurde.

Beständiges Orchester.
Kapellmeister: Paul Schmitt.

Einmalige Ausstattung:
Echtheitsstoffe

3. Hof u. Emplacement (Parkplatz).

Unvergleichlicher hinter Teil.

KAMMER-LICHTSPIELE

Harry Liedtke
mit seiner neuen jungen Gattin
Grete Mosheim

in ihrer ersten gemeinsamen Großproduktion



Ein tapferer Soldat

Die neueste Deutsches-Filme
Beginn 8 Uhr

FÜRSTENBERG THEATER

8.30 Uhr: Der letzte Schiffsjäger!
Das Jagdlied der Spielzeit:
Heberich
alles bislang Tagesereignis!

Nur kein Skandal!
Eine ganz unglaubliche Geschichte in 3 Begebenheiten von Müller-Kapfka.
Sonnabend: Freitag den 18. März
Ehrenabend
Anneliese Heinrichs - Henrion
Sonnabend 8 Uhr:
Das Zambertückchen [129

Vorverkauf 11-1 Uhr

Jeder Stand trinkt

Brandt

Allerwelt

Brandt

das

Aufbau-Kaffeegetränk

das
nicht für ca 100 lassen

Ja jedem Kaffeegetränk zu haben

Stadttheater

Dienstag, 15. März
Ant. 74. U. Ende 10 1/2
8. Abend

Petruschka

hierauf:
Eritanführung
Ein kurzes Leben
Spiel von M. de Falla
Mittwoch, 16. März
Ant. 6 U. Ende 10 1/2, U
7. Abend

Götterdämmerung

Sonntag, 20. März
vormittags 11 1/2 Uhr
Beethoven - Gedankenspiele
Prof. Dr. W. Gollner
(Hofstad)

Wilhelm-Theater

Dienstag, 15. März, 8 1/2
Vorstellung 7. d. Bühnen-
volkshaus (D)
Wie es euch gefällt

Günstige Gelegenheit

für Kasse-Käufer!

3 elegante und ein-
fache Schlafzimmer
250-300 A, elegante
und einfache Herren-
und Speisezimmer
450-600 A. Wohn-
zimmer, Küchen etc.
vorzüglich. Preis
großes Mobellager wird
nächsten Monat an-
gegeben. Verkauf im

Möbelspeicher

Jakobstraße 49

Gegen Würmer!

Spul-, Madenwürmer
Spezialmittel für
Erwachsene u. Kinder
Hof-Apothete,
Breiter Weg Nr. 158,
am Ulrichsbogen.

Anmeldungen für den Bücherkreis

nehmen
an Buchhandlung Volksstimme.

Johannisbeerwein

ohne Glas
Stadelbeerwein
Geldbeerwein

65 Pf.

Brandtweinquelle Kutscherstraße 17.

heute und folgende Tage

solange der Vorrat reicht

Speise-Quart

gebrauchsfertig hergerichtet, mit
Kümmel und Salz gemischt, sämig
gemahlen. das Pfund 30 Pf.

Verkauf in allen Filialen

Otto Toepfer

Butterhandlung zu den drei Kronen

NB. Dieses außerordentlich preiswerte Nahrungsmittel wird ausnahmsweise verkauft, weil ich in meiner Darleber Kafferei allzu großen Vorrat für den Käsebedarf zur Verfügung habe.

Trinke Tee und gesunde!

In den Schaufenstern der Fachdrogisten, die Mitglieder des Deutschen Drogisten-Verbandes sind, wird vom 1. März an eine Spezialausstellung von Heilkräutern mit Angabe des Verwendungszweckes veranstaltet. Es ist für jeden von größtem Interesse, die Auslagen gewissenhaft zu besichtigen und bei eintretendem Bedarf sich der Kräuter zu bedienen, da die Heilkraft der Kräuter jahrhundertlang dem Volke erprobt und bewährt befunden wurde. — Lehrschrift Broschüren und Aufklärung bekommen Sie in jeder Nachdrogerie gratis.

Bezirksverein d. Deutschen Drogisten-Verbandes Magdeburg

Magdeburger Angelegenheiten

Soziale Not und Kindersterben

Als Ergebnis der spanischen Volkszählung ging jetzt die Nachricht durch die Presse, daß es in Spanien 265 Personen im Alter von 100 Jahren und mehr gibt, und zwar 96 Männer und 269 Frauen. Auch die Hauptstadt Madrid weist eine Anzahl von Hundertjährigen auf. Damit wird Spanien von vielen als ein gesundes Land mit gesunden Lebensverhältnissen angesehen.

Aus der Feststellung einer großen Zahl von Alten kann man aber auf gesunde Lebensverhältnisse nicht schließen. Es ist möglich, daß einige Volkstugende aus ihrer besonders kräftigen Natur heraus die Schwierigkeiten der Lebensverhältnisse überwinden haben und daß sie darum nicht der Lebensausdrück eines ganzen Volkes sind.

Und so ist es in Spanien. Die Wohnverhältnisse in den Städten sind nicht vorbildlich und die sozialen Mängel nicht abgeschafft, und darum sind die vereinzelt Hundertjährigen in den Städten nicht ein natürliches Ergebnis einer sozialen Gestaltung der Verhältnisse.

Ein treffenderes Spiegelbild des wirklichen sozialen Lebens in Stadt und Land ist die allgemeine Sterblichkeit, und wenn wir nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1926 einmal die allgemeine Sterblichkeit Spaniens mit der allgemeinen Sterblichkeit in anderen Ländern vergleichen, dann können wir aus diesem Ergebnis schließen, daß die sozialen Lebensbedingungen in Spanien nicht vorbildlich sind. In Spanien entfielen im Jahre 1925 auf 1000 Einwohner nämlich 19,7 Sterbefälle gegen 11,9 in Deutschland, 11,3 in Dänemark oder gar nur 9,6 in Holland.

Das läßt auf schlechte soziale und kulturelle Lebensverhältnisse schließen, trotz aller Hundertjährigen. Mit seiner hohen Sterblichkeit steht Spanien in einer Reihe mit den Ländern, die in ihrer sozial-kulturellen Gestaltung noch zurück sind, wie Ungarn mit 20 oder Rumänien mit 23 Gestorbenen auf 1000 Einwohner. Auch Österreich weist übrigens eine Sterblichkeit von 23,1 auf 1000 Einwohner auf, was ebenfalls darauf schließen läßt, daß das Leben dort einen wirklichen Kulturcharakter nicht hat.

Wenn man diese Sterblichkeitsziffern aber wieder im einzelnen nachprüft, dann findet man, daß sie zusammenhängen mit der Kindersterblichkeit. Je größer die Kindersterblichkeit, um so höher die allgemeine Sterbeziffer. Die Kindersterblichkeit ist der wahre Gradmesser für die soziale Kultur. Je geringer die Kindersterblichkeit ist, um so besser sind, so können wir schließen, die Lebensbedingungen.

Nicht die Zahl der Alten ist bestimmend für das Kulturleben eines Landes, einer Stadt. Die Kindersterblichkeit ist der soziale Maßstab. Wo Kinder in Massen zu sterben gezwungen sind, da herrscht Inkultur.

Wenn Deutschland deshalb auch wesentlich günstiger dasteht wie Spanien mit seinen Hundertjährigen, so ist die Kindersterblichkeit auch in deutschen Städten dennoch viel zu hoch. 100 ist nicht traurig, daß in Magdeburg im Jahre 1925 auf 100 Lebendgeborene 11,4 Gestorbene unter 1 Jahre kamen? Bei einem großstädtischen Durchschnitt von 9,5!

Diese Zahl genügt, um zu beweisen, daß auch bei uns eine volle und allgemeine soziale Kultur des Lebens nicht vorhanden ist. Ein großer Teil unserer Kinder wird geboren, um im ersten Lebensjahre schon wieder zu sterben. Darum ist es eine ethische Pflicht, das soziale Leben so zu gestalten, daß unsern Kindern das Recht auf Leben gesichert ist.

Dort eine größere Zahl von Alten und sehr Alten, auch bei uns, und dort in Massen der Kindertod. Zwischen diesen Gegenfäden bewegt sich das Dasein im Kapitalismus. Es fehlt die gesunde Stabilisierung des Lebens, wie sie in sozialen Lebensverhältnissen für alle begründet ist.

Wirtschaftliche Selbsthilfe der Beamten

Uns wird geschrieben: Die Pflege des Gemeinschaftsgefühls unter seinen Mitgliedern sowie die sich immer mehr verschärfenden wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die unzureichende Besoldung der Beamten und mittleren Gruppen der Beamten, hat den Allgemeinen deutschen Beamtenbund seinerzeit dazu veranlaßt, sich eine Selbsthilfeeinrichtung auf wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Diese ist unter dem Namen Wi-Bo (Wirtschafts- und Wohlfahrtseinrichtung) gegründet.

Um jedoch von vornherein die Konkurrenz gegen die bestehenden Konsumgenossenschaften, welche wohl in erster Linie den Lebensmitteleinkauf vermitteln, auszuscheiden, befaßt sich die Wi-Bo im Einzelnen mit der G. G. E. nur mit der Befriedigung von Bedarfsartikeln wie Wäsche, Kleidung, Stoffe, Möbel u. a. m., schließt also jegliche Lebensmittel von der Lieferung aus. Gegen bequeme Ratenzahlungen ohne jeden Preis-

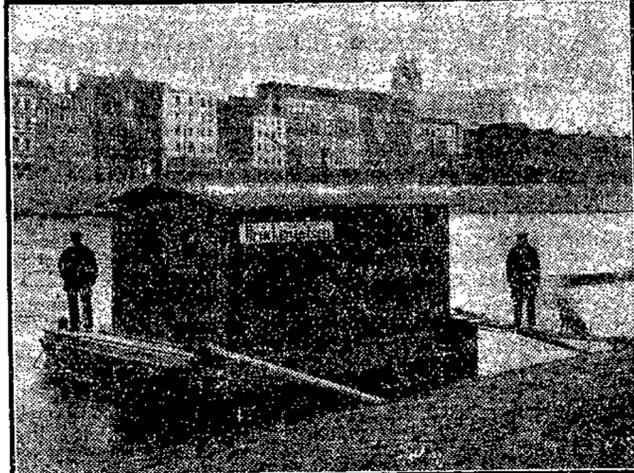
aufschlag ist es den Beamten und Anwärtern leicht gemacht, sich Waren aus der Wi-Bo zu beschaffen.

Im Gegensatz zum Deutschen Beamtenbund, dessen Wirtschaftseinrichtungen sich fast ausnahmslos in Privathand befinden, ist die Wi-Bo eine Einrichtung, welche ausschließlich vom Vorstand des A. D. B. verwaltet wird. Alle Gewinne aus der Wi-Bo kommen lediglich den Käufern zugute, der A. D. B. an sich zieht hieraus keinen Nutzen.

Zur bevorstehenden Konfirmation und dem Osterfest hat sich die Wi-Bo entschlossen, in den größeren Städten des Reiches Mutterausstellungen abzuhalten. In Magdeburg findet eine solche in der Zeit vom 14. bis 16. März d. J. in der „Reichshalle“, Otto-von-Guerike-Straße, statt. Die Ausstellung ist von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet und der Besuch kostenlos. Indem wir auf diese Ausstellung hinweisen, fordern wir alle freigemeinschaftlichen Beamten auf, durch persönlichen Besuch der Ausstellung sich von der Leistungsfähigkeit der von ihnen selbst geschaffenen Einrichtung zu überzeugen.

Die Magdeburger Brückenloffen

Kommen wir von Magdeburg über die Strombrücke und biegen dann rechts ab, so sehen wir am Ufer ein kleines Bootshaus stehen mit dem Schilde „Brückenloffen“. Viele Fußgänger gehen achlos vorüber. In dem Häuschen haufen veranwortungsbolle Männer. Kein abwärts treibender Kahn ohne Loffen die Strombrücke passieren. Und wehe dem Schiffer, der selbststeuernd durch diese treibt; er würde sicherlich Schaden



Das Bootshaus der Brückenloffen.

an seinem Gefährt nehmen. Der Strom ist unmittelbar vor der Brücke sehr heimtückisch.

Nun etwas über die Loffen. Der älteste Lotse ist 77 Jahre alt und versteht seinen Dienst schon 26 Jahre. Sein Kollege ist 63 Jahre alt und schon seit dem 14. Lebensjahr im Dienste der Schifffahrt. Vom Morgengrauen bis zur Abenddämmerung halten die Alten Ausschau nach Schlepplügen. Jeder Kahn, der Magdeburg passiert, muß beim Kilometer 322 (Buckau) Steuer nach vorn fahren zur sichern Steuerung des Fahrzeuges. Beim Kilometer 330 (Gerrenkrug) darf der Kahn seine richtige Lage wieder einnehmen. Innerhalb dieser Zone muß auch jeder abwärtsstreibende Kahn mit der Schlepplüge (in der Art eines Gummischubes) treiben. Die Kette hat ein Gewicht von 5 bis 10 Zentner und schleift auf dem Flußbett entlang.

Hat sich ein Kahn dem Loffenhäuschen genähert, so holt ein Schiffer den Loften an Bord. Ein kurzer Händedruck, in den langen Jahren lernt man sich schon näher kennen, und langsam aber sicher führt der Lotse das ihm anvertraute Schiff durch das enge Loch. Nachdem er seine Gebühr in Empfang genommen hat, wird er unmittelbar hinter der Brücke wieder an Land gesetzt.

Sieht das Steuern eines Kahnens so einfach aus, so erfordert es doch eine gewisse Technik. Der Strom ist sehr veränderlich; unbeladene, leichtbeladene und schwerbeladene Kähne, ebenso Wind und Sturm, alles muß berücksichtigt werden. Am schwierigsten sind leichtbeladene oder leere Kähne zu steuern, da sie vom Wind und Strom hin und her geworfen werden. Merkt der Lotse, daß der Kahn beim Passieren der Brücke dem Steuer nicht mehr gehorcht und besteht Gefahr, erdrückt zu werden, so schreit er zur Notanerkennung. Da oberhalb der Strombrücke sich fast nur Felsen im Flußbett befinden, so hat man dort quer durch die Elbe zwei 1/2-zöllige Querketten gezogen, die ein sicheres Ankeren begünstigen sollen. Nur so ist es möglich, im Falle der Gefahr den Kahn noch schnell und sicher zum Halt zu bringen.

Viele Schiffseigner bedienen sich ab Magdeburg eines Haupters, der dann bis Hamburg das Steuer führt. Das kommt allerdings nur in Frage, wenn der ursprüngliche Führer nicht fahrkundig ist und die Veränderungen des Fahrwassers nicht kennt. Wir haben in Magdeburg und Umgegend ungefähr 60 Haupter.

Schwer und verantwortungsvoll ist das Amt der Brückenloffen unserer Heimatstadt. Alt und grau sind sie bei Ausübung ihrer Arbeit geworden. Eine ungerechte Arbeitsordnung will es, daß sie für ihr Leben voller Arbeit keine Entschädigung bekommen, um den Lebensabend in Ruhe und Frieden zu beschließen.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Magdeburg Süd. Die Mitgliederversammlung war gut besucht. Genosse Rector Linke hielt einen interessanten und beifällig aufgenommenen Vortrag über „Sozialdemokratische Kulturarbeit“, dabei betonend, daß nach dieser Richtung von der Partei noch vieles getan werden könne, um die sozialistische Kultur im Volke zu vertiefen. Er schilderte anschaulich das moderne Schulwesen, das namentlich in Magdeburg durch seine weltlichen Schulen einen guten Rekonanboden gefunden hat. Die beiden Anträge zum Parteitag, die bereits mehrere Bezirke beschäftigt hatten, wurden lebhaft diskutiert. Der Beamtenantrag wurde angenommen, der Antrag zum 1. Mai aber abgelehnt. Einige Diskussionsredner waren mit den Arrangements der Parteifeier nicht zufrieden. Für den Südbund wurde noch ein großes Vokal, vielmehr das „Konzerthaus“, gewünscht, da das Schützenhaus allein nicht genügen wird. In der Ergänzungswahl des Vorstandes wurde Genosse Pietchner Bezirksleiter und Genosse Saro Stellvertreter. Die Frauen wählten für den Parteitag die Genossen Wiegner. Zum Schluß wurde noch auf den Sprechchor der weiblichen Schule Altstadt hingewiesen.

Bezirk Dessauer Straße. Die Bezirksversammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Genossin Königstedt. Alsdann nahm Genosse Bach das Wort zu seinem Vortrag über kommunale Angelegenheiten, in dem er die ungeheuren Schwierigkeiten schilderte, mit denen heute eine Stadtverwaltung zu kämpfen hat. Während die Ansprüche an dem Etat von Jahr zu Jahr steigen, sind die Einnahmen auf wenige Steuern und die werbenden Werke beschränkt. Die Ausführungen des Redners über die Pflichten der Stadt gegenüber der Wohlfahrtspflege, den Krankenhäusern und dem Wohnungsbau zeigten den anwesenden Beamten, welche ungeheuren Aufgaben eine Gemeinde gegen früher zu erfüllen hat. Dann machte der Bezirksleiter besonders auf die Märzfeier aufmerksam und forderte zu recht regem Besuch auf. Ein Antrag, der sich mit den Parteigenossen im Deutschen Beamtenbund beschäftigt, und ein weiterer Antrag Alte Neustadt, der verlangt, daß die Genossen, die am 1. Mai keinen Lohnausfall haben, einen Teil des Geldes an die Parteikasse abführen sollen, wurden abgelehnt. Genosse Veder machte auf einen Vortragsabend des Reichsbanners am 26. März im „Hohenzollernpark“ aufmerksam. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Mahnung, überall für die Interessen der Partei zu wirken und zu werben.

Das Wüten einer Diebesbande

In den letzten Wochen ist hier eine Bande tätig gewesen, die es weniger auf Diebstahl abzieht, sondern hauptsächlich von einer geradezu krankhaften Zerstörungswut befallen ist. Derartige Einbrüche haben stattgefunden in der Holzgroßhandlung Kreuz u. Rinne, Bredowstraße, und im Kontor des Steinmetzmeisters Schmidt, Kaiser-Otto-Ring 20.

In allen Fällen ist die Zuneinrichtung wild durchwühlt worden, verschiedentlich stark demoliert und in widriger Weise verunreinigt. Die Täter haben mehrere Literflaschen mit schwarzer und roter Tinte gegen Wände und Türen gesprüht. Es ist daher anzunehmen, daß die Kleidung Tintenflecke aufgewiesen hat. Bei einem Einbruch muß einer der Täter eine Verletzung erlitten haben, wie aus hinterlassenen Spuren zu ersehen ist.

Für Angaben, die zur Verurteilung eines oder aller Täter ausreichen, wird eine Belohnung von 150 Mark zugesichert.

Weiter wurde in der Nacht zum 1. März in die Elektrogroßhandlung von Johannes Bennart, Gasselbachstraße 9, eingebrochen und außer etwa 650 Mark Bargeld folgende Gegenstände gestohlen: eine Schreibmaschine Nr. 97285, Marke Singer-Reford, ein Heizkörper 220 Volt aus einem Wärmestrahler, Fabrikat Omega, eine Heizluftdusche, 125 Volt, Fabrikat Fix, ein Gleichrichter 220 Volt.

Für Angaben, die zur Ermittlungen der Täter führen, wird eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt. Die Belohnung erhöht sich, wenn der Bestohlene wieder in den Besitz von Sachen oder Bargeld gelangt, um 10 Prozent der wiederbeschafften Werte.

Wahrscheinlich hat die gleiche Bande auch die Einbrüche in das Bureau der Theaterausstellung, beim Ruderklub Germania und beim Magdeburger Kanaklub ausgeführt.

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence-G. Desberr.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Gertruda zur Mühlen.

Zeichnungen von Rudolf Bethge.

(88. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Von Whitecapel begab sich O'Keefe nach dem kleinen italienischen Gasthaus in Echo, wo Tommy seinerzeit mit Herrn Benebeto Rozzino zusammen Chianti getrunken hatte. Der Reporter besaß eine Glas Wermut und fragte beim Besuchen den Wirt: „Kommt in Ihre Wirtschaft noch immer ein Zeitungsjunge namens Lorenzo Fani?“

„Ja.“

„Möchten Sie ihm bitte aus, er möge heute abend gegen zehn Uhr seinen Freund Tommy Anderson aufsuchen.“ und der Reporter gab seine Adresse an.

Während er das Wirtshaus verließ, blickte er auf die Uhr. „Dreiviertel acht.“ dachte er bei sich. „Ich habe noch Zeit, zu Diana zu gehen.“

Er hatte auf einem Theaterzettel an einer Tischfüße gesehen, daß Diana Desford an diesem Abend nicht auftrat. Als er an der Wohnungstür schellte, öffnete ihm eine weißgekleidete Pflegerin. O'Keefe erschrak.

„Ist jemand krank?“ fragte er härtig.

Die Pflegerin lächelte. „Nicht gerade krank; ein freundliches Ereignis. Heute früh um 10 Uhr wurde ein gesunder kleiner Knabe geboren.“

„Wie? Was?“ stammelte der Reporter. Alles drehte sich plötzlich um ihn, ein Knabe. . . Diana. . .

„Der jungen Frau geht es sehr gut.“ beruhigte ihn die freundliche Pflegerin.

O'Keefe harpte sie mit offenem Mund an. In diesem Augenblick trat Diana Desford ins Vorzimmer. „Brian.“ rief sie erfreut.

„Das werde ich Ihnen nie sagen, Diana.“

Sie blickte ihn verständnislos an und zog ihn dann ins Wohnzimmer.

„Giulia ist so glücklich.“ erzählte Diana, die Augen voller Tränen. „Sie sagt, der Kleine sehe seinem Vater ähnlich.“

„Nun gibt es wieder einen Antonio Termetta, der für die Unterdrückten kämpfen wird.“ sprach sie, als wir ihr sagten, daß das Kind ein Knabe sei. Wie stark die Proletarierinnen sind, Brian, wie tapfer. Wenn ich bedenke, was Giulia durchmachen mußte! Aber das Kind wird sie trösten.“

„Sie wird des Trostes bedürfen.“ meinte O'Keefe düster und berichtete Diana kurz von Francesco Termettas Tode, von Marias Tat und deren Verhaftung.

„Mein Gott!“ rief Diana. „Die arme Maria! Können wir denn nichts für sie tun?“

„Eben deshalb kam ich zu Ihnen, Diana. Ich hoffe, zumindest das Termette verhindern zu können. Aber wir brauchen Geld, und Sie wissen ja, daß ich nicht so viel verdiene. . .“

Diana unterbrach seine Erklärungen. „Ein Glück, daß ich gestern meine Gage erhielt. Wieviel wollen Sie, Brian?“

Er nannte eine Summe und Diana trat sofort an den Schreibtisch und öffnete die verschlossene Lade.

„Hier, Brian.“

Der Reporter steckte das Geld in die Tasche und wandte sich zum Gehen.

„Wollen Sie denn nicht den kleinen Antonio sehen?“ fragte Diana vorwurfsvoll.

„Ein andermal, heute habe ich keine Zeit.“

O'Keefe hätte sich dabei gern ein wenig ausgeruht, doch kam er nicht dazu. Tommy hatte aus den Mittagsblättern erfahren, daß Maria beim Vorverhör den Mord an Dia offen zugegeben habe. Nun rannte er wie verrückt in der kleinen Wohnung umher, überschüttete den heimgelohnten Freund zuerst mit Vorwürfen und Beschimpfungen, änderte dann seine Taktik, bat und bettelte um das Reisegeld nach Florenz. Einmal an Ort und Stelle angelangt, würde es ihm schon irgendwie gelingen, Maria zu retten.

Zeit nach einer Erinnerung, die mir von großem Nutzen sein könnte, aber Dein blödes Geschwätz hindert mich am Denken.“

Tommy schweigend beschämt, fragte nur noch in verständlichem Tone: „Soll ich Dir Kaffee kochen, Brian?“

„Ja.“

Der Reporter warf sich der Länge nach aufs Sofa und preßte beide Hände gegen den glühenden Kopf.

Schuld unbewußt und klein geworden brachte ihm Tommy seine Pfeife, stellte dann die Tasse mit dampfendem starkem Kaffee auf den Tisch neben das Sofa und zog sich menschentil in eine Ecke zurück.

Es war so still im Zimmer, daß man das Ticken der Keinen Stehuhr auf dem Schreibtisch hören konnte.

Plötzlich schellte O'Keefe auf.

„Ja; jetzt hab ich es. Wenn mein Verdacht stimmt. . .“

Tommy, bringe sofort die Zettelfasten von 23 und 24.“

Tommy gehorchte.

O'Keefe wühlte in den Zeitungsausschnitten, schien endlich das Gesuchte zu finden. Tommy, nicht wagend, ein Wort zu sprechen, schloß verflucht nach dem Tisch, auf dem die Ausschneitte lagen. Er konnte nur die Ueberschrift des einen lesen:

„Aun aufgefällter Nord an einem italienischen Arbeiter.“

„Was hat das mit unsrer Sache zu tun?“ fragte sich Tommy jauchend. Schon wollte er, alle guten Vorfälle außer acht lassend, den Mund zu einer Frage öffnen, da schellte es an der Haustür.

Tommy ging hinaus, um zu öffnen. Zu seiner Verblüffung erblickte er vor sich Lorenzo Fani.

„Du hast mich für 10 Uhr herbestellt.“ sprach der Zeitungsverkäufer.

Die Belohnungen sind nur für Angaben aus dem Publikum bestimmt. Angaben, die streng vertraulich behandelt werden und auch durch Fernsprecher gemacht werden können, werden im Polizeipräsidium, Zimmer 259, 260 oder im Kriminalbureau Dienstzimmer 263 bzw. von jedem Polizeibeamten und auf jedem Polizeirevier entgegengenommen.

Festnahme der Diebsbande

Die Einbrecher in den Klubbhäusern sind am Montag mittags festgenommen worden. Es sind zwei Brüder Babs, in der Wasser-Kaibenan-Strasse 13 wohnhaft. Sie veränderten sich der Festnahme durch Verstecken und Verriegeln der Wohnung zu entziehen. Der jüngere der Brüder hatte sich im Herde versteckt und wurde durch einen Polizeihund herausgeholt. Der dritte im Bunde, der Mann mit den besonders großen Füßen, ist ein gewisser Jansen.

— Elternabend der Pestalozzischule. In der Elternversammlung der Pestalozzischule am 12. März sprach Konrektor Kroll über das Thema "Kinder erziehen, heißt Kinder verstehen". In fejjelnden Ausführungen schilderte er die kleinen und großen Schwächen und Fehler bei Kindern und gab Ringerzeige für die Anwendung von Erziehungsmitteln zu deren Beseitigung. Der Grundfehler sei, daß die Kinder von ihren Eltern oft völlig falsch beurteilt würden, weil diese keine Mühe gäben, sich in die Seele ihres Kindes einzufühlen. Erst wer das gelernt habe, sei ein gerechter Beurteiler der kindlichen Handlungen und finde die rechten Erziehungsmittel. Das aber sei das Wichtigste; denn die Erziehung solle doch die wertvollen Anlagen im Kinde fördern, die schädlichen aber unterdrücken. Durch kleine interessante Erlebnisse mit Kindern wüßte er seine Ausführungen zu illustrieren und praktische Erziehungsmaßregeln zu geben. Eine rege Aussprache schloß sich dem Vortrag an. Besonders hervorgehoben wurde, daß die meisten Eltern sich viel zuwenig mit ihren Kindern beschäftigten, daß viele überhaupt überhaupt kein Interesse an der Erziehung ihrer Kinder hätten. Das Verhalten vieler Eltern bei der Einschulung ihrer Kinder in die Pestalozzischule beweiße das. Sie sähen gar nicht, daß sich ihr Sorgenkind in der Normalschule bergänglich quäle, mutlos, verzagt und arbeitsunlustig geworden sei. Mit Gewalt sogar verjagten sie trotzdem, es dort festzuhalten. In offenem Bekenntnis bestritten anwesende Eltern diese Tatsache aus eigener Erfahrung. Mit Staunen aber hätten sie dann gesehen, wie ihr Kind in der Pestalozzischule wieder frei und froh geworden sei, wieder Arbeitsfreude und Schaffensdrang gezeigt habe und jetzt mit Erfolg arbeite. Sie seien jetzt vom Herzen froh, daß ihr Kind in der Pfäferschule sei. Nur — das häufige Schimpfwort für diese Schule, das in Magdeburg selbst bei Erwachsenen gebräuchlich sei, tränke sie jedesmal jähwer. Zeuge es doch davon, daß selbst Erwachsene kein Verständnis dafür hätten, daß es sich bei diesen Kindern um arme kranke, leidende Geschöpfe handle, denen man durch doppelte Liebe helfen müsse, statt ihr durch Spott zu quälen. Es wurde dann darüber gesprochen, in welcher Weise am besten Abhilfe geschafft werden könne. Zum Schluß hob der Vorsitzende hervor, daß die Versammlung wieder gezeigt habe, daß zwischen Eltern und Schule ein Bund gemeinsamer Interessen geknüpft sei. Er sprach den Wunsch aus, daß alle Anwesenden von den wertvollen Anregungen, die dieser Abend gegeben habe, in weitesten Kreisen weiter geben möchten. Es müßte endlich erreicht werden, einmal alle Eltern an der Arbeit der Schule zu interessieren und sie zu gemeinsamem Gedankenanstreng zu bringen. Wieder zur Schule, die Fräulein Irene Schulze zum Vortrag brachte, hatten den Abend eröffnet und beschlossen ihn.

— Eine Spezialaufstellung von Heilkräutern veranlassen die Hausbesitzer ab 14. März in den Schaufenstern ihrer Geschäfte. (Siehe Inserat.)

— An der Grenze des Uebersinnlichen. Die Abteilung Anger des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am 25. März im "Hohenzollernpark" einen Experimentvortrag des Dozenten Leo Erichsen. Eintrittspreis 60 Pfennig.

— Ein Hundstagen geköhnt. Am 7. März gegen 10 1/2 Uhr abends ist vor dem Hauptbahnhofstraße 3 ein braungelbes Strohgeizert Hündchen entwendet worden. Der Wagen ist nach rechts schwer lenker. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib des Wagens werden in der Kriminaldienststelle Mitte — Neue Ulrichstraße 2 —, Zimmer 14, entgegengenommen.

— Eine Schwinlerin festgenommen. In den letzten Wochen wurde wiederholt über die Tätigkeit einer gefährlichen Schwinlerin in Magdeburg Mitteilung gemacht. In den meisten Fällen kam sie unter dem Vornamen zu den Geschädigten, von auswärtigen Verwandten geschickt zu sein, um Grüße zu bestellen. Bei günstiger Gelegenheit hielt sie dann Schnur- und andre wertvolle leicht verkäufliche Sachen. In einem andern Falle wollte sie billige Wäsche vom Konsumverein in Verlehen, der sich anerblick in nächster Zeit auflöse, besorgen. Diese Gaunerin verstand es außerordentlich geschickt, sich vor der eifrig nach ihr suchenden Kriminalpolizei zu verbergen. Trotzdem gelang es nunmehr, ihr durch Festnahme das Handwerk auf hoffentlich recht lange Zeit zu legen. Es handelt sich um die 30jährige Händlerin Charlotte Schapper geb. Waibel, bekannt unter dem Spitznamen "Märcher". Die Festgenommene trat hier unter den verschiedensten Namen auf und hat noch eine lange in Köln verhängte Zuchthausstrafe zu verbüßen. Falls noch auf gleiche Art Geschädigte vorhanden sind, bittet das Polizeipräsidium — Kriminaldirektion —, Zimmer 204 oder 263, um Mitteilung.

S. V. D.-Metallarbeiter!

Wir weisen noch besonders hin auf die am Mittwoch den 16. März, abends 8 Uhr, im "Konzerthaus" stattfindende Generalversammlung. Keiner darf fehlen!

— Schweinegalle. Auf dem Gehöft Ballenstädter Straße 6 in Magdeburg-Gemsdorf ist unter dem Schweinebestande des Hohlenhändlers Albert Brünger die Schweinegalle ausgebrochen.

— Gestohlen wurde am 11. März in den Nachmittagsstunden vor dem Grundstück Neuer Weg 19 ein Herrenrad ohne Marke und Nummer. Das Rad hat schwarzen Rahmen, schwarze Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. Sachdienliche Angaben über den Täter, insbesondere über den Verbleib des Rades, erbittet der Polizeipräsident, Kriminaldirektion, Zimmer 252 oder 261.

— Ehrlichkeit ist noch nicht ausgestorben. Ein Fleischermeister verlor seine Brieftasche mit 11 000 Mark Inhalt. Ein 11jähriger Junge hatte den Verlust bemerkt. Eilig lieferte er dem Fleischermeister, der nichts ahnend seines Weges ging, die verlorne Tasche aus. Dem Meister wird es dabei warm und kalt gemordet sein. Denn 11 000 Mark sind ein nettes Vermögen. So händigte er dem kleinen ehrlichen Schulbuben einen anfängigen Fingerlohn aus. Darüber war der Junge nun auch voller Freude. Mancher Kraum seiner Kinderseife wird nun Wirklichkeit werden können.

— Unfallchronik vom Sonntag. Der Elektrikerlehrling Hans G., wohnhaft Breiter Weg 109, verletzete sich auf dem Schrotplatz durch eine Sprengpatrone die linke Hand. — Das Kind Elli M., wohnhaft Tracauer Straße 3, bei den Eltern, verletzete sich beim Spielen den Daumen. — Der Kaufmannlehrling Alfred W., wohnhaft Dorotheenstraße 12, erlitt am Sonntag in der Bahnhalle eine Kopfverletzung. Sämtliche Verletzten fanden Aufnahme im Krankenhaus Altköpenick.

— Unglücksfälle bei der Arbeit. Am Freitag abend zog sich der Arbeiter Kurt B., wohnhaft Nachtigallenweg 1, auf der Arbeitsstätte des "Siedlungsverbandes Neue Heimat" beim Transport von Schienen eine Quetschung der linken Hand zu. — Der Mechaniker Kurt N., wohnhaft Halberstädter Straße 81a, zog sich im Betrieb seines Vaters durch eine Kreislage eine schwere Handverletzung zu. — Der Schreiber Otto L., wohnhaft Cäcilienstraße 19, zog sich an einer Schaufel einen Unterarmbruch des linken Armes zu. — Die Verletzten fanden Aufnahme im Krankenhaus Sanderburg.

— Eine ältere Frau ausgefahren wurde am Freitag nachmittag gegen 5 Uhr in der Berliner Straße von einem sehr schnell fahrenden jungen Radler. Die Frau stürzte und zog sich eine schwere Wunde über dem linken Auge zu.

— Kohlenbunkerbrand. In der Nacht zum Montag waren in einem Kohlenbunker am Doppengarten 7, vermutlich durch Selbstentzündung, die Kohlen und das Dach in Brand geraten. Durch Vornahme zweier Schlauchlöschen von dem um 4.28 Uhr alarmierten Vöhszug 4 (Rudow) konnte die Gefahr der Weiterverbreitung beseitigt werden. Die Aufräumungsarbeiten nahmen den Tag sowie die freiwillige Feuerwehr Fernersleben noch über 1 Stunde in Anspruch.

— Feuer. Am Sonntag morgen brannte in einem kleinen Wellblechraum der Deutschen Hülfer-Gesellschaft, Poststraße 2, fertige Hülfermasse. Von dem um 7.58 Uhr alarmierten Vöhszug 8 (Neustadt) wurde das Feuer mit einer Schlauchlinie bald gelöscht. Die Entzündungsursache konnte nicht festgestellt werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spezialfeier. 1 und 2 Spitze und Begrüßung Dienstag, Trommel Vorabend bei Hols. Abteilung Neue Heimstadt. Heute wie jeden Montag, abends 8 Uhr, Hebungabend der Spitze mit "Wintergarten". Kameraden die sich auswideln lassen wollen, können sich hierzu einfinden. Donnerstag den 17. März, abends 8 Uhr, im "Wintergarten" Verammlung. Abblühvortrag des Kameraden Artur Wape über: "Ereignisse von 1914 bis jetzt in Wort und Bild". Reiner Schluß.

Freiwillige Arbeitsgemeinschaft

Deutscher Postenbote. Dienstags, 16. März, 10 Uhr. "Blauen Gesanten". Dr. Köpflin: "Kampfu. Freibe zwischen den Weltanschauungen". Gäste willkommen.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg

Sanderburg. Am Dienstag nächste Funktionärssitzung bei H. Neumann, Osterleeven. Beginn 8 Uhr.

Theater, Konzerte, Vorträge

Beethoven-Gedenkfesier im Kristall-Palast 17. März. Sinfonische Orchester (Leitung Wetz), Otto Robin, Volksmusik-Schule. Gedächtnisrede: Oberbaurat Schlemmer (Kortel). Heimrischhofen Volkstruppen, Kutschke, Beethoven's Renate Sinfonie, am Flügel, erläutert durch Dr. Hirschberg (Berlin), im Rahmen der Magdeburg. Volkshochschule am Dienstag den 15. März, 8 Uhr, Augustaschule, Vikemannstr. Abendkasse 1 Mk.

Bereine und Versammlungen

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hatte zu einer öffentlichen Protestversammlung gegen das geplante Arbeitsschutzgesetz aufgerufen. Genosse W r a n d e n b u r g referierte über den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes und führte aus, daß dieses Gesetz nichts weiter ist als die endgültige Aufhebung des Achtstundentags. Es bedeutet ferner die Aufhebung der Bundesratsverordnung für Gast- und Schankwirtschaften von 1902 und läßt sogar zu, daß gewisse Arbeitnehmer überhaupt ohne den Schutz dieser Verordnung bleiben müssen, da ja diese Bude nirgends bisher ausgeübt wird. Nach dem Entwurf kann es sogar vorkommen, daß gastwirtschaftliche Arbeitnehmer, die ohne Tarifvertrag sind, bis täglich 14 Stunden und mehr Arbeit verrichten müssen. Ebenso ist eine Gewähr für Sonntagsruhe in dem Entwurf keineswegs geboten.

Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution an: „Die zahlreich versammelten Gasthausangehörigen erheben gegen den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes einmütig und geschlossen Protest und erwarten vom preussischen Ministerium, daß es bei der Reichsregierung darauf hinwirkt, daß dieser Entwurf in seiner jetzigen Fassung niemals Gesetz wird. Die Gasthausangehörigen erblicken in diesem Gesetz ein „Ausnahmegesetz“ für die Arbeitnehmer, die unter den Begriff „Arbeitsbereitschaft“ fallen und die durch Berufsorganisationen an Sonn- und Festtagen Arbeit leisten müssen. Sie erblicken darin ferner für jugendliche Gasthausangehörige eine erhebliche Benachteiligung in bezug auf die jetzt bestehenden Jugendarbeitsbestimmungen. Daher fordert die Versammlung, daß die Arbeitszeit grundsätzlich nicht mehr als 48 Stunden in der Woche betragen darf, daß sie in „besonderen Fällen“ einschließlich Pausen und Arbeitsbereitschaft höchstens niemals 60 Stunden überschreiten soll, daß für etwaige Sonntagsarbeiten ein ständig wiederkehrender freier Wochentag von 24 Stunden anschließend an eine Nachtstunde zu gewähren ist, daß jegliche Kinderarbeit — auch in Familienbetrieben — verboten ist, daß Personen unter 17 Jahren sowie Schwangere nicht in der Zeit von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens beschäftigt werden, daß alle Betriebe einschließlich Familienbetriebe den geforderten Arbeitszeitbestimmungen unterliegen, daß der § 16 Abs. 1 Ziff. 2 des Entwurfs gänzlich in Wegfall zu bringen ist und daß alle etwaigen Uebertunden mit mindestens 25 Prozent Zuschlag zu bezahlen sind.“

Da das Gastwirtsgerwebe infolge seiner Eigenart eine 18- bis 20stündige Betriebszeit hat, ist durch den Gesetzentwurf keine Gewähr gegeben, daß das Ueberstundenunwesen eingedämmt wird. Der Protest stützt sich daher auf volkswirtschaftliche, kulturelle und volkshygienische Grundlagen, die gerade in einer Zeit größter Erwerbslosigkeit, mangelhafter Wohnungsbeschaffenheit und gleichzeitiger Ernährungsweise nicht gefährdet werden dürfen; zumal die Gefährdung der Interessen des Staates weitestgehend bedroht ist.

Vorlesung: Will Veiper

Der Querschnitt, den der Verein Magdeburger Freize durch das geistige Leben der Gegenwart mit einer Lekturstreife getan hat, ist beachtlich. Es war beabsichtigt, sich nicht nur der Literatur und Dichtung zuzuwenden, sondern auch — nach Möglichkeit — die geistigen Disziplinen zu berücksichtigen, die entweder mit dem heutigen Schrifttum mittelbar zu tun haben (Wissenschaft) — oder aber wegen ihrer publizistischen Problematik und Ähnlichkeit eine Erörterung durch Fachvertreter in den Aufgabenbereich der Presse und Preselektoren rücken. So hörten wir neben Vorlesungen eines Heimatforschers wie Jansen, eines Geheimnisbüchlers wie Volker und Vorlesungen aus dem Gebiet der hochinteressanten Familienkunde (Professur Herrn) Betrachtungen über das dramatische Leben der Gegenwart und seine neuen Aufgaben (Professur Jehner) und schließlich die mündlich-veröffentlichte Besprechung eines gleichnamigen Werkes von Prof. Dr. Volker.

Den Schlüssel der Vortragsreihe machte ein Vortrag von Herr: Will Veiper, dessen wesentliche Bedeutung wohl in der Sammlung, Vorbereitung und Herausgabe von Werken der deutschen Literatur liegt. Seine eigene Produktion, von der er am Sonntagabend einige Proben las, ist geistliche, geschmackvolle Erzählungsarbeit und gewinnbringende Dichtung. Klarer, bester, selbständigster Art und literarische Reife hat sein Werk allerdings ebenfalls fern wie wissenschaftliche Fortschrittsstudien. Er steht vor den Menschen als ein Idealist und nicht als bekümmertem Mensch seiner Zeit, er sieht nicht die Zeit als gütige Jüngerin, die über gut und böse entscheidet, über Augen und Gesichtsorgane in der Menschheit. So gelangt er zu einer heiligen Objektivität in der Behandlung menschlicher Leidenschaften und Taten, die etwas Ähnliches an sich hat und wenig von dessen Opfer des Dichters. Das merke man besonders aus der dramatischen Erzählung „Die junge Heide“. Eine andere Geschichte, gleichfalls dramatische Charaktere, zeigt des Dichters Streben nach den höchsten Seiten des Lebens. Seine Prosaform ist sauber und klar. Das jedoch eigenartigste Gestaltungsmittel zu betonen.

Denn das er einige Gebiete aus seinem Reiche. Ritter und Kink. Die religiöse Schwärmerel der Dichters — der von einer tiefen Seele her, und Sagenwelt ein wenig hervortritt. — Nicht trotz geistlicher Forderung doch konventionell. Auch diese Reihe lehrt die beste Sprache des literarischen Dichters. Die gewöhnlichen, humorvollen und bis, wenn auch nicht gerade über, bedeutenden Menschen im Leben, das ein Teil der Dichters aus der Dichtung „Gute Geister“ gewonnen hat. Diesem dem, das eine große Rolle zu betonen.

Will Veiper hat mit herrlicher, wenig erhellender Dichtung der menschlichen Seele, so daß man nicht gerade geistlich wird. Der ganze Reiz der Dichtung liegt im Verhältnismäßig zu liegen. Die Dichtung der Dichters zeigt sich ganz selbstverständlich und sehr schön. Gde.

Kerzte und Kurfürscher

Im Preussischen Herrenhaus in Berlin war drei Tage lang eine Ausstellung zu sehen, die angeblich wissenschaftlichen und kulturhistorischen Zwecken dienie. Der Eintritt war unentgeltlich, das Ganze machte mit den ausführenden gedruckten Erläuterungen einen recht vollständigen Eindruck. Die bürgerliche Presse der Reichshauptstadt war denn auch des Lobes voll über diese seltene Ausstellung der „Deutschen Gesellschaft zur Beförderung des Kurpfuherertums“.

Der Sozialist betrachtet sich die Sache weit skeptischer. Er hat gegen „Deutsche Gesellschaften“, die irgend etwas „bekämpfen“, von vornherein ein wohl begründetes Mißtrauen. Gibt es nicht auch ein „Deutsches Komitee zur Beförderung des Mädchenhandels“? Ein Mangel von Pastoren, Hofdamen und ähnlichen Kältern, die etwas bekämpfen, was in Wahrheit gar nicht existiert? Mit dem Kampfe gegen das „Kurpfuherertum“ steht es nicht viel besser. Es wird niemand einfallen, die Quadrate der Kerzte und die Umgründung ihrer Mitmenschen Kapital schlagen, die Gesundheits aller Spielarten in Schutz zu nehmen — ebenfalls wenig, wie wir die Prostitutions in gewohnter und ungewohnter Form irgendwie aufzuheben werden. Die Frage ist nur: Aus welchen Gründen führen die „Deutschen Gesellschaften“ und „Komitees“ diesen Kampf, und aus welchen Elementen setzen sie sich zusammen?

Die „Beförderung des Mädchenhandels“ ist ein plumpes Abblendungsmanöver. Damit der Zeitgenosse nicht auf den Gedanken komme, daß die häßliche Liebe der gottgewollten kirchlichen Gesellschaftsordnung entsprünge, die alles, selbst die Religion, zum Kaufgegenstand erniedrigt, kann diese Herrschaften wie der Doyen, wenn er sich nicht auf einen selbstgewählten Gegner los, einen jähwährenden Volk, der sich nicht wehren kann. Nicht ganz so charakteristisch ist der Kampf, den die andere „Deutsche Gesellschaft“, ein Klub von Kerzten, unabsichtlich machen möchte. In ihm zählen alle, die die Heilkunde ausüben, ohne hinsichtlich ihrer Tätigkeit zu sein. Der Schulmediziner, der seine zwölf Semester Studium hinter sich hat und den Befähigungsnachweis, daß er für einige Monate nach Berlin Fachlehrer der leidenden Menschen helfen kann, nicht natürlich selbst und voller Reiz auf den Praktikum, der sich ohne die hohen Ausgaben und das lange Warten dazu berufen glaubt. So hat sich eine Orthodoxie herausgebildet, die alle von der Art umfassen, die sich geistigen Schwärmerei annehmenden Anschauungen über Gesundheitspflege und Heilkunde in Licht und Tonn run und ihre Anhänger am liebsten auf den Schwärmerdamm bringen möchte. Sie werden sich mit ihrem Helfern in die Dienstleistung: man soll mit Geistes des „Kurpfuherertums“ umschichten.

So aber hat die religiöse Schwärmerel auf und jagt das Kurpfuherertum an? Auch das ist ein Kampf, der aus der Genuß des Lebens und hohen des Fortschritts, der Verarmung, der Karamellhande gemacht. In der Genuß des Lebens und des Fortschritts ist es kein recht bedenklich ins Denken gehen. Sie soll durch Geistes geführt werden. Und das Publikum soll durch die Berliner Ausstellung, von der ein Teil als Wanderanschauung auf die Provinz losgelassen werden wird, dafür ge-

wonnen werden. Das Argument mit dem Geldbeutel, daß die eine Methode der Ausbildung viel Geld koste, die andere wenig oder nichts, verfangt schon nicht. Das ist Krämergeist und Kurzerrengeit. Wer will sagen, daß die ärztliche Fähigkeit durch langjähriges Studium erworben wird? Gibt es nicht unter ganz einfachen, ungelehrten Menschen jene Begabung für die Diagnose, jenen Scharfblick, der instinktiv die Ursache der Krankheit erkennt? Gerade diese Begabung ist angeboren; sie kann nicht theoretisch erworben werden. Es gibt Heilgenies, wie es Genies auf dem Gebiet der Künste gibt. Und es gibt umgekehrt unter den Schulmedizinern — wer hätte nicht schon diese schmerzliche Erfahrung gemacht? — gefährliche Kurpfuherer, die das größte Ansehen anrichten.

Die Ausstellung in Berlin setzte sich im wesentlichen aus historischen Dokumenten und statistischem Material für die Gegenwart zusammen. Man hat bei den Spottversen und Karikaturen der Quadratur vom ausgehenden Mittelalter an nur das eine vergessen oder nicht beachten wollen: Daß sich zu allen Zeiten fortschrittliche Geister nicht gegen die Marktschrei der allein, sondern auch gegen die gelehrten Herren Kerzte gewendet haben. Man braucht nur an Moliere zu erinnern. Seine unsterblichen Doktoren im „Eingebildeten Kranken“ sind durchaus keine „Kurpfuherer“ im Sinne der „Deutschen Gesellschaft“ zur Bewahrung des Kerzteprofits, sondern sie sind Akademiker, die mit Latein um sich werfen, und die — die Behandlung ihres Patienten in die Länge ziehen, um recht viel an ihm zu verdienen und den Apothekern recht viel zuwenden. Vor einigen Monaten konnte man einen französischen Film sehen, der dieses Motiv auf die Gegenwart übertrug: ein äußerst geschäftstüchtiger Arzt macht eine ganz Stadt durch Suggestion krank und wird dadurch immer reich. Ob solche Fälle von „Schulmedizinern“ wirklich nur in der Phantasie existieren?

Warum soll man denn unbedingt den „Fachmann“ gegen den Laien unterstützen? Gerade die „Fachleute“, sind oft die größten Hindernisse gegen alle Fortschritte. Auf einem Kerztefeld wurde Karl Ludwig Schleich, als er zum erstenmal die Rede der örtlichen Schwärmergesellschaft darlegte, ausgelacht und mißhandelt. Die Luft- und Sonnenbäder, den Reflektorspiegel haben nicht Kerzte angebracht, sondern Laien. Todesfälle infolge verkehrter Diagnose können man den Schulmedizinern mindestens ebenso viele nachrufen, wie sie es bei den „Kurpfuherern“ und deren Heilerfolge wohlweislich verschweigen werden. Wie es in der dritten Klasse der Krankenhäuser hergeht, in den Kinderkliniken für das Proletariat, und wie die Herren Akademiker zu weilen mit Krankenpatienten umspringen, darüber schweigt sich nicht merkwürdige Ausstellungen gänzlich aus. Dafür bucht sie als „Verfügen der Schulmediziner im Reichtum“. Der 97 Prozent der über 10 Millionen in deutschen Zigaretten verhandelten ist es gelungen, das Leben zu erhalten! Und zu welchem Zweck? Um diese Geringelten abermals als Kanonenfutter an die Front zu schicken. Wieviel dort dann endgültig erledigt worden sind, darüber erfahren wir nichts in dieser schönen lehrreichen Tabellen zum Ruhme der „Schulmediziner“.

Bezirksgerätewettkampf der Turnerinnen

Zum ersten Male rief der Turnbezirk die Turnerinnen zu einem Bezirks-Gerätewettkampf zusammen. Elf Riegen zu je sechs Turnerinnen folgten diesem Ruf. Eingeleitet wurde der Kampf durch Freübungen aller Teilnehmerinnen, die einen guten Eindruck hinterließen und von fleißiger Einübung zeugten.

Fußball

Sportverein Jersleben gegen Sturm 07 Magdeburg 6:7 (1:5). Ein Großkampf war am Sonntag in Jersleben zu verzeichnen. Zum ersten Male sollte hier eine erstklassige Mannschaft ihr Können zeigen.

Sportklub Burg gegen Sportfreunde Magdeburg 3:3 (6:1). Im Serienkampf trafen sich am Sonntag auf dem Sportklub-Platz genannte Mannschaften. Die nächste Witterung war dazu beigetragen, daß sich nur wenige Zuschauer zu dem Spiel eingefunden hatten.

Fortuna Barleben gegen Magdeburger Volkspolizei 2:2 (1:2). Genannte Mannschaften fanden sich in Barleben auf dem Gemeindepark im Serienkampf gegenüber. Volkspolizei hat Infuso und wuchtig mit Stuß.

Eintracht Süd gegen Wacker Neuhalbenleben 4:3 (2:2). Zum Punktspiel trafen sich beide Mannschaften am Sonntag auf dem Eintracht-Platz gegenüber. Beide Mannschaften gaben in diesem Kampf ihr Bestes her.

an die Gäste über. Sollen sie etwa als Punktgewinner den Platz verlassen? Der Platzbesitzer brüht gewaltig. Nach einem guten Gegenstoß legt der Mittelfürmer von Wacker einen schönen Schuß knapp unter die Latte.

S. I. B. Magdeburg gegen Volkspolizei Cracau 5:1 (2:0). Vor einer ansehnlichen Zuschauermenge trugen genannte Mannschaften ihr fälliges Serienstück aus. Das Spiel wurde durchgehend sehr durchgeführt und stand über dem Durchschnitt.

Mit Ausbruch des Volkspolizei-Spiels beginnt sofort ein flüssiges Spiel. Auf dem Platz geht es sehr lebhaft zu. Der Platzbesitzer hat sehr vom Spiel und stellt in der 4. Minute durch Halbrechts das Führungstor über in der Klub verläuft sofort auf, ohne seine schnellen Angriffe finden aber in der gewöhnlichen Verteidigung harten Widerstand.

Nach dem Beschluß wird das Spiel in dem gleichen Hottentempo weitergeführt. Die nächsten 25 Minuten hat der Volkspolizei kein Tor und bekommt dadurch einen druckvollen Sturm. In der 31. Minute wird vom Halbsinken des Platzbesitzers ein schöner Vorstoß angebracht, der fast zum Tor führt.

Eintracht 02 gegen Germania Burg 1:5 (0:2). Am Sonntag fanden sich genannte Mannschaften auf dem Jitadecken-Sportplatz im fälligen Serienkampf gegenüber. Mit dem Ausbruch von Germania entlockt sich ein stolzes Spiel, aber beide Mannschaften können sich nicht recht zusammenfinden.

Freiwillige Turner Burg gegen Borussia Magdeburg 1:1 (1:2). Auf dem Turner-Platz in der Antonie fanden sich in einem zweiten Serienkampf genannte Mannschaften gegenüber. Man hatte von vornherein mit einem glatten Siege der Turner gerechnet, aber deren Sturm riskierte alle Kombinationen über den Gauern.

Sturm Schneebek gegen Jahn Groß-Döbbersleben 3:1 (0:0). Beide Mannschaften fanden sich am Sonntag auf dem Stadtpark-Sportplatz im Schneebek im fälligen Serienkampf gegenüber. Mit Ausbruch des Spiels begann ein stolzes, von Döbbersleben reichlich hart durchgeführtes Spiel.

Weitere Resultate. S. I. B. M gegen Sportverein Weisenberg 1:2:2. Sportverein Jersleben Jugend gegen Fortuna Barleben Jugend 1:2:2.

Zurnen

Vorstandssitzung des Arbeiter-Zurnen und Sportbundes. Der Vorstand des Arbeiter-Zurnen und Sportbundes nahm in einer am Sonntag stattgefundenen Vorstandssitzung die Berichte der Funktionäre entgegen.

Freie Turnerschaft Salzwedel. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung hielt die Freie Turnerschaft ab. Genosse Bloßfeld eröffnete die Versammlung.

19. März wurde abgelehnt, da die Zeit zum Heben zu kurz ist. Die Einladung nach Gardelegen zum 8. Mai wurde mit großer Mehrheit angenommen. Am Freitagabend der Turnersparte nach Magdeburg wurde Genosse Rierbeck gewählt.

Handball

Tabellestand der Klasse A.

Table with columns: Name, Spiele (gem., verl., unentf.), Punkte (+, -). Rows include Diebstahl, Schneebek, Jahn Burg, etc.

* Zurückgezogen. Fichte Wilhelmstadt gegen Schwimmer Neustadt 4:1 (2:0). Auf dem Sportplatz am Sandweg trafen sich am Sonntag 6 Mannschaften zum Gesellschaftsspiel.

Freie Turner Jersleben Wölflin gegen Vereinigte Turner Burg 0:1. Vom Ausbruch an entwickelte sich ein offenes Mittelfeldspiel. Burg ist dem Jersleben etwas voraus und kann in der 15. Minute zum ersten und einzigen Tor einbringen.

Freie Turner Herxweddingen gegen Freie Turner Niederböbersleben 5:1 (3:1). Niederböbersleben hat immerhin ein technisch besseres Spiel, kann bis Halbzeit dreimal erfolgreich ausweichen.

Fichte Altstadt gegen J. d. V. O. 3 (0:0). Obige Mannschaften fanden sich im Ortlichkeitsspiel gegenüber. Vom Anbruch weg entwickelte sich ein verteiltes Spiel.

Freie Turner Langenweddingen gegen Bar-Kochba 2:0 (0:0). Obige Mannschaften fanden sich im fälligen Serienkampf gegenüber. Das unter dem starken Wind ist, gegenüber. Trotzdem es für beide Mannschaften um zwei wertvolle Punkte ging.

Sturm 07 gegen Jahn Groß-Döbbersleben 5:2. Die Punkte dieses Serienkampfes erhielt Sturm 17 Kampfpunkte, da die Jahn-Mannschaft in ungenügender Spielfähigkeit antrat.

Fichte Sudenburg gegen Vorwärts Hermerleben 3:3 (3:2). Das Serien-Mittelfeld obiger Mannschaften wurde am Sonntag auf dem Sportplatz am Königsweg ausgetragen.

Burger Volkspolizei gegen Fichte Alte Neustadt 0:2. Am Sonntag hatte der Volkspolizei Fichte Alte Neustadt zu einem Gesellschaftsspiel nach Burg verpflichtet.

Fichte Wudau gegen Freie Turner Salsitz 2:1. Das Spiel fand auf dem Sportplatz statt. Weidlich 8 wurden besondere Leistungen nicht gezeigt.

Freie Turner Klein-Döbbersleben gegen Freie Turner Salsitz 1:0 (0:0). Genannte Mannschaften fanden sich am Sonntag im Serienkampf auf dem Benedenbeker Sportplatz gegenüber.

Advertisement for 'Fahrschule' (Driving School) with logo 'Auto AZ Zentral Camin' and contact info 'Fernspr. 8893 Magdeburg Landwehrstr. 6'.

Large advertisement for 'Tretet dem Reichsbanner bei!' (Join the Reich Banner) with a graphic of a runner.

Advertisement for 'Reserviert für Brauerei Rulf & Roy' located at 'Magdeburg, Hohe Straße 13'.

Bezirksstagung sozialistischer Kommunalpolitiker

Die erste sozialdemokratische Bezirks-Kommunalkonferenz des Bezirks Magdeburg-Anhalt war von 91 Delegierten und zahlreichen Gästen besucht. Reichstagsabgeordneter Ferkel eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er an die Gemeindegremien-Konferenz erinnerte, die vor etwa 4 Jahren zum erstenmal für den Bezirk zusammengetreten sollte, die aber wegen der großen politischen Fragen, die damals im Vordergrund standen, ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllen konnte. Die erste Tagung, die nun wirklich die wichtigen Fragen der Kommunalpolitik eingehend berieten soll, ist ermöglicht worden, weil die allgemeine politische Lage sich geklärt hat.

Die Sozialdemokratie will den Staat erobern. Sie kann das nur von unten her, von den vielen Stellen in der Gemeinde, im Kreis, in der Provinz. Die Sozialdemokraten in Verwaltungsstellen haben die Aufgabe, sozialen Geist in die Verwaltung hineinzutragen. Diese Aufgaben zu vertiefen, das ist der Zweck der Konferenz. Ihre Arbeit wird fruchtbar werden und sich auswirken zum Wohle der sozialistischen Bewegung. Der unbestehbare sozialistische Geist muß seinen Einzug halten in jede, auch in die kleinste Gemeinde.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt die Genossen Groß (Lueddinburg), Kiffel (Burg), Saage (Langermünde); in das Bureau die Genossen Ferkel, Flügge (Magdeburg), Schrader (Eichenbarleben).

Den Bericht über die geleistete

Arbeit und Organisationsfragen

Erstattete der Sekretär des Bezirks-Kommunalausschusses, Genosse Crummenert, der Redner begann mit einem kurzen Rückblick in die Vergangenheit. Inflation und Deflation brachten Schwierigkeiten, die eine bezirklich zusammengefaßte Kommunalarbeit behinderten. Nachdem jetzt eine gewisse politische Ruhe in Deutschland eingetreten ist, war die Finanzmaßnahme kommunaler Arbeiter erst möglich. Die ehemaligen Feinde der deutschen Republik haben eingesehen, daß ihr durch Putzsch nicht der Garau zu machen ist. Außenpolitik hat sich die von den Sozialdemokraten vertretene Verständigungspolitik durchgesetzt. Noch vor 2 Jahren hatte die Sozialdemokratie alle ihre Kräfte für diese Aufgaben angespannt. Ihre Arbeit kann sich nun Dingen zuwenden, die man früher als nebensächlich beiseitegeschoben: der Politik in der Gemeinde. Sie tritt immer mehr in den Vordergrund und verlangt für die Zukunft unsere stärkste Beachtung.

Diese Verengung ist auch unsern Gegnern bekannt. Sie haben ihren Einfluß in allen Stellen zu verwenden gemußt. Zwar ist im Deutschen Städtebund der Einfluß der Sozialdemokratie schon ein beachtlicher, im Reichstädtetbund und im Verband der preussischen Landgemeinden ist er jedoch noch sehr gering. Der Landgemeindevorstand zählt von 38 000 Landgemeinden und Gutsbezirken in Preußen 26 000 zu seinen Mitgliedern. Schon aus dieser Tatsache erhellt, wie wichtig die Organisation ist. Erst im vergangenen Herbst gelang es, in den Vorstand des Verbandes und auch in den des provinziell-sächsischen Verbandes

einige sozialdemokratische Vertreter

hineinzubringen. Er muß verstärkt werden, denn die Deutschenationalen machen dort ihren Einfluß in stärkstem Maße geltend, haben sie doch beantragt, daß sich der Verband für die Erhaltung der Gutsbezirke ausgesprochen hat. Darum müssen unsere Genossen in noch nicht angeschlossenen Gemeinden für den Anschluß wirken.

In der Gemeindepolitik haben sich die Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend geändert. Man braucht ja nur an den so wichtigen Wohlfahrtsrat zu erinnern, der jetzt oft größer ist als früher der Gesamtheit. Um eine Einheitlichkeit in der kommunalpolitischen Wirksamkeit der Partei zu erzielen, haben wir zentrale Zusammenkünfte der Bezirksausschüsse für Kommunalpolitik beim Parteivorstand angeregt. Sie sollen zum erstenmal gelegentlich des Parteitag in Kiel stattfinden. Wir brauchen ein einheitliches Programm, denn in manchen wichtigen Fragen ist die Einheitlichkeit durchaus nicht vorhanden, z. B. in der Frage des Anlagensrechts zur Einkommensteuer.

Genosse Crummenert schildert dann die Arbeit des Bezirksausschusses für Kommunalpolitik im letzten halben Jahre. Er ist dreimal zur Besprechung zusammengetreten. 3. A. sind beraten die Geschäftsordnung für Stadtparlamentare und die Fragen der sozialen Fürsorge. Im Bezirk Magdeburg-Anhalt sind etwa 2000 Genossen im kommunalpolitischen Leben tätig.

Diesen allen mit Rat und Tat zu helfen, hat sich der Ausschuss zur Aufgabe gestellt. Alle Jahre einmal sollen in Unterbezirken alle Tätigen zusammenkommen. Außerdem sollen auch wichtige Einzelgebiete auf großen Konferenzen behandelt werden. Die abgehaltenen Unterbezirkskonferenzen sind sämtlich gut verlaufen. Im Herbst soll erneut dazu aufgerufen werden.

Der Bezirksausschuss hat auch mit den Bezirken Halle und Erfurt Fühlung genommen und mit ihnen die Bildung eines Provinzialausschusses betrieben, dem aus jedem Bezirk zwei Genossen angehören. Enge Fühlungnahme hält der Bezirksausschuss auch mit der Vereinigung sozialistischer Verwaltungsbeamter, der seine Vereinigung über das ganze Reichsgebiet ausdehnen will.

Die nächste Arbeit des Ausschusses wird sich aus dem Tag ergeben. Vorgezogen ist die Mitarbeit in den Fraktionen der Reichstage. Eine große Konferenz soll auch einmal die Steuerfragen gründlich besprechen, nachdem sie von sachverständiger Seite gründlich dargelegt sind. Im übrigen wird der Bezirksausschuss Fühlung halten mit allen Genossen im Land. Er wünscht, daß ihm recht viele Anregungen zugehen, die dann bestimmt bearbeitet werden.

In der Ansprache geht sich Genosse Kasten (Schönebeck) für Mitarbeit im Reichstädtetbund ein. Genosse Peus (Dessau) wünscht Sachzusammenkünfte für den Bezirk, die einzelne Gebiete, wie das Steuerwesen, ganz ausführlich klären. Die Anhaltner sind bereit,

mit Sachien eine Provinz

zu bilden, wenn die Bestrebungen zur Schaffung des einheitlichen Reiches stark gefördert werden. Das Reich hat allerdings den Anhaltinern ihre Grundwertigkeiten zurückgelassen, aber der Kampf darum muß in das Reich verlegt werden. Der Gemeindebezugsatz zur Einkommensteuer ist gegen die Interessen der Arbeiter. Ein kommunalpolitisches Mittelungsblatt für den Bezirk wäre erstrebenswert.

Genosse Wittmard (Magdeburg) setzt sich für die Schaffung eines Reichskommunalarbeitsamtes ein und bringt einen entsprechenden Antrag ein.

Im Schlußwort betont Genosse Crummenert, daß die Konferenz ein Zeichen sei für die Aktivität, die im Bezirk vorhanden sei. Ueber Steuerfragen soll in besonderer Tagung Genosse Dr. Herx sprechen. Die Schaffung eines Bezirksmittlungsblattes wird angestrebt. Ein sozialdemokratisches Kommunalprogramm zu schaffen, wird bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den Ländern nicht leicht sein.

Zu der Abstimmung wird folgender Antrag Wittmard einstimmig angenommen:

Die Konferenz beschließt, den Parteivorstand zu ersuchen, mit aller Beschleunigung Vorkehrungen zu treffen zur Schaffung eines neuen Kommunalparteiorganes.

Hauszinssteuer und Wohnungspolitik

Ueber das Thema „Die Hauszinssteuer und die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Wohnungspolitik“ sprach dann Land-

tagsabgeordneter Meyer (Solingen), ein ausgezeichnete Kenner dieses umfangreichen und wichtigen Gebiets. Er führte etwa aus:

Das Wohnungsproblem ist eins der wichtigsten in der Gegenwart. In früheren Jahren hat man ihm die ihm zukommende Bedeutung leider nicht gewidmet. In einem Hause wohnen z. B. in Holland durchschnittlich 6 Menschen, in London 7,8, in Chicago 8,8, in New York 20, in Paris 28 und in Berlin 76. Diese Zahlen verraten die großen Aufgaben, die wir gerade in Deutschland zu erfüllen haben. Das Verhältnis der Kleinwohnungen bis zu vier Räumen) in Deutschland zu der Gesamtwohnungsanzahl beträgt 85 Prozent. In Preußen haben sogar 54 Prozent aller Wohnungen nur zwei Räume. In England dagegen sind mehr als die Hälfte Wohnungen mit fünf Räumen.

Die Wohnungsnot war in Deutschland in den Industriegegenden schon vor dem Kriege vorhanden, da die private Bautätigkeit schon damals immer mehr zurückgegangen war. In ihrem heutigen Umfang ist die Wohnungsnot natürlich ein Produkt des Krieges. Man rechnet vor dem Kriege mit einem jährlichen Zugang von 200 000 Wohnungen. Wenn dieser Zugang Jahre hindurch ausfällt, muß der Fehlbetrag naturgemäß ins unerschwerliche wachsen. Die Schätzungen über den gegenwärtigen Wohnungsbedarf schwanken zwischen 600 000 und 1 1/2 Millionen. Das Programm der freien Gewerkschaften nimmt einen Fehlbetrag von 800 000 an. Wenn man aber den steigenden Bedarf auf Grund der Geschlechts- und des Abbruchs verfallender Gebäude in Rechnung zieht, muß der Wohnungsbedarf mit 1 200 000 Wohnungen angenommen werden.

Nachdem in den ersten Nachkriegs- und Inflationsjahren die Bautätigkeit nur minimal war, stieg sie in den letzten beiden Jahren. 1925 wurden 180 000 Wohnungen errichtet, 1926 schon 200 000. Es gibt Gemeinden, die Rekordziffern erreichten, andere, bei denen die Bautätigkeit mehr als gering war. Im Industriegebiet des Westens gibt es Orte, die

40 Wohnungen auf je Tausend ihrer Einwohner

errichtet haben. Das wären 2 1/2 Millionen, wenn der gleiche Satz überall zu verzeichnen wäre; aber nicht die Hälfte, 900 000, sind tatsächlich errichtet. Aber das soziale Pflichtbewußtsein der Gemeinden kommt in den Zahlen der errichteten Wohnungen zum Ausdruck.

Seit der Stabilisierung ist ja die Aufnahme von Realrediten wieder möglich geworden, wenn auch zu schweren Bedingungen. Die Deckungsgrenze der Bauten ist aber auf 40 Prozent der Verkaufspreise festgesetzt. Das teure Geld und die erhöhten Baukosten bringen dann Mieten, die das Doppelte der Vorkriegszeit betragen. Und soll nicht die Folge sein, daß gutsituierte jetzt eine solche Wohnung beziehen können, so muß eben öffentliche Hilfe eintreten, das heißt die Neubauten müssen von öffentlichen Mitteln mit finanziert werden.

Diesem Zwecke dient seit 1924 die Hauszinssteuer. Sie beruht auf der dritten Steuernotverordnung vom Februar 1924. Nur 10 Prozent ihres Aufkommens waren für den Wohnungsbau bestimmt, der Rest sollte den Ländern und Gemeinden ihre Lasten für Fürsorgezwecke decken. Eine Abänderung brachte das Finanzausgleichsgesetz vom August 1924. Danach konnten 15 bis 20 Prozent zum Wohnungsbau, der Rest

zur Deckung des übrigen Finanzbedarfs

verwendet werden. In Preußen werden von den 40 Prozent der Hauszinssteuer, die auf der Grundlage der Friedensmiete erhoben wird, je 20 zum Wohnungsbau und zu Verwaltungszwecken verwendet. Ähnliche Regelungen bestehen in andern Ländern, doch ist eine große Verschiedenheit zu verzeichnen.

Eine Beeinträchtigung des Aufkommens ergibt sich allerdings durch die Freistellung der Landwirtschaft von der Steuer und durch die Staffelung bei der Einschätzung. Da als Steuergrundlage in der Praxis nicht die Friedensmiete, sondern die Grundsteuer angenommen wird, ergeben sich erhebliche Abweichungen zugunsten des Hausbesitzers. Man berechnet den zehnprozentigen Betrag der Grundsteuer, was oft nur 30 bis 36 Prozent der Friedensmiete ergibt, da der Grundwert niedriger ist als die Friedensmiete.

Die jetzige Regelung der Hauszinssteuer läuft bis zum 31. März 1928. Die Gegner der Steuer sitzen vor allem in den Kreisen der Haus- und Grundbesitzer, die die Steuer abbauen wollen, damit die Mieten in ihre Taschen fließen. Wenn auch die Steuer in ihrer Wirkung unsozial ist, denn sie belastet arm und reich im gleichen Maße, dürfen die Mieter doch nicht in den Ruf geraten, die Steuer einzustimmen. Sie müssen vielmehr darauf dringen, daß die

Steuer reiflos dem Wohnungsbau zugeführt

wird. Ab 1. April werden die Mieten um 10 Prozent erhöht. Wer soll diesen Betrag eindecken? Er darf nicht in die Taschen der Hausbesitzer fließen, sondern muß der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden. Die Sozialdemokratie wird das im Landtag fordern.

Für 1927 stehen dem Wohnungsbau in Deutschland 600 Millionen Mark zur Verfügung, in Preußen 430 Millionen. Davon können 120 000 Wohnungen im Reich (86 000 in Preußen) bezuschlagt werden. Das Wohnungsbauprogramm der freien Gewerkschaften fordert aber den Bau von 250 000 Wohnungen jährlich. Das wäre auch zu erreichen, wenn die Zuschüsse erhöht würden, d. h. also der Anteil, der aus der Steuer für den Wohnungsbau bestimmt ist. Der preussische Wohlfahrtsminister will zu diesem Zwecke die Hauszinssteuer erhöhen. Die Sozialdemokraten haben das abgelehnt, denn wenn das Programm der Gewerkschaften erfüllt würde, bliebe immer noch ein Betrag aus der Steuer für Verwaltungszwecke übrig.

Ein neuer Weg zur besseren Finanzierung des Bauens ist in Preußen auch noch dadurch beschritten, daß jetzt 10 Prozent des Aufkommens als Zinszuschüsse verwendet werden dürfen, doch birgt das in sich die Gefahr der Verengung der Hauszinssteuer, zumal die ungünstigere Gestaltung des Geldmarktes in den letzten Wochen bedenklich macht. Die Wirtschaft erdicht am Geldmarkt, weil sie jetzt wieder mehr Bedarf hat, dadurch wird das Geld knapper und teurer. Auch die Baukosten steigen an, so daß mit wesentlichen Schwierigkeiten zu rechnen ist, wenn eben nicht die öffentliche Finanzierung in stärkerem Maße erfolgt.

Wer soll Träger der Bautätigkeit sein?

Bei der Wohnungswirtschaft der Gemeinden haben sich ganz erhebliche Mängel herausgestellt. Der gemeinnützige, gewerkschaftliche Wohnungsbau ist die beste Grundlage für die Wirtschaftlichkeit. Darum sollte ihre Finanzierung aus öffentlichen Mitteln in erster Linie erfolgen. In private Bauunternehmer dürfen Mittel nur gewährt werden, wenn Auswüchse durch entsprechende Bedingungen verhindert werden.

Die Höhe der Mieten in Neubauten ist abhängig von der Finanzierung und den Baukosten. Typisierung und Normalisierung müssen letzteren verringern. Für die Finanzierung müssen in erster Linie die Mittel der öffentlichen Sparkassen zu wahren Zinssätzen zur Verfügung stehen. Die Verbilligung der Mieten ist auch zu fördern durch Hergabe von billigerem Boden durch die Gemeinden und durch Verminderung oder Stundung der Straßenbaukosten. Ebenso sollten die gemeindlichen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ihre Anschlüsse unentgeltlich oder zum Selbstkostenpreis herstellen. Dann wird sich das Ziel erreichen lassen: Senkung der Neubaumieten auf den jetzigen Stand der Miete.

Die Sozialdemokratie hat bisher die Wohnungspolitik mit

allen Mitteln in ihrem Sinne zu beeinflussen gesucht. Sie wird es auch weiterhin tun. Für die Kommunalpolitiker gibt es hierin noch viel dankbare Aufgaben zu erfüllen.

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Ausprache

Als erster Redner nimmt der Genosse Uffel (Magdeburg) das Wort. Wir müssen alles tun, um das soziale Wohnrecht gesetzlich zu verankern. Die Hauszinssteuer ist stark umstritten. Die Mieter sind der Meinung, die Hauszinssteuer muß reiflos für den Wohnungsbau verwendet werden. Sie darf nicht zur Finanzierung des Staatshaushalts dienen. Die sozialistischen Vertreter in allen Parlamenten müssen wegen der großen Ungerechtigkeiten, die durch die Hauszinssteuer überall in Erscheinung getreten sind, mit aller Kraft für Abänderung sorgen. Man darf nicht warten bis die Mieterorganisationen eigene Wohnungspolitik machen. Das wäre sehr nachteilig für die Partei und deshalb auch für die Mieter.

Genosse Peus (Dessau) steht auf dem Standpunkt, daß die Hauszinssteuer eigentlich keine Steuer, sondern nur einen Teil der Miete darstellt. Sie ist unsozial, weil sie ohne Rücksicht auf die Einkünfte des Zahlers festgesetzt wird. Durch Erhebung einer Grundsteuer von 3 Prozent, wie sie in Amerika festgelegt ist — bei uns in Deutschland wird nur 1 Prozent erhoben — könnten große Summen für Wohnungsbau flüssig gemacht werden. Die Tendenz der gemeinnützigen Bauwirtschaft muß darauf hinauslaufen, den Mieter in seiner heutigen Form abzuschaffen. Peus tritt dann dafür ein, daß den Wohnungsbau die Gemeinden zu finanzieren haben; Inhaber der Wohnung muß aber der sein, der darin wohnt.

Vom Genossen Meyer (Weferlingen) wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß bei Erschließung von Siedlungsgebieten auch an die Anlage guter Straßen gedacht werden muß. Der Straßenbau bei Siedlungen ist notwendiger, als die Anlage kostbarer Automobilstraßen. Mit Theorien, so führt Genosse Plumborn (Magdeburg) aus, kommt man beim Wohnungsbaue nicht weit. Notwendig ist es, praktische Erfahrungen auszuwerten, sie bei Finanzmaßnahmen von Siedlungen anzuwenden. Der Plan, für jeden Menschen ein eigenes Heim zu schaffen, ist Zukunftsmusik. Gegenwärtig ist es notwendig, möglichst viel Wohnraum herzustellen, der natürlich den Anforderungen gesunden Wohnens entsprechen muß, um die Wohnungsnot zu lindern und schließlich zu beseitigen.

Genosse Müller (Stendal) wünscht eine stärkere Finanzmaßnahme der Sparkassen für die Finanzierung des Wohnungsbauens. Sind die lokalen Sparkassen dazu nicht imstande, muß an die Bezirkskassen herangegritten werden.

Genosse Kasten (Schönebeck) spricht der Reichstagsabgeordnete Genosse Silbermann. Von der Mehrheit aller bürgerlichen Parteien sind die Beschlüsse des Reichsrats und der Reichsregierung auf Mieterhöhung im Reichstag angenommen und alle sozialdemokratischen Änderungsanträge abgelehnt worden. Von Haus-, Boden- und Hypothekenspekulanten ist in den letzten Monaten eine großangelegte Agitation für Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft betrieben worden. Der Erfolg ist, daß heute weite Bevölkerungsteile von der Notwendigkeit der Aufhebung überzeugt sind und hoffen, daß in kürzester Zeit die Freiwirtschaft bei den Mietwohnungen wiederkehrt. Es muß zugegeben werden, daß der Zwangswirtschaft in der jetzigen Form viele Mängel anhaften. Wenn aber eine Verringerung auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft eintritt, darf sie sich nicht zur Vorkriegszeit zurückwenden, sondern sie muß zur Ausbildung eines neuen Wohnrechts führen. Es muß ein Wohnrecht sein, das den neuen Anschauungen des Volkes und den Forderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur entspricht, d. h., es muß ein soziales Wohnrecht sein.

Landtagsabgeordneter Genosse Kasten (Schönebeck) gehtell das Unrecht, daß landwirtschaftlich genutzte Gebäude von der Hauszinssteuer befreit sind. Ferner kritisiert er scharf die hohen Zinssätze der staatlichen Versicherungsanstalten für Bauhypotheken. Den Arbeitern und Angeestellten werden die Beiträge abgezogen, die das Kapital dieser Anstalten bilden. Es ist unbillig, von diesen Arbeitern und Angeestellten, wenn sie für Wohnbauzwecke eine Hypothek in Anspruch nehmen, gewissermaßen für das eigene Geld hohe Zinsen abzufordern.

In seinem Schlußwort betonte Genosse Meyer, daß der Minister Sirislofer jahrelang für die Interessen der Mieter eingetreten ist. Dem ständigen Drängen aller bürgerlichen Parteien nach Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ist es aber schließlich zu verdanken, daß mit der Freigabe der Gemeinräume angefangen ist. Die Demokraten bekamen erst nach Intrafftreten der Verordnung Bedenken. Den Rechtsparteien schien die Sirisloferische Verordnung ein langerehnter Anlaß, auch in Preußen den Weg für die Rechtsregierung frei zu bekommen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat ihnen aber den Gefallen nicht getan und die jetzige Regierungskoalition gesprengt. Meyer kam dann auf die Ungerechtigkeiten des Ausgleichs-fonds zu sprechen. Die Großstädte bringen die Hauszinssteuer auf, zahlen große Summen in den Ausgleichsfonds und aus den Beiträgen werden auf dem Lande Wohnungen gebaut.

Folgende

Entscheidung gegen die Mieterhöhung

fand einstimmige Annahme: Die am 13. März in der „Wilhelma“ in Magdeburg versammelten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker legen scharfen Protest ein gegen die von der Reichsregierung beschlossene Mieterhöhung. In einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression führt die Mieterhöhung zu einer weiteren Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung. Unter keinen Umständen darf eine abermalige Erhöhung am 1. Oktober eintreten. Die Konferenz fordert, nachdem die erhöhte Miete ab 1. April unabänderliche Tatsache wird, daß die Mieterhöhung nicht dem Vermieter, sondern dem Wohnungsbau zugute kommt. Von den sozialdemokratischen Vertretern in den Länderparlamenten wird vor allen Dingen erwartet, daß sie sich mit schärfstem Nachdruck dafür einsetzen.

In den

Bezirksausschuss für Kommunalpolitik

werden gewählt: Vorsitzender Genosse Crummenert (Magdeburg), Stadtrat Genosse Wittmard (Magdeburg), Stadtv. Genosse Vader (Magdeburg), Stadtv. Genosse Plumborn (Magdeburg), Stadtrat Genosse Uffel (Schönebeck), Stadtv. Genosse Einjell (Dessau), Stadtv. Vorsitzender Genosse Stollberg (Burg), Gemeindevorsteher Genosse Schrader (Eichenbarleben), Bürgermeister Genosse Kasten (Weferlingen), Reichstagsabgeordneter Genosse Ferkel (Groß-Ottersleben), Oberbürgermeister Weher (Halberstadt) und Landrat Genosse Gebhardt (Burg). Zum Schluß der Konferenz forderte Genosse Ferkel alle anwesenden Vertreter auf, die Ergebnisse der Konferenz in Stadt und Land umfassend für die arbeitende Bevölkerung anzukündigen und überall und sei es im kleinsten Dorfparkament, sozialdemokratische Arbeit, d. h. praktische Kleinarbeit zu leisten.

Wer ist Arbeitnehmer?

Den Begriff des Arbeitnehmers stellt in rechtlich verbindlicher Form jetzt § 5 des Arbeitsgerichts-

Keine Arbeitnehmer sind Geschlechte von juristischen Personen und von Personengesellschaften des öffentlichen

Kreis Wanzleben

Gros-Ottersleben

Funktionärsetzung. Die Genossen Nerneck und Lachmann erklarten den Bericht vom Unterbezirksrat in Otters-

Sozial- und Kleinrentner. Rentenzahlung am Dienstag den 15., nachmittags von 1 bis 4 Uhr, in der Schule, Magdeburger

Konzert im Sportheim. Die Herren Turner Bennedebek veranstalteten am vorigen Freitag in ihrem Heim einen Konzert-

Zeitungerverband der Arbeitssindaliden. Mittwoch den 16. März, abends 8 Uhr, in den „Sanjakalen“ Brotfabrikvermittlung.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben am Dienstag abend 8 Uhr bei Kramke eine Besprechung.

Stadtkreis Burg

Parteierversammlung morgen Dienstag abend 8 Uhr in Schraders Restaurant. Die Genossen müssen vollständig erscheinen.

Streik. Infolge nicht bewilligter Lohnforderungen haben, wie schon berichtet, die Textilarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Zusammenkunft. In der Nordbergschule des Arbeiters Schr. fand in deren Wohnung ein Zusammenkunft statt. Von der hiesigen Kriminalpolizei war früher der Tatort schon photographiert und eine

Gommern

Die Parteiversammlung am Dienstag den 15. März findet im Saal der Sonne statt. Genosse Gauerz (Magdeburg) spricht über Religion und weltliche Schule.

Die Parteiversammlung findet am Donnerstag nicht statt. Alle Genossen erscheinen am Dienstag in der „Sonne“.

Der Samariterdienst der Arbeiterwohlfahrt soll nunmehr am Dienstag den 22. März beginnen.

Der Fußballklub S. F. B. hielt am Sonnabend eine part. Versammlung ab; es waren 60 Mitglieder erschienen.

In der Arbeiter-Kraftsversammlung wurde beschlossen, am Sonntag den 15. Mai ein Fest mit Ring-, Box- und Gewerkschaften in der „Sonne“ zu veranstalten.

Der Verband des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen befaßt sich in seiner letzten Sitzung mit den

Der Kreisarbeitsrat hat am Freitag die Mitglieder-Versammlung ab, in der nochmals eingehend alle wirtschaftlichen Fragen

Die Sparkassenfrage spielt in unserem Ort immer noch eine wichtige Rolle. Infolge der Sparkassenbewegung auf einer hohen

Der Landtag untrer Provinz tritt am 16. März zu seiner diesjährigen Tagung in Merseburg zusammen. Seine Hauptaufgabe

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1927 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 76,9 Millionen Mark ab, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 14,2 Millionen Mark

Die Einnahmen der Provinzialverwaltung aus Steueranteilen für 1927 sind in der Vorlage z. Z. nur geschätzt, weil bei der

Die Ausgaben der Provinz hat aber einen Aufwandskreis, der sich nicht verkleinert, sondern der immer größer wird, was wiederum

Die Ausgaben der Provinz hat aber einen Aufwandskreis, der sich nicht verkleinert, sondern der immer größer wird, was wiederum

Ausbau der Kleinbahnen

soll 2 Millionen Mark beanspruchen, woran der Umbau der Kleinbahnen

Zur Förderung der Elektrizitätsunternehmen wird eine weitere Beteiligung in Höhe von 600 000 Mark und die

Der Bau des Mittelkanals, den Reich und Staat nicht besonders fördern, erfordert unfer höchsten Interesse. Die

an den Magistrat gerichtet, damit versucht werden soll, den Platz weiterhin für die

Katzenfall. Am Sonnabend fuhr zwischen Gommern und Walsby ein mit drei

Kreis Neuhaldensleben

Wohltätigkeitskonzert am Mittwoch den 16. März, abends 8 Uhr, im Gymnasium.

Anträge auf Erhaltung von Lohnsteuer müssen bis spätestens 31. März beim Finanzamt

Fahrradabgabewahrung. Bezüglich Wünschen folgend, hat der Magistrat die

Schneepflanz-Bericht. Die städtische Forstverwaltung hat ein größeres Quantum

Zentralbibliothek. Eine große Anzahl Leser kann sich nicht daran gewöhnen, die

Die Minister. Eine gemeinsame Besprechung zwischen dem Vorstand des Reichsbundes

Die „Mitteldeutsche Heimstätte“ hat ihr Stammkapital erhöht, so daß auch der Anteil

Das ständige Anwachsen der Zahl der Geisteskranken in der Provinz, kommen

Neubau einer neuen Heilanstalt

nötig, der bei Neuhaldensleben errichtet werden soll und 8 275 000 Mark kostet.

Durch Annahme eines sozialdemokratischen Antrags in der vorigen

Eine Denkschrift des Landeshauptmanns unterrichtet über Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose innerhalb der Provinz.

Bekämpfung der Tuberkulose

wird allerdings erst möglich sein, wenn die heutigen mizerablen sozialen

Die Tätigkeit des Landesarbeitsamts Sachsen-Anhalt nahm infolge der Krise

Wie in jedem Jahre, so liegen auch jetzt wieder eine Reihe von Anträgen wegen

Auch eine politische Tat wird auf Antrag des Provinzialausschusses im

Zu diesen Vorlagen der Provinzialverwaltung kommen noch im Laufe der

Morgenausflug in den Wald; daselbst Konzert und Belustigungen für jung und alt.

Wenddorf

Gemeindevorsteher-Sitzung. Vorsteher Genosse Wiedenbeck eröffnete um 8 Uhr

Himmendorf

Jubiläum der Frauengruppe. Am 17. März ist es 1 Jahr, daß wir zur

Kreis Calbe

Aus dem Stadtparlament.

Bekanntlich hatten die Kommunisten ihren Stadtrat aus der Partei

Es war geplant worden, den Kindergarten dem Wohlfahrtsausschuß

gegeben werden möchten. Diese Anregung soll als Versuch durchgeführt werden. Genannt wurde ein Preis von einer Mark. Nun wurde über die Gewährung von Sitzungsgeldern verhandelt. Hatte man auch in der vorigen Stadtverordneten-Sitzung den Eindruck, daß der kommunalistische Antrag angenommen werden würde, da auch einige bürgerliche Abgeordnete dafür sprachen, so ist er dennoch abgelehnt worden. Man hat also erlebt, daß die Herren glatt umgefallen sind. Es wurden im wesentlichen zwei Gründe dafür angeführt. Einmal wies man darauf hin, daß es sich um öffentliche Ehrenämter handelt, dann wieder darauf, daß die Finanzen der Stadt keine neue Belastung vertragen. Die von unserem Sprecher angeführten Gründe wurden überhaupt nicht gewürdigt. Wenn die Herren des Einheitsblods etwa denken sollten den proletarischen Wählern ihre Vertretung unmöglich zu machen und dadurch ihre Position zu stärken, so sind sie doch gewaltig im Irrtum. Das Proletariat hat immer Idealisten gehabt, die für ihre Klasse Opfer gebracht haben. Aber über uns müssen sich unsere Gegner im klaren sein: Diese Frage kommt nicht mehr zur Ruhe. Das Bürgertum hat zum letztenmal eine Mehrheit in Galbe gehabt. Im übrigen war die Ablehnung eine Zufallsmehrheit 10:10. Die Stimme des Stadtverordneten-Vorsitzers gab den Ausschlag. Wäre der Genosse Richter, der entscheidend schied, anwesend gewesen, so wären die Antragsgegner hintenuntergerutscht.

Verhältnismäßig schnell wurde die Frage der Wohnungsanleihe, durch die die Hauszinssteuer befristet werden sollte, angenommen. Bewilligt wurden 160 000 Mark. Mit der Gergabe von Hauszinssteuerrückstellungen möchte man die Sicherung der Bauhandwerkerforderungen verbinden. Durch das Reichsbanner war beantragt worden, an den Häusern der Vorkämpfer der Revolution von 1848, nämlich des Rechtsanwalts Löwe und Nicolai, Gedenktafeln anzubringen. Unsere Fraktion hatte den Gedanken aufgegriffen, und da der Enkel des Revolutionärs Nicolai die Ehrung seines Großvaters ablehnt, den Antrag des Reichsbanners modifiziert. Der Finanzausschuß, der Magistrat und natürlich auch die Stadtverordneten-Versammlung lehnten den Antrag ab. Sie haben sich damit ihr eigenes Urteil gesprochen. Vor aller Öffentlichkeit sei festgestellt, daß die bürgerlichen Galbenier Stadtväter den großen Söhnen ihrer Heimatstadt die schulbige Ehrung verweigern.

Der Boden der Magdeburger Börde ist zu kostbar, als daß man Kiefern auf ihn pflanzt, um Wälder entstehen zu lassen. Darum ist unsere Gegend waldarm. Es ist nun zu begrüßen, daß unsere Wartenberganlage erweitert werden sollen. 10 Morgen des sandigen Wartenberges sollen aufgeföhrt werden. Die Stadt will sie im Austauschverfahren von dem Landwirt Stadtrat Kleeberg erwerben. Hat man dabei in Erwägung gezogen, daß die Wartenberganlage als Ausflugsort verhältnismäßig wenig benutzt werden? Die städtische Freiwillige Feuerwehr hat im Vortriebsverfahren versucht, sich einen Motorlöschzug zu beschaffen. Aber der erwartete Erfolg ist doch wohl ausgeblieben. Die Feuerwehr hat bei der Stadt einen Zuschuß von 4000 Mark nehmen müssen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Er soll nunmehr in einen Zuschuß umgewandelt werden. Einstimmige Annahme ist festzustellen. Bei der Gelegenheit kritisieren unsere Genossen den Aufnahmeprosodus. Unsere Genossen E. hatte man nicht aufgenommen. Herr Tischmeyer (bürgerlich) meint, in diesen Punkten könne man den Vereinen keine Vorschriften machen. Dem tritt Genosse Stadtrat Kücker entgegen. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß derjenige, der Gelder zahlt, auch etwas mitzusagen hat. Und wir sollen heute die Kleinigkeit von 4000 Mark bewilligen! Jeder Bürger, der im Besitz der Ehrenrechte ist, muß einen Anspruch auf Aufnahme haben. Auch der Bürgermeister nimmt zu dieser Frage Stellung.

Für das Gelände zwischen Niemburger Straße, Schleißweg, Fähr- und Verschönerungsweg soll der Fluchtlinienplan genehmigt werden. Es wird auf die große Sandgrube hingewiesen, die in dem Gelände liegt. Leider kann erst dann die Ausbeutung verboten werden, wenn die Baufluchtlinie genehmigt ist. Eine eingehende Aussprache erfolgt darüber, ob dem Genehmigen auch gleich größere Kosten durch Anlage von Straßen zwangsläufig folgen würden. Die Meinungen gehen auseinander. Es wird ein Beschluß gefaßt, der dem Magistrat verwaltungsrechtliche Richtlinien gibt. Man möchte vermeiden, daß unnötige Straßenbauten vorgenommen werden.

Für die Volksschulen werden zwei außerplanmäßige Lehrstellen verlangt, um die große Zahl der eingeschulter Kinder unterrichten zu können. Sie werden auch bewilligt, aber erst nach wachsendem Hin und Her. Warm dafür sprechen nur die Sozialdemokraten Rasch und Schiller. Die Bürgerlichen äußern allerdings Bedenken und möchten wohl ablehnen, wozu es aber nicht. Die Lehrer haben zwei Hordposten entsandt. Herr Mann will den Stundenplan haben. Herr Liedmann kritisiert die Arbeit der Lehrer. Der Dezerent fertigt Ahmann gut ab und stellt sich schützend vor die Beamten seines Dezernats. Darauf schwächt Herr Liedmann seine Ausführungen ab. Im Zuschauerraum war man etwas lebhaft geworden, weshalb der Stadtverordneten-Vorsitzer mit der Räumung drohte. Daß sich der sozialdemokratische Stadtrat gegen die gegen ihn gerichteten Ungleichungen selbst schützen muß, sind wir allmählich gewöhnt, ist uns aber nicht. Endlich wird der als Kriegsmahnahme gefaßte Beschluß, daß die Versammlung auch verhandlungsfähig sei, wenn nur ein Drittel der Mitglieder anwesend sei, aufgehoben.

Das Arion-Konzert. Es war ein Wagnis der Arbeiterjünger, ein Vokal- und Instrumentalkonzert zu geben. Sie traten zum erstenmal in dieser Form an die Öffentlichkeit, die gute Konzerte gewohnt ist. Aber die Veranstaltung wurde ein großer Erfolg; der immer wachsende Beifall bewies das, ein Beifall, der nicht nur von den Angehörigen der Sänger, sondern auch von den Leuten gependet wurde, die mit kritischen Ohren und Gedanken in das Schützenhaus gekommen waren. Das Schleiß-Orchester nahm die Darbietungen ein. Der erste Teil brachte die sechs altniederländischen Volkslieder von Kremser mit einem Bariton solo vom Genossen Fröhlich und einem Tenorsolo vom Genossen Fröhlich. Die beide mit ihren natürlichen und schönen Stimmen recht wirksam waren. Genosse Walter Franz gab die verbindenden Deklamationen. Der zweite Teil des Abends wurde durch die Frühlingsbilder in Tanzform „Maienwonne“ von Winzler ausgeführt, die die Leistungen von Leiter und Sängern nur noch gesteigert erschienen ließen. Darauf klang wichtig unser altes Kampflied „Lord Poleon“ durch den Saal. Fräulein Krüger überreichte Herrn Lehrer Blumenthal einen Blumenstrauß, der den Dank des Vereins an seinen unermüdbaren und vorwärtsstrebenden Dirigenten zum Ausdruck bringen sollte. Genosse Walter Franz fand in seinem Schlußwort warme Worte der Anerkennung für alle Mitwirkenden, vor allem auch für das Schleiß-Orchester, das durch sein Entgegenkommen den Abend der Arbeiterjünger ermöglicht hatte. Wir alle sind stolz auf den Erfolg des 12. März, er zeigte uns, daß unser Arbeitergesangsverein Arion seine Leistungen nicht in den Schatten zu stellen braucht.

Zum Arion-Konzert. Die Zahl der Arbeiterbesucher war verhältnismäßig gering. In bürgerlichen Kreisen wundert man sich darüber. Wir aber wissen, daß viele Arbeiter gern der Veranstaltung ihrer Kollegen beigewohnt hätten, doch bei ihrer monatelangen Arbeitslosigkeit war es ihnen unmöglich, das Eintrittsgeld zu erschwingen, was leider nicht niedriger sein konnte. „Arion“ wird sich nicht mit dem einen Konzertaabend begnügen; unsere Arbeiterjünger werden weiter an sich arbeiten und werden sich bald wieder an die Öffentlichkeit mit einer ähnlichen Veranstaltung wagen. Wir wollen hoffen, daß sich die Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse dann so gebessert haben, daß auch unsere Kollegen eine stärkere Zahl von Besuchern stellen können.

Eine ungetreue Angestellte hatte ein heftiger Handwerksmeister, der wegen seiner Blindheit sich von ihr, einem Fräulein K., Bücher und Pässe lassen mußte. Sie schädigte ihn durch Unterschlagungen kleinerer Summen, die bei der Länge der Zeit eine beträchtliche Höhe erreichten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch in dieser Woche wieder ein wenig gebessert. In der Stadt fiel die Zahl der Arbeitslosen von 290 auf 265, im Bezirk von 607 auf 575. Breiten haben 84, Gr.-Rosenburg 118, Kl.-Rosenburg 10, Fernitz 17, Werkleitz 14, Wespren 18, Kömmelie 42, Glinde 16 und Walfertienburg 25 Arbeitslose. Kömmelie hat keine Verbesserung, Walfertienburg sogar eine Verschlechterung zu verzeichnen. In Barby wurden zurzeit 10 Notstandsarbeiter beschäftigt.

Schweres Leid erfuhr die Familie des Postboten G. S. zu Wespren. S. kam mit dem Rade von Mühlingen. Bei der Fahrt durch einen Rinnstein innerhalb des Dorfes brach plötzlich die Gabel des Vorderrades. S. stürzte so unglücklich aus das Pflaster, daß er mit schweren Verletzungen und beinaheungslos in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Söhnchen, das vor ihm auf dem Rade gesessen hatte, kam mit ein paar Hautabschürfungen davon.

Der Groß-Rosenburger Lehrerverein veranstaltete einen Pestalozzi-Abend, auf dem der Rektor der Groß-Rosenburger Schule den Vortrag hielt, welcher von Gedichten, Gesängen und Pestalozzi-Szenen eingerahmt war. Daran schloß sich ein Vortragsabend aus dem Leben des großen Pädagogen.

Unser Bahnhof bietet sich in seinem Innern in völlig neuem Gewand dar. Nicht nur, daß die einzelnen Diensträume nach praktischem Gesichtspunkt umgezogen sind, Halle und Diensträume sind auch mit freundlichen Farben aufgeföhrt worden, so daß das Ganze zu einem Schmuckkästlein geworden ist.

Die Vertreter für Schulfortschritt und Schulfreiheit im Elternbeirat planen die Aufstellung einer Ebert-Büste im Schulsaal. Die alten Kaiserbüsten sind aus ihm verschwunden, und die Sockel sind leer. Wer von den großen Männern der jüngsten Zeit verdient es mehr als unser verstorbenen Reichspräsident, der Jugend in seinen edlen Zügen am würdigen Orte vor Augen gestellt zu werden? Die neuen Geschichtsbücher, eben erst herausgekommen, erwähnen den Mann, der Deutschland in seiner größten Not fest zusammenhielt und es vor dem Chaos bewahrte, nur flüchtig oder gar nicht. Wir aber wollen, daß der große Staatsmann, der Sohn unserer Partei, gerecht behandelt wird und den heranwachsenden Generationen übergeben bleiben soll.

Die Schulpfarrkasse hat den Bestand von 7500 Mark überschritten. Den Kindern konnten in einem Jahre 234 Mark Zinsen gutgeschrieben werden. Kinder, die Eltern konfirmiert werden, können schon jetzt ihre Sparsumme ausgezahlt erhalten.

Die alte Zuckerrabrik, dem Nittergut gehörig, schon lange ein leerer Steinhaufen, wird jetzt abgetragen. Ihre erste Kampagne

begann sie im November 1840. Bis zum Jahre 1876 besaß sie eine eigne Raffinerie. 1876 beschäftigte sie 122 männliche und 50 weibliche Arbeiter, 1900 nur noch 108 und 6. Dabei wurden im erstgenannten Jahre 278 785 Zentner Rüben, im letztgenannten 487 220 Zentner bearbeitet. Das Straßensbild kann durch den Abbruch nur gewinnen.

Biere
Gemeindevorsteher-Sitzung. Der Landrat hat die Wahl des Landwirts Reinhold Schulze zum Amts- und Gemeindevorsteher bestätigt. Herr Schulze verspricht alles zu tun, was im Interesse der Gemeinde liegt und bittet um wohlwollende Unterstützung. Mit Versprechen ist es so eine Sache; denn erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Beim 1. Punkte der Tagesordnung, Beschlußfassung über die vorläufige Erhebung von Gemeindesteuern für 1927/28 zeigte Schulze sein wahres Gesicht. Steuern zahlen ist wohl die unangenehmste Pflicht. Aber unsere Agrarier haben es in der Steuerbückelberei schon zu Höchstleistungen gebracht. Das Zahlen von Staats- und Gemeindeabgaben überlassen sie gern andern. Für das Rechnungsjahr 1927/28 schlägt der Amtsvorsteher vor, es bei den bisherigen Zuschlägen, Gemeindesteuer 150 Prozent und Grund- und Gebäudesteuer 100 Prozent zu lassen. Unsere Fraktion schlug vor, bei den Grund- und Gebäudesteuern eine Zweiteilung in bebauten und unbebauten Grund und Boden vorzunehmen. In Vorschlag wurden für bebauten Land 75 Prozent und für unbebauten Land 125 Prozent gebracht. Somit es aber an den Geldbeutel der Agrarier geht, werden alle schönen Versprechungen des Herrn Amtsvorstehers zu Wasser. Mit 7 gegen 6 Stimmen wurde unser Vorschlag abgelehnt. Der Antrag des Arbeiters G. auf Uebernahme von 162,85 Mark Arztkosten auf die öffentliche Fürsorge wird in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Beim Fall Henning war's anders, da beschloß Herr Schulze ohne die Gemeindevorsteherung. Wenn es sich um einen Arbeiter handelt, hat er nicht soviel Traute. Die Pflasterung der Gasse in der Henningstraße vom Grundstück des Landwirts Fr. Schöne bis zur Querrinne wird abgelehnt. Man will versuchen, durch Ausschüttung von Schuttmassen dem Stauen der Abwässer Einhalt zu tun. Gestattet wird dem Schmiedemeister H. Holtbeuer, den Fußweg vor seinem Grundstück in der Fabrikstraße zur Errichtung seiner Werkstatt abzutragen. Abgelehnt wird der Antrag der Witwe Schünemann auf Anstellung in der Kleinminderstraße. Die beiden im vorigen Jahre eingestellten Kräfte haben sich gut bewährt; man sah darum nicht ein, hier einen Wechsel eintreten zu lassen. Dem Rittergutsbesitzer für heimische Rinder wird eine einmalige Hilfe im Betrag von 80 Mark einstimmig bewilligt. Für die Sozialrentner ist vom Kreis eine Summe unter der Bedingung zur Verfügung gestellt worden, daß auch die Gemeinde Unterstützung in Höhe eines Drittels der Kreisföge bewilligt. Auch bedürftige Erwerbslose sollen dabei berücksichtigt werden. Die Verammlung wählte eine Kommission, bestehend aus dem Vertreter der K. P. D. Ludau und unserm Vertreter Genossen Dieke, die die Auswahl vorzunehmen hat. Der Besuch der Sitzung war wiederum sehr gut. Zum erstenmal hatten sich zwei „nationale“ Zuhörer eingefunden. Entweder Neklamefiguren oder Horcher.

Frohne
Außerordentliche Generalversammlung der Partei. Eine längere Debatte wurde über die Bildungsarbeit und ihre Finanzierung geführt. Den Bericht vom Unterbezirksrat gab der Vorsitzende, Genosse Dübner. Er wurde vom Parteisekretär Genossen Peters ergänzt. Den Bericht über die Tätigkeit der Fraktion in der Gemeinde gab der Fraktionsvorsitzende, Genosse Karl Mandel. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Schäferer, Ziem, Klaus, Gehelie. Die Hauptfrage war die der Kanalisation der Wallstraße, die in nächster Zeit erledigt werden muß. Eine Aussprache der Hausbesitzer mit dem Gemeindevorstand soll im Laufe der Woche stattfinden. Zur Vorbereitung der Maßnahme wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Dübner, Ziem und Duldhardt. Die Wahl eines 2. Vorsitzenden wurde zurückgestellt. Die Aussprache zum Bezirksfest, das im Juli stattfindet, war eine äußerst rege. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß am Freitag den 18. März im „Stadtpark“ zum Andenken an die Märzgefallenen der Oberpräsident und Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Genosse Otto Hering (Magdeburg), spricht.

Einem Aechelhand, der durch die Abwässer vom Rathaus entstand, ist dadurch abgeholfen, daß die Abwässer in den Brunnen am Rathaus geleitet werden.

Ein freundliches Bild auf unserm Friedhof. Durch intensive Arbeit des Friedhofswärters, Genossen Louis Behrend, bestehend im Anpflanzen von Blumen in farbenprächtiger Zusammenstellung und Umwandeln des Plazes an der Leichenhalle in einen Aufbahrungsplatz im Freien, hat der Friedhof einen guten Schmuck erhalten.

Ausgeföhrt. In der Steinkumpenbühne ist am Sonnabend ein Embryo in einer Größe von 18 Zentimeter, scheinbar eine Frucht von 4 Monaten, angeschwemmt worden. Die Herkunft ist noch nicht ermittelt. Welche unglückliche Lebenslage mag die Mutter dazu getrieben haben, ihre Leibesfrucht den Fluten der Elbe zu übergeben.



Sonntag ist's

nach sechs Werktagen ein besonderer Genuß für den Mann der Arbeit. Still steht das saufende Rad. Die Jugend tummelt sich auf den Sportplätzen, die älteren plaudern von



Vergangenheit und Zukunft. Schön aber ist der Sonntag erst, wenn man in Ruhe seine geliebte

Oberst

5s

rauchen kann. Durch ihren würzig aromatischen Duft wird er zum Festtag.

Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.G. Stuttgart.

Der Frauenabend der Partei am Freitag war stark besucht. Von 62 Mitgliedern waren 42 erschienen...

Edersburg

Frauengruppe. Der letzte Frauenabend am Donnerstag war gut besucht. Die Genossinnen der Stahlfabrik...

Die Parteiversammlung am Freitag hätte besser besucht sein können, besonders von den jüngeren Genossen...

Schönebeck

Zu einer machtvollen Kundgebung gelangte sich am Sonntag vormittag der Aufmarsch der Sportler...

Arbeitsanwaltschaften

Die Arbeitsanwaltschaften, Witwen und Waisen protestieren am Sonntag im „Stadtspark“ gegen ihre niedrigen Renten...

Stahlfabrik

Frauenabend am Montag abend 8 Uhr im „Fischer“. Genossin Straube! (Werbung) berichtet über Verunsicherung... Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

Lichtübervertrag

Zum Dienstag abend 8 Uhr läßt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit und Arbeitende am Stahlfabrik...

Ortsausschuß der Gewerkschaften

Zum Freitag den 11. März um 10 Uhr abend in der Stahlfabrik. Die Delegierten waren zahlreich erschienen...

Der Verkehr der Postautomobile genießt auch städtische Zuschüsse. Vertraglich besteht zunächst die Verpflichtung der Stadt zur Unterbringung der Postautomobile...

Die Krankenschwestern-Station, die Graben 76 untergebracht ist, bestift bislang noch keinen Fernsprecher...

Die gärtnerische Verbesserung des Ginetals besteht auch in der Verpflanzung des Blases vor dem Gondelsteich...

Eine eigne Sportplatzanlage hat sich der Bogische Turnverein geschaffen. Sie liegt zwischen Hellgraben und Halberstädter Straße...

Die städtischen Aufwendungen für die Schulpolizei. Die Stadt Mersleben erhielt zwei Hunderttausend Schulpolizei...

Aus der Altmark

Die Parteiversammlung am Freitag war gut besucht. Parteisekretär Genosse Müller sprach über die Berichte der Bürgerblockregierung...

Zangermünde

Die Parteiversammlung am Freitag abend im Jungengarten Straße. Der als Mosby bekannte Arbeiter Max St. widerlegte...

Die Partei zum Verbandstag des Holzarbeiterversandes findet in Garzig am Dienstag den 15. März von 5 bis 7 Uhr im „Hof“ statt...

Der Hirtelmarkt war am Sonntag abend nicht so sehr belebt, wie früher. Aufgehängt waren insgesamt 30 Stück...

Gummimantel, Zigarren, Zigaretten, Lebensmittel und eine Pistole. Die Käfer heißen August Zucker und „Osar“...

Stadtkreis Stendal

Nobler Herren. Manche Herren genügt es noch nicht, daß sie ihre Arbeiter schlecht entlohnen. Sie gönnen ihnen nicht einmal die Verschönerung gegen Krankheit...

Die Angeklagten betreiben in Gemeinschaft ein Bauunternehmen, das nicht als beste und reifste galt. Nachdem aber der Vater des Gädke verstorben war...

Seit Februar 1926 dachten die Inhaber nicht mehr daran, der Krankenkasse Beiträge zu zahlen. Den Arbeitern aber zogen sie den Anteil ab...

Kunze scheint in dieses Jahrwasser unter dem Druck des Gädke hineingeraten zu sein. Er macht allerlei Anstrengungen, das Geld wieder abzuzahlen...

In der Verhandlung geben beide Angeklagte ihre vermehrten Handlungsmomente zu. Kunze will in Zahlungsunfähigkeit geraten sein...

Mit Recht brachte Amtsgerichtsrat Westphal als Vorsitzender des Gerichts zum Ausdruck, daß es sich hier um ein Verbrechen an der Allgemeinheit handle...

Wie wir noch erfahren, will der Verein zum Schutze für Handel und Gewerbe ein Gnadengesuch einreichen...

Ständische Hauptparafasse der Altmark. Die Spareinlagen wuchsen im Januar von 4 100 539 Mark auf 4 486 132 Mark...

Bwegen Herstellung des Bahndammes in der Mollkestraße ist diese von heute ab auf die Dauer von 4 Wochen für den gesamten Fußverkehr und für Reiter gesperrt...

Vom Stadtheater. Dienstag Eröffnung der „Der wahre Jakob“, Mittwoch, Rosenmontag für Gruppe A und B...

Arbeiterwohlfahrt. Vorstand und Helferinnen heute (Montag) 14. März abends 8 Uhr, Zusammenkunft bei Peter...

Die Strompreise werden billiger! Vor einiger Zeit stellten unsere Genossen im Rathaus einen Antrag...

Der Preis beiträgt sehr für Lichtstrom 48 Pf. pro Kilowattstunde, und für Kraftstrom 28 Pf. pro Kilowattstunde...

Auf dem Wochenmarkt am Sonnabend herrschte bewagtes Treiben. Sonnenjchein begünstigte das gute Geschäft...

Die beiden Einbinder, Hermann und Karlow, von denen wir vor kurzem berichteten, wurden am Freitag nachmittag in einer Festrede vor dem Zuschauer vorgetragen...

Der Hirtelmarkt war am Sonntag abend nicht so sehr belebt, wie früher. Aufgehängt waren insgesamt 30 Stück...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold